

**Situation und Strategien
in den Kommunen**

**Zum Umgang mit der aktuellen
Zuwanderung von Asylsuchenden**

Gefördert durch die

Robert Bosch **Stiftung**

INHALT

	Seite
VORBEMERKUNG.....	1
ANHALTENDER ZUSTROM.....	3
BIS ANFANG 2016 HABEN DIE MEISTEN DIE LAGE WEITGEHEND IM GRIFF	9
DIE GRÖSSTEN AKUTEN HERAUSFORDERUNGEN: ORGANISATION VON GEEIGNETEM WOHNRAUM UND PERSONAL	18
GROSSE HILFSBEREITSCHAFT – UND GROSSE BESORGNIS	35
BEHINDERUNG DURCH GESETZLICHE RAHMEN- BEDINGUNGEN UND REGELUNGEN	50
KONZENTRATION AUF DIE KURZFRISTIGEN HERAUSFORDERUNGEN UND PROBLEME.....	59
EINSCHÄTZUNG DER INTEGRATIONSCHANCEN	69
SKEPSIS IN BEZUG AUF DIE BISHERIGEN MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG DES ZUZUGS	86

ANHANG

Untersuchungsdaten

Fragebogen 6141

Leitfaden der qualitativen Befragung 6140/PS

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort. Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur.

In ihrem Förderschwerpunkt Migration und Teilhabe unterstützt die Stiftung insbesondere das *ehrenamtliche Engagement* für Flüchtlinge, die gesellschaftliche *Teilhabe* von Flüchtlingen und Initiativen zur Stärkung der *Offenheit unserer Gesellschaft* gegenüber Zuwanderung. Dabei steht die langfristige Zusammenarbeit mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Partnern im Vordergrund.

www.bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de/fluchtundasyll

VORBEMERKUNG

Auch wenn die wichtigsten Weichenstellungen zur Steuerung und Bewältigung des Flüchtlingszustroms auf nationaler und europäischer Ebene getroffen werden, entscheidet sich in den Landkreisen und Kommunen, ob die Herausforderungen der Unterbringung, Versorgung und Integration kurz- und langfristig bewältigt werden. Entsprechend sind Bestandsaufnahmen in den Landkreisen und Kommunen von großer Bedeutung, um auf abgesicherter Basis zu klären, wie sich die aktuelle Situation vor Ort gestaltet und wie sich die Situation in den nächsten Monaten entwickeln wird, wieweit sich die Kommunen der Situation gewachsen fühlen und mit welchen Problemen Kommunen unterschiedlicher Größe zurzeit kämpfen, welche Rolle kurz- und langfristig dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger zukommt und welche Hilfestellungen und Maßnahmen die Kommunen für notwendig halten, um das leisten zu können, was sie zurzeit leisten müssen.

Vor diesem Hintergrund führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH eine Befragung in Landkreisen und Kommunen durch. Die Zuständigkeit für die erste Phase der Aufnahme und Unterbringung ist in den verschiedenen Bundesländern teilweise unterschiedlich geregelt. In Nordrhein-Westfalen und dem Saarland sind die Kommunen zuständig, in Schleswig-Holstein Kreise und Kommunen, in allen anderen Bundesländern zunächst die Landkreise und erst in der zweiten Phase die Kommunen.

Entsprechend wurden sowohl Landräte bzw. die zuständigen Koordinatoren für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung befragt als auch Bürgermeister von Kommunen. Zunächst wurden anhand eines Gesprächsleitfadens 25 Tiefeninterviews durchgeführt und wörtlich protokolliert, in der quantitativen Phase 349 strukturierte Interviews. Die Interviews fanden zwischen Ende November 2015 und Mitte Januar 2016 statt. Die Untersuchungsdaten und die Fragebogen für die qualitative und quantitative Befragung sind im Wortlaut im Anhang dieses Berichts dokumentiert.

Die Untersuchung wurde durch die ROBERT BOSCH STIFTUNG und die STIFTUNG DEMOSKOPIE ALLENSBACH ermöglicht. Beiden Stiftungen gilt unser Dank für die Unterstützung bei diesem wichtigen Projekt.

Allensbach am Bodensee,
am 17. Februar 2016

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

ANHALTENDER ZUSTROM

Mit der Aufgabe, Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen, sind viele Kommunen bereits seit Längerem vertraut. Die letzte große Flüchtlingswelle liegt jedoch bereits mehr als zwei Jahrzehnte zurück. 1991 wurden 256.000 Anträge auf Asyl gestellt, im Jahr darauf 438.000; danach gingen die Zahlen wieder zurück und erreichten zwischen 2005 und 2010 einen Tiefpunkt: In diesen Jahren wurden jeweils weniger als 50.000 Anträge auf Asyl gestellt. 2013 verzeichnete das Bundesamt für Migration jedoch wieder 127.000 Anträge, 2014 203.000 und 2015 477.000. Aufgrund des erheblichen Rückstaus der bearbeiteten Anträge geben diese Zahlen nur begrenzt die Dynamik der Entwicklung wieder. Im Januar 2016 wurden bereits 52.000 Anträge gestellt. Der steile Anstieg innerhalb weniger Monate traf viele Landkreise und Kommunen unvorbereitet. Im Durchschnitt bezifferten die Kreise und Kommunen im Dezember 2015 und Anfang Januar 2016 die Zahl der Flüchtlinge, die bei Ihnen zurzeit untergebracht sind, auf knapp 2.600. Auf Sicht der nächsten drei Monate werden im Durchschnitt weitere 1.170 Flüchtlinge erwartet, wobei deutlich gemacht wurde, dass diese Schätzungen unter Vorbehalt stehen, da die generelle Entwicklung für die Kreise und Kommunen unkalkulierbar ist. Diese Unsicherheit, wie die weitere Entwicklung einzuschätzen ist, wurde bereits in den Tiefeninterviews deutlich:¹

„Das ist eine sehr schwierige Frage. Uns ist aber eines klar, dass der nahende Winter in der Region, aus der sie herkommen (dort wird es ja auch verhältnismäßig kalt), dass da der Flüchtlingsstrom zunimmt und dann eine leichte Delle bekommt. Sich im Winter auf den Weg zu machen, ist risikoreicher. Aber ich gehe davon aus, dass es im Frühjahr ungebremst weiter geht.“ (W, Stadt, BM)

¹ Die Zitate aus den Tiefeninterviews sind danach gekennzeichnet, ob sie in West- oder Ostdeutschland durchgeführt wurden (W/O), ob es sich um ländliche Kreise und Kommunen oder größere Städte handelt und ob der/die Befragte die Position eines Landrats, Bürgermeisters oder des Koordinators für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bekleidet (LR/BM/FK)

„Ich erwarte durch die Regelung der EU eine gewisse Entspannung. Aber es wird auch noch einige Zeit benötigen, bis eine Wirkung eintritt. Ich glaube, dass der Strom an sich kaum zu bremsen ist. Wenn wir das Dublin-Abkommen ernst nehmen, können wir Flüchtlinge aus Kriegsgebieten nicht an der Grenze abweisen. Eine Festung Europa wird nicht machbar sein. Bei den Asylverfahren werden wir eine deutliche Veränderung spüren. Ausweisungen müssen auch durchgesetzt werden.“
(W, Stadt, BM)

„Wir gehen davon aus, dass die Flüchtlinge, die wir aufnehmen müssen, dass das auch noch die nächsten Monate anhält. Momentan werden uns pro Woche 60 Flüchtlinge zur Unterbringung zugewiesen. Das ist die Schwierigkeit hier, Unterkünfte zu finden, weil 60 pro Woche – das ist bereits immer eine größere Unterkunft, die damit schon gleich wieder voll ist, während kaum Flüchtlinge durch das Verfahren kommen: Der Stau, der hier beim Bundesamt besteht, da geht es viel zu langsam, so dass wir das ständig ausweiten müssen. Wir gehen davon aus, dass das noch die nächsten Monate anhält, wobei jetzt eine weitere Prognose sagt, dass es bis erstes Quartal nächsten Jahres geht. Das können wir gar nicht stellen. Wir haben auch überhaupt keine Informationen, wie es dann weitergeht.“ (W, Land, FK)

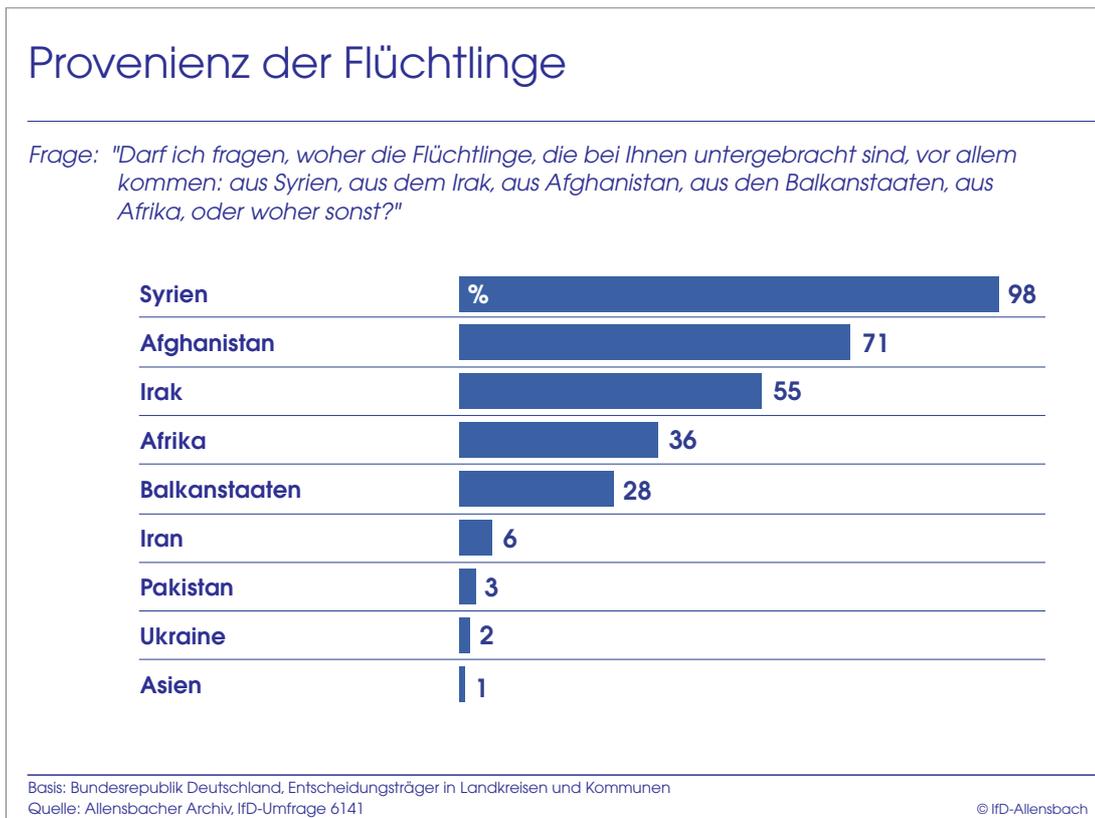
„Jetzt wissen wir, dass aber eigentlich viel mehr kommen. Ich erwarte, dass es bei uns irgendwann ankommen wird, es sei denn, die jetzt frisch eingeführten Erstaufnahmelager funktionieren, indem hier Berechtigte von Nichtberechtigten getrennt werden, und die Nichtberechtigten dann gleich zurückgeführt werden. Aber ob das funktioniert, kann ich im Augenblick noch nicht beurteilen. Ich kann nur sagen, dass im Monat November jetzt der Höhepunkt der Abschiebungen im Landkreis ist, aber eine verschwindende Zahl, wenn ich dagegen die Neuankömmlinge nehme. Im Augenblick kommen verstärkt zahlenmäßig Leute, wo man glaubt, dass sie einen Anspruch haben können.“ (W, Land, LR)

„Ich habe die Hoffnung, dass es deutlich weniger werden, weil ich davon überzeugt bin, dass sich hier ansonsten sukzessive unser zivilisatorisches Band und die demokratischen Grundwerte so langsam anfangen zu lösen. Das spüre ich als Stimmung in der Bevölkerung und deshalb hoffe ich, dass es gelingt, durch verschiedene Maßnahmen – da wird es sicherlich nicht nur eine geben – zu erreichen, dass es deutlich weniger Flüchtlinge werden, dass man es auch schafft, bestimmte Flüchtlingsgruppen auch schnell wieder zurückzuweisen und zu sagen: Das geht einfach nicht, wir müssen die Kriegsflüchtlinge unterbringen, die wirklich keine andere Bleibe haben. Die anderen müssen zurück. Und dann steht auch noch das Thema des Familiennachzugs im Raum, das ist aus meiner Sicht auch nicht so einfach machbar.“ (O, Stadt, BM)

„Die Zahlen werden sich jetzt stabilisieren und dann 2016 wieder ansteigen, da bin ich überzeugt. Wenn man die Bilder sieht der großen Flüchtlingslager in Jordanien, Türkei usw. – da glaube ich, dass die Zahlen noch zunehmen. Dann ist die Frage, wie wir das Thema Integration und Einbindung in unsere Gesellschaft schaffen.“
(W, Land, LR)

Zusammensetzung der Flüchtlinge

Nicht nur die Flüchtlingszahlen haben sich in den letzten zwölf Monaten gravierend verändert, sondern auch ihre Zusammensetzung. Asylanträge aus den Balkanstaaten spielen heute nur noch eine relativ geringe Rolle, während die Anträge von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak steil angestiegen sind. Nahezu alle in die Befragung einbezogenen Kommunen und Landkreise haben Syrer aufgenommen, 71 Prozent auch Flüchtlinge aus Afghanistan, 55 Prozent aus dem Irak, jeder dritte Landkreis bzw. Kommune Flüchtlinge aus Afrika.



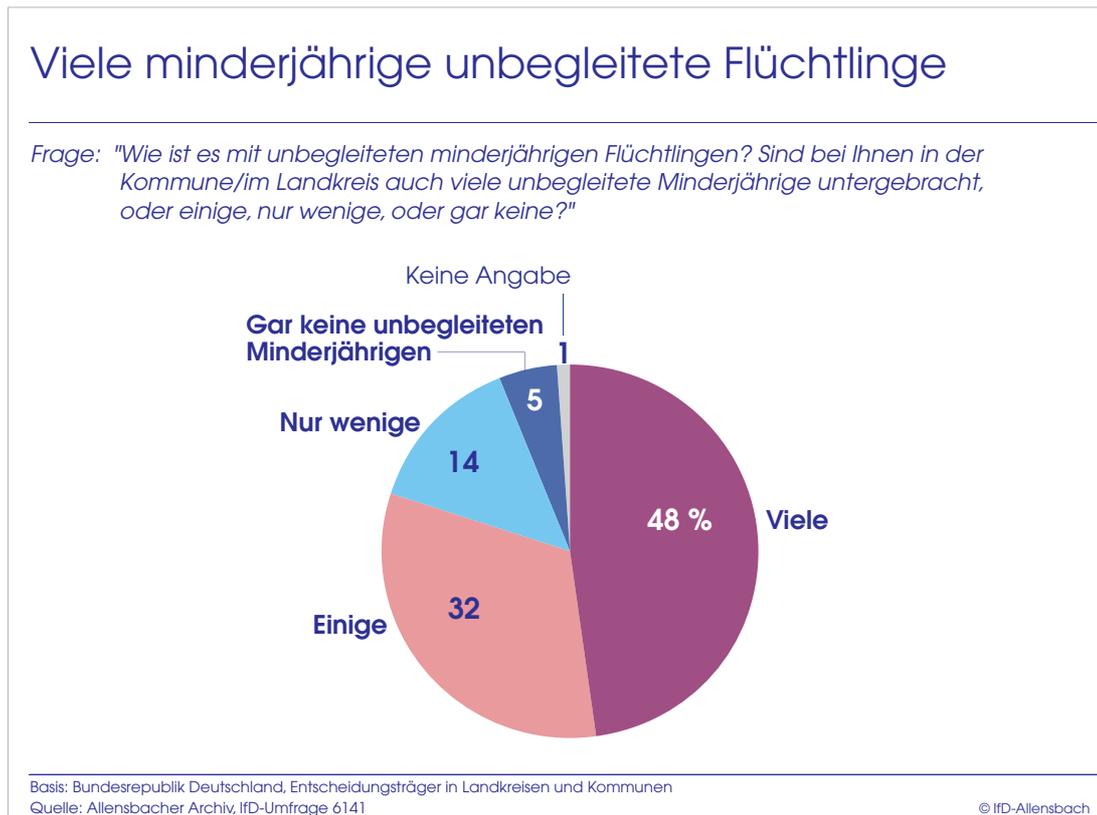
Zwei Drittel der Asylanträge im Januar 2016 wurden von Männern gestellt, die meisten davon von unter 40-jährigen Männern. Dies spiegelt sich auch in der Bilanz der Landkreise und Kommunen. In sechs von zehn Kreisen und Kommunen kommen bisher vorwiegend junge Männer an, vier von zehn Kommunen und Kreisen beziffern den Anteil alleinreisender junger Männer auf 60 Prozent und mehr.¹ Gleichzeitig stehen nahezu alle Kommunen auch vor der Aufgabe, Flüchtlingsfamilien mit Kindern unterzubringen; 45 Prozent ziehen die Bilanz, dass bei Ihnen viele Familien eintreffen, überdurchschnittlich die kreisfreien Großstädte.² Auch das Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge spielt in vielen Kommunen

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 4

² Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 5

eine Rolle: knapp jede zweite Kommune bzw. jeder zweite Kreis ist mit vielen unbegleiteten Minderjährigen konfrontiert, ein weiteres Drittel zumindest mit einer begrenzten Anzahl. Nur 5 Prozent sind bisher mit diesem speziellen Thema nicht konfrontiert.

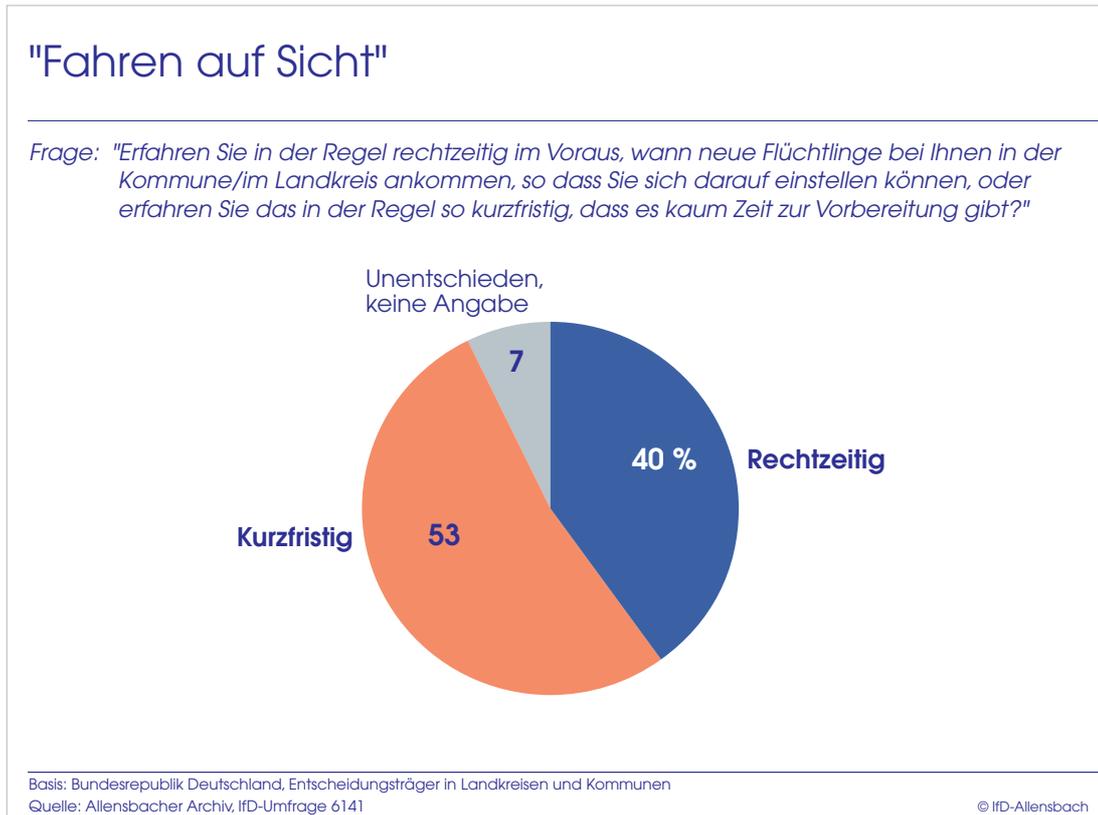
Schaubild 2



Schon die zahlenmäßige Entwicklung wie auch die unterschiedliche Provenienz und sozio-demografische Zusammensetzung der Flüchtlinge lassen die Dimension der Herausforderungen ahnen, vor denen Kommunen und Landkreise zurzeit stehen. Dazu kommt die große Planungsunsicherheit, die Landkreise und Kommunen zwingt, sich permanent neu auf die Herausforderungen des Tages einzustellen. Nur 40 Prozent erfahren in der Regel mit einigem Vorlauf, wann neue Flüchtlinge eintreffen; in der Mehrzahl der Fälle erfolgt die Ankündigung so kurzfristig, dass

kaum Zeit für die Vorbereitung und die Organisation von Unterbringung und Versorgung bleibt.

Schaubild 3

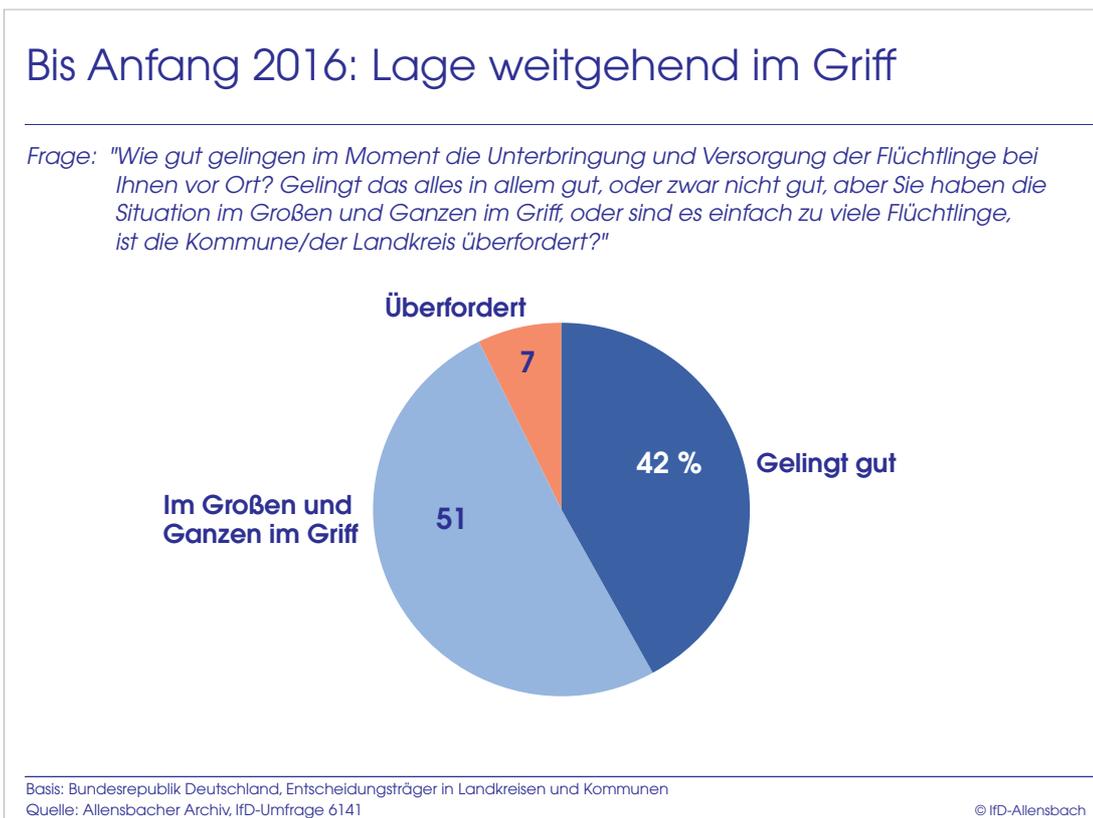


Umso bemerkenswerter ist die organisatorische Leistung, die seit Monaten an der Basis vollbracht wird.

BIS ANFANG 2016 HABEN DIE MEISTEN DIE LAGE WEITGEHEND IM GRIFF

Trotz der immensen Herausforderungen, mit denen die Landkreise und Kommunen seit Mitte 2015 konfrontiert sind, zog die überwältigende Mehrheit zwischen Ende 2015 und Januar 2016 die Bilanz, dass sie die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Griff haben, teilweise sogar noch gut bewältigen können. In 42 Prozent der Kreise und Kommunen gelingen Unterbringung und Versorgung zurzeit noch gut; weitere 51 Prozent haben die Situation im Griff, wenn auch mit erheblichen Problemen. Als überfordert stufen sich 7 Prozent ein.

Schaubild 4



Auch in den Tiefeninterviews zogen viele die Bilanz, dass es zurzeit überwiegend gelingt, die Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. In einem Teil der Fälle geht das auf lokale Sonderfaktoren zurück, wie Leerstände in Ostdeutschland, verlassene Kasernen oder andere größere Gebäude, die zur Nutzung zur Verfügung stehen, teilweise aber auch auf private Angebote von Wohnraum:

„Wir leben ja hier und sind ja auch etwas durch die Demografie gebeutelt gewesen und durch Abwanderung in den 90er Jahren, so dass wir noch Wohnraum zur Verfügung haben. Wir haben es bislang geschafft, die Flüchtlinge weitestgehend in Wohnungen unterzubringen. Das funktioniert eigentlich auch noch.“ (O, Land, BM)

„Wir als Kommune sind ja zuerst für die kommunale Unterbringung verantwortlich, zu über 80 Prozent. Inzwischen bringen wir die Flüchtlinge in Wohnungen unter. Das sind bei uns in diesem Jahr schon über 2.000 Menschen, und einen kleineren Teil, das sind ungefähr 400, die haben wir in Gemeinschaftsunterkünften. Wir können das noch ganz gut organisieren, erstens, weil wir eine kommunale Wohnungsgesellschaft haben, die stark ist, und zweitens hatten wir in den 90er Jahren einen hohen Leerstand an Wohnungen – die Stadt hat ja 60.000 Einwohner verloren. Inzwischen wächst die Stadt wieder, ohne Flüchtlinge – aber es sind trotzdem noch mehr Wohnungen da als Bewohner. Das hilft uns jetzt. Das Problem aus der Vergangenheit hilft uns jetzt bei der Unterbringung der Flüchtlinge heute.“ (O, Stadt, BM)

„Wir haben das eigentlich ganz gut im Griff. Wir haben eine kommunale Erstunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften bzw. Wohngemeinschaften und haben jetzt relativ früh in diesem Jahr die Kapazitäten dort aufgestockt, wollen das aber nicht beliebig weiter nach oben treiben, sondern haben parallel in der Verwaltung ein Umzugsmanagement, so nennen wir das. Wir schaffen da, so ist das Ziel, neue Strukturen in dem Maße, wie wir neue Zuweisungen kriegen, und sorgen so dafür, dass Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften in privaten, dezentralen Wohnraum ziehen. Im Moment schaffen wir das noch so einigermaßen,

das auch hinzubekommen, so dass wir hier im Moment zwar auch auf Sicht fahren, aber mit dem System noch stabil dastehen.“ (O, Stadt, FK)

„Wir haben im Moment keine Probleme, aber Achtung: Das würde ja das tatsächliche Bild ein bisschen versauen! Ich muss das also begründen. Erstens: Wir haben ein riesengroßes Internat an einem Förderzentrum. Das ist ideal für die Unterbringung, denn das ist wirklich riesengroß und weitläufig mit Speisesaal, mit allem. Zweitens: Wir haben zwei ehemalige Studentenwohnheime, die wir gemeinsam mit einer Schule vom Land gekriegt haben vor vielen Jahren. Wir hatten nie vernünftige Verwendung dafür, da haben wir mal ein bisschen Archiv dringehabt, mal das dringehabt, mal dies dringehabt – und wir haben drittens eine freigezogene Berufsschule. Wir haben also, demografiebegründet, nahezu alle Berufsfelder verloren, also Industriemechaniker, Konstruktionsmechaniker, was es da alles gibt. Wir haben eine riesengroße Berufsschule, die aus einem Neubau und einem Altbau besteht, und den Neubau haben wir jetzt sofort hergerichtet. Das ist ein Glücksfall, wir haben erstmal unglaubliche Kapazitäten.“ (O, Land, LR)

„Bei uns gelingt das im Moment so gut, dass wir noch keine Turnhalle und noch keine Zeltstadt aufgebaut haben. Wobei man auch wissen muss: Wir setzen stark auf dezentrale Unterbringung, und ich habe im Moment – Sie werden es kaum glauben – über 100 Wohnungsangebote im Kreis, die wir im Moment prüfen und abklären, was ist geeignet. Ich habe da mehrere Bauingenieure, die unterwegs sind, um Wohnungen zu besichtigen und Wohngebäude zu besichtigen. Wir haben ein gutes privates Angebot, das ist erstaunlich.“ (W, Land, LR)

„Im Moment funktioniert das innerhalb bei uns, also der Verwaltung, sowohl bei der Suche von privatem Wohnraum, eben dass Private ihre Wohnungen für mögliche Flüchtlingsunterbringungen zur Verfügung stellen, noch relativ gut, aber auch die kommunalen Unterbringungen funktionieren noch. Wenn die Zahl natürlich steigt, steigt nicht die Zahl

der zur Verfügung stehenden Wohnungen, die die Kommune hat.“
(W, Stadt, BM)

Gleichzeitig wurde jedoch in einem Teil der Gespräche auch deutlich, dass sich die Situation insbesondere in westlichen Kommunen und Landkreisen zunehmend schwierig gestaltet:

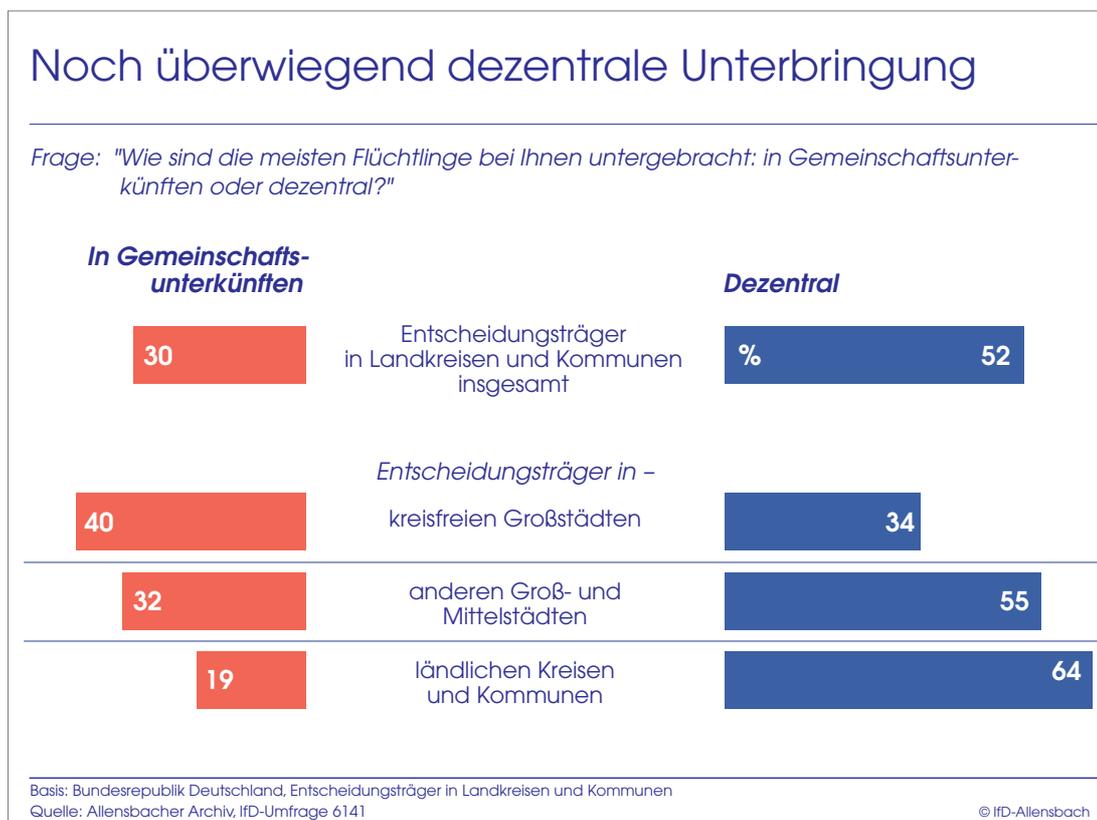
„Es war ganz, ganz schwierig, deswegen haben wir ganz viel angemietet, zum Teil gekauft. Also von außen ist das gar nicht sichtbar, dass das eine Flüchtlingsunterkunft ist. Aber wir stoßen natürlich an unsere Grenzen. Wir haben das bis jetzt ganz gut hingekriegt, waren aber auch sehr gut vorbereitet. Jetzt merken wir aber, mit den neuen Zahlen, das wird eng. Das Konzept der dezentralen Unterbringung werden wir nicht aufrecht erhalten können, was mir als Integrationsbeauftragtem natürlich besonders leid tut.“ (W, Stadt, FK)

„In den Notunterkünften stoßen wir an unsere Grenzen. Es ist jetzt schon eine Sporthalle belegt und andere sind in Zelten untergebracht. Wir werden das aber so regeln, sollte es noch kälter werden, dann muss noch eine Sporthalle hinzugenommen werden. Bei den zugewiesenen Flüchtlingen konnten wir bisher alle Familien in Wohnungen unterbringen. Die Neuankommenden werden in Sammelunterkünften untergebracht. In beiden Fällen stoßen wir langsam an unsere Grenzen. Auch die Wohnungen werden immer knapper.“ (W, Stadt, BM)

„Die letzten drei Jahre, seit uns diese Aufgabe übertragen wurde, haben wir eigentlich permanent eine sehr angespannte Situation. Wir setzen alles daran, die Flüchtlinge, die uns zugewiesen werden, Woche für Woche unterzubringen. Es ist sehr schwierig, da vorzukommen, einen Vorrat an Unterkünften zu schaffen. Momentan sieht es etwas entspannter aus, aber das will nicht viel heißen. Das kann sich in ein, zwei Wochen schon wieder deutlich ändern.“ (W, Land, FK)

Zurzeit gelingt es noch der Mehrzahl der Landkreise und Kommunen, die Flüchtlinge überwiegend dezentral unterzubringen. 30 Prozent müssen vorwiegend auf Gemeinschaftsunterkünfte zurückgreifen; die übrigen nutzen beide Unterbringungsmöglichkeiten parallel. Dabei gelingt es in den ländlichen Kreisen und Kommunen weitaus besser als in den kreisfreien Großstädten, dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren. Zwei Drittel der ländlichen Kreise und Kommunen können bisher die Flüchtlinge überwiegend dezentral unterbringen, dagegen nur jede dritte kreisfreie Großstadt.

Schaubild 5



Aufgrund der besseren Voraussetzungen in den ländlichen Kreisen und Kommunen, die Unterbringung dezentral zu organisieren, gelingt es dort auch besser als in den kreisfreien Großstädten, die Familien familiengerecht unterzubringen. Hier sind nur

57 Prozent der kreisfreien Großstädte mit ihren Möglichkeiten zufrieden, aber annähernd 80 Prozent der ländlichen Kreise und Kommunen.¹

Es besteht weitgehender Konsens, dass die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften keine optimale Lösung ist. Gemeinschaftsunterkünfte bergen nach den Erfahrungen der Kreise und Kommunen weitaus eher Konfliktpotential als die dezentrale Unterbringung, insbesondere wenn in Gemeinschaftsunterkünften Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsländern gemeinsam untergebracht werden müssen:

„Bei den dezentral Unterbrachten haben wir keine Probleme. In den Gemeinschaftsunterkünften gibt es Spannungen mit handgreiflichen Auseinandersetzungen. Junge, alleinstehende Männer bilden Gruppen mit Mafia-Strukturen. Vor allem bei Albanern. Es gibt dort einen Gang-Chef und die anderen tun, was er will und sagt. Die Männer werden von ihm unter Druck gesetzt. Das einzige Druckmittel, was wir dagegen setzen können, ist die wöchentliche Geldauszahlung.“ (W, Stadt, BM)

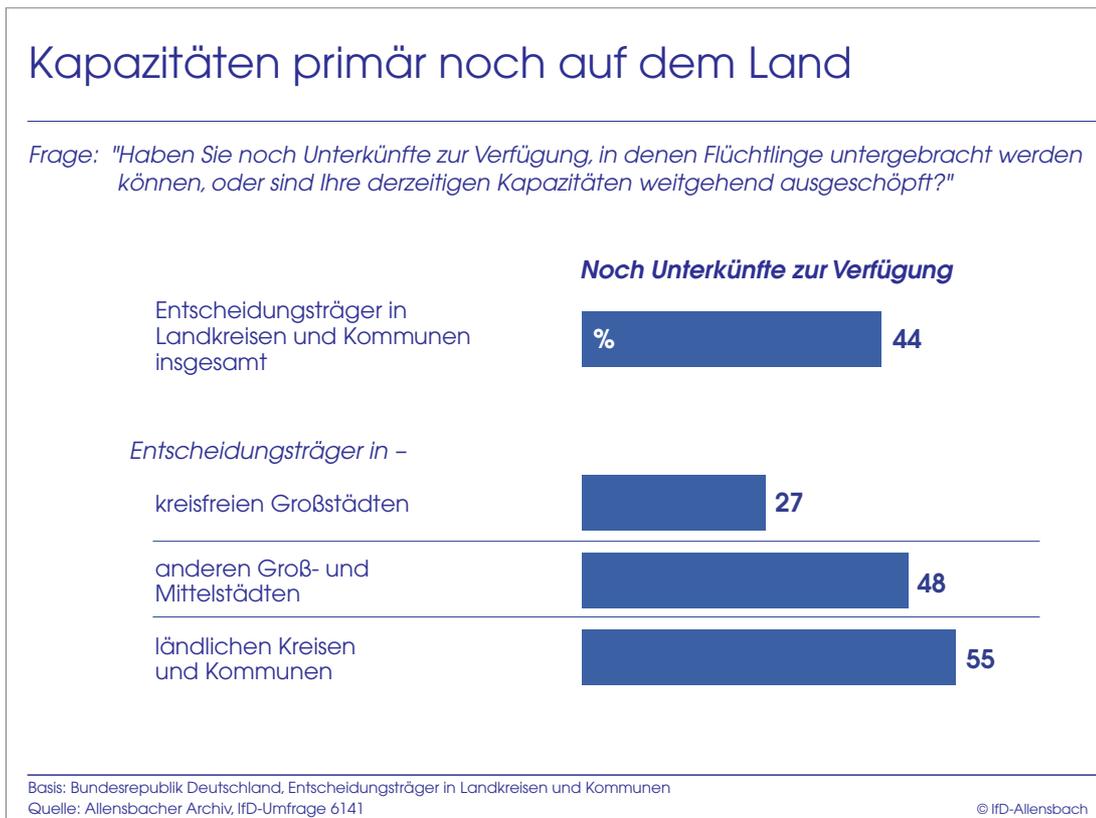
„Im Moment ist es ruhig. Das ist wahrscheinlich aber auch ein Stück weit der Jahreszeit geschuldet. Wir haben in der Regel immer mehr Probleme in den Sommermonaten, weil die Menschen, die dort untergebracht sind, eigentlich damit umgehen können, draußen zu leben. Also ein sehr großer Anteil der normalen Lebensweise derer findet im Freien statt und das führt häufig zu Komplikationen in der Nachbarschaft. Wir haben schwerpunktmäßig bei uns in der Erstunterbringung, also in den größeren Einheiten, Männer. Das Konfliktpotential wechselt oder schwankt, weil es einfach unterschiedliche Länder bzw. ethnische Gruppen sind, die da drin sind, die teilweise konfliktträchtig sind, und manchmal reicht nur eine Kleinigkeit und der Funke springt über und es gibt Streit. Ich kann es aber auch ein Stück weit nachvollziehen, wenn 150 Männer in einem Gebäude untergebracht sind, und sie dürfen nicht arbeiten.“

(W, Stadt, BM)

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 9

„Es ist nicht so, dass wir da jeden Tag ein Problem damit haben, aber natürlich ist klar, dass, wenn wir in einem Raum sechs bis sieben Flüchtlinge haben, alleinstehende Männer, möglicherweise fünf unterschiedliche Nationalitäten, es schon Reibungspunkte gibt, die aber dann in der Begleitung, in der Betreuung ausgeräumt werden müssen.“
(W, Land, LR)

Zum Zeitpunkt der Befragung zogen 44 Prozent der Landkreise und Kommunen die Bilanz, dass sie zumindest noch begrenzt Unterkünfte zur Verfügung haben. Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. Während in der Mehrzahl der ländlichen Kreise und Kommunen noch Unterkünfte zur Verfügung stehen, zog die große Mehrheit der kreisfreien Großstädte bereits Ende 2015/Anfang 2016 die Bilanz, dass ihre Kapazitäten weitgehend ausgeschöpft sind. Da sich schon vor dem steilen Anstieg der Flüchtlingszahlen große Wanderungsbewegungen von den ländlichen Regionen in die Städte bzw. die Peripherie der Städte vollzogen haben, ist dort Wohnraum bereits seit Längerem knapp. Die Notwendigkeit, Flüchtlinge unterzubringen, vergrößert diese Probleme, mit denen die großen Städte bereits seit einiger Zeit kämpfen.



Wenn die Kommunen, die zurzeit noch Kapazitäten zur Verfügung haben, diese Kapazitäten beziffern sollen, wird im Durchschnitt eine Zahl genannt, die ungefähr der Anzahl entspricht, die im Durchschnitt bereits für die nächsten drei Monate erwartet wird. Im Durchschnitt rechnen die Kommunen für die kommenden drei Monate mit rund 1.200 weiteren Flüchtlingen; die Kommunen, die zurzeit noch über freie Kapazitäten verfügen, beziffern die Zahl der Plätze im Durchschnitt auf rund 1.100.¹

Auch wenn die Mehrzahl die Situation zurzeit im Griff hat oder sogar noch gut bewältigt, ist die Besorgnis groß, dass die eigenen Möglichkeiten in absehbarer Zeit

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 11

erschöpft sein könnten, wenn es nicht gelingt, die Flüchtlingszahlen deutlich zu reduzieren:

„Wenn die Flüchtlingszahlen so anhalten sollten, dann können wir ab Mitte des Jahres nicht mehr sicherstellen, dass alle dezentral untergebracht werden können.“ (W, Land, LR)

„Diese Unterbringung ist irgendwann auch mal endlich. Wir haben schon noch Flächen, wir haben auch noch Wohnungen da. Es geht hier ja immer nur um die Erstaufnahme – wir müssen dann schauen, welche Wohnungen die Flüchtlinge mit Bleiberecht dann bekommen. Irgendwann ist das auch erschöpft, die Aufnahmemöglichkeiten. Vielleicht nicht so schnell wie in anderen Städten, die vielleicht bevölkerungsintensiver sind, aber irgendwann ist es hier auch zuende.“ (O, Land, BM)

„Wir stehen dann vor dem völligen Kollaps. Es ist eine Konkurrenzsituation zu den sozial Schwachen gegeben. Aber wir wollen Zelte unbedingt vermeiden. Wir haben vor, neuen Wohnraum zu bauen, der auch hinterher genutzt wird. Wir hoffen auf Bauträger, werden die Kosten dann mit 20 Prozent bezuschussen. Wir bekommen keine Betten mehr, auch keine Container, gar nichts. Wir hatten für einen Wohncontainer telefonisch nachgefragt, was dieser kosten würde. Uns wurden 750.000 Euro genannt. Wir beratschlagten in der Verwaltung und sagten der Firma, sie solle uns ein schriftliches Angebot machen. Dieses kam eine Woche später. Kostenpunkt: 850.000 Euro. 100.000 Euro Mehrkosten in einer Woche! Das ist doch unvorstellbar.“ (W, Stadt, BM)

Die tiefergehende Analyse zeigt, dass die meisten Kommunen und Kreise zwar die Unterbringung zurzeit bewältigen, aber vielfach in Form von Übergangslösungen. Die Herausforderung, Flüchtlinge so unterzubringen, dass es eine mittel- und längerfristig zufriedenstellende Unterbringung darstellt, wird von der großen Mehrheit als eines der größten Probleme benannt.

DIE GRÖSSTEN AKUTEN HERAUSFORDERUNGEN: ORGANISATION VON GEEIGNETEM WOHNRAUM UND PERSONAL

Auf die Frage nach den größten Problemen, mit denen Landkreise und Kommunen zurzeit kämpfen, wird vor allem die Organisation von geeigneten Unterkünften genannt, aber auch fehlende personelle Ressourcen, Planungsunsicherheit, Widerstände aus der Bevölkerung und die Diskrepanz zwischen der „normalen“ Dauer und Struktur von Planungsprozessen und Genehmigungsverfahren und der Notwendigkeit, rasch zu handeln. Auch das Thema Integration und der Umgang mit den kulturellen Prägungen der Flüchtlinge bewegt viele – auch wenn die Aufmerksamkeit und Kräfte zurzeit eindeutig primär von der Aufgabe der Unterbringung und Versorgung absorbiert sind:

„Das Hauptproblem ist Unterkunft schaffen. Deshalb steht das für uns auch im Vordergrund. Wie es mal geheißen hat: Bett und Dach und eben die Versorgung. Dann ist es uns natürlich wichtig, dass auch in den Gemeinden – wir verteilen die Flüchtlinge dezentral auf den ganzen Landkreis – dass das in den Gemeinden auch irgendwo verankert ist, dass es dort Ehrenamtliche gibt, die sich um die Flüchtlinge kümmern, dass auch wir unser System haben, wie wir immer wieder mal nach den Leuten schauen können. Das versuchen wir, auch weiter zu unterstützen. Der Landkreis hat hier zuletzt zwei Personen eingestellt nur für die Betreuung der Ehrenamtlichen. Wir sind eben dabei, dieses System auch weiter aufzubauen.“ (W, Land, FK)

„Im Prinzip ist es so, dass wir nicht wissen, wer kommt. Es kommen Busse, in diesen Erstaufnahmestellen fahren wohl Busse vor und da sagen sie so ungefähr, wer mitfahren will, der kann mitfahren. Und darauf kann man sich als Stadt nicht vorbereiten. Man muss schauen, wer gehört zu wem und dass man dann eine Wohnung findet. Und da haben wir keinen Vorlauf mehr. So ist man vielleicht gezwungen, die Flüchtlinge in einer Zwischenlösung unterzubringen, um sie dann weiter

in Wohnungen zu verteilen. Das ist zusätzlicher Aufwand, der nicht gut ist.“ (O, Land, BM)

„Momentan sind die größten Probleme, dass die Baugenehmigungen – sowohl für die Erstunterbringungen des Landratsamtes als auch die für die Stadt – relativ langer Zeit bedürfen. Weil regelmäßig die Umgebung drum herum, also die Nachbarn und die unmittelbar Betroffenen, Einsprüche erheben und häufig den Rechtsweg beschreiten. Wir rechnen mit Genehmigungsverfahren, die circa ein Jahr dauern. Das heißt, um vernünftigerweise die Leute in ordentlichen Strukturen unterbringen zu können, bedarf es einer sehr langen Zeit, weil die Betroffenheit bzw. die Akzeptanz vor Ort nicht gegeben ist.“ (W, Stadt, BM)

„Das ist die künftige Versorgung mit Wohnraum für die Zweitunterbringung, dass bei den zu erwartenden Zahlen, die steigen ja jetzt noch im aktuellen Quartal 2015, aber insbesondere auch im ersten Quartal 2016, weiter Wohnraum zur Verfügung steht. Wir sind da intensiv auf der Suche. Irgendwann muss natürlich dann auch mal Land in Sicht sein und sich klären lassen, was müssen wir noch alles zubauen. Zumal müssen wir beobachten, dass bei den dann anerkannten Flüchtlingen, die ja dann nach dem Ausscheiden aus dem Asylbewerberleistungsrecht und dem Eintauchen in den neuen Rechtskreis – SGB II vornehmlich – Freizügigkeit herrscht. Und hier bemerken wir auch eine Landflucht. Aus den ländlich strukturierten Regionen kommen die Menschen in die Stadt und versuchen, hier Wohnsitz zu nehmen und sich dann hier anzumelden. D.h., wir haben auch bei unserem Einwohneramt ein erhöhtes Aufkommen.“

(W, Stadt, FK)

„Die Wohnsituation ist im Vergleich mit anderen Städten nicht so das Riesenproblem, aber es ist schon die größte Herausforderung im Moment, dass man natürlich gucken muss, wo bringt man 700 Menschen im Monat im eigenen Wohnraum unter. Das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, die so sein soll, und das müssen wir arrangieren. Das hat

natürlich dann noch Auswirkungen in der Verwaltung. Wir müssen das hier bewältigen, dass die Leute, die kommen, natürlich Leistungen erhalten. Nicht, dass wir den Verwaltungsapparat jetzt kurzfristig aufstocken müssen, aber das ist schon immens. Also, das sind die beiden Herausforderungen: Verwaltungstätigkeit, Auszahlung usw. und die Beschaffung des Wohnraums.“ (O, Stadt, FK)

„Die Unterbringung ist ein ganz großes Problem. Auf der anderen Seite sage ich immer: Ein Dach über dem Kopf reicht nicht aus. Ein ganz großes Problem ist Sprache. Wir haben zwar jetzt durch Bundes- und Landesmittel finanzielle Mittel bekommen, und die Träger machen auch ganz viel, die sagen aber auch: Wir können das gar nicht stemmen, weil wir kein Personal und keine Räume haben. Sprache ist das eine, aber auch Arbeit. Arbeitsmarktzugang, auch wenn es da jetzt ganz große Erleichterungen gibt, wenn Flüchtlinge arbeiten möchten. Die Firmen sind sehr offen, wir haben letzte Woche auch ein Initiativtreffen gehabt mit den großen Unternehmen, die wollen alle was machen, aber die rechtlichen Bedingungen sind so kompliziert, dass wir auch immer sagen, wir können nicht sofort einen Flüchtling zu euch schicken. Das ist ganz schwierig, das Ausländerrechtliche, das Asylrechtliche. Das merken wir in der Kommune auch. Wir müssen den Kopf hinhalten für die Gesetze des Landes und des Bundes, aber wir möchten ja auch die Menschen integrieren so schnell wie möglich. Das wird uns aber schwer gemacht, das muss man auch sagen.“ (W, Stadt, FK)

„Dass wir uns einfach rechtzeitig auch bemühen, neben der Unterbringung und der Essensversorgung, dass wir uns heute Gedanken machen, wie kann Integration stattfinden. Das ist so das Thema, wo wir richtig dran sind. Wir haben jetzt auch ein regionales Aktionsbündnis gegründet mit allen Beteiligten an der Flüchtlingsarbeit unter Federführung des Kreises.“ (W, Land, LR)

„Im Moment ist die Problemlage nicht so gravierend. Ich sage das mal wertfrei: Uns werden bis Ende 2016 2.500 Flüchtlinge zugewiesen

werden. Das sind übrigens fast alles junge Männer, wir haben sehr viele ledige junge Männer. Ich habe mal so einen Transfer gesehen, das sieht ein bisschen so aus, wie die Abiturklasse macht Ausflug. Das ist ohne Zynismus. Man sieht wirklich Familien, denen der Stress anzusehen ist, eine Mutter mit zwei Kindern, wo du sagst, mein Gott, die hat es wirklich nicht leicht gehabt, und dann siehst du die Jungs, die sind tough, die sehen nicht aus wie Flucht. Und das Problem, was wir wie alle haben werden, wird eigentlich die Integration.“ (O, Land, LR)

„Um Integration können wir uns zurzeit überhaupt nicht bemühen. Wie auch? Wir sind voll mit der Unterbringung ausgelastet.“ (W, Stadt, BM)

Auch in der quantitativen Befragung wurde deutlich, dass die Wohnraumbeschaffung zurzeit die Aufmerksamkeit vor Ort weitgehend absorbiert. 62 Prozent nannten auf die Frage nach den aktuell größten Problemen die Akquisition von Unterkünften und insbesondere die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, die dauerhaft angelegt sind und nicht nur eine Notunterkunft und Übergangslösung. In den großen Städten hat dieses Problem noch eine größere Dimension als in den ländlichen Kreisen und Kommunen. 74 Prozent der in die Untersuchung einbezogenen kreisfreien Großstädte nannten die Wohnraumbeschaffung spontan als eines der größten Probleme, 56 Prozent der ländlichen Kreise und Kommunen.¹ Alle anderen Probleme wurden spontan weitaus weniger angeführt, ob das Fehlen von geeignetem Personal, die Schwierigkeiten, Integrationsmaßnahmen zu organisieren, die Planungsunsicherheit oder auch die Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung. Gleichzeitig wird in der Untersuchung deutlich, dass all diese Probleme eine große Rolle spielen – die Verantwortlichen zurzeit aber noch nicht so absorbieren wie das, was sie oft binnen weniger Stunden, spätestens aber innerhalb von wenigen Tagen und Wochen leisten müssen: die Organisation von geeignetem Wohnraum. 78 Prozent der Landkreise und Kommunen ziehen die Bilanz, dass es ihnen zurzeit vor allem an geeignetem Wohnraum mangelt; 69 Prozent haben jedoch auch Probleme,

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 12 a)

ausreichend personelle Ressourcen zu mobilisieren. Finanzielle Aspekte werden dagegen erst mit Abstand an dritter Stelle genannt. Hier gibt es allerdings deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: In Westdeutschland wird weitaus mehr als in Ostdeutschland über Mangel an geeignetem Wohnraum und Personal geklagt, dagegen weniger über finanzielle Engpässe. Zwei Drittel der Landkreise und Kommunen in Ostdeutschland beklagen Mangel an geeignetem Wohnraum, dagegen 82 Prozent der westdeutschen Kreise und Kommunen. Mit ihrer personellen Ausstattung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation sind 72 Prozent der westdeutschen, 58 Prozent der ostdeutschen Kreise und Kommunen unzufrieden.

Schaubild 7

Mangel an Wohnraum und Personal

Frage: "Wenn es darum geht, die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen, woran mangelt es Ihnen da vor allem: an Geld, an Personal, an verfügbarem Wohnraum oder woran sonst?"

Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen

	insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland	Urbanität		
				Kreisfreie Großstädte	andere Groß- und Mittelstädte	Ländliche Kreise und Kommunen
	%	%	%	%	%	%
An Wohnraum	78	82	64	88	80	67
An Personal	69	72	58	61	73	72
An Geld	45	43	55	48	45	44
An Hilfestellungen, Anderes	12	14	8	18	8	13
Keine Angabe	1	2	-	-	2	2

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6141

© IfD-Allensbach

In den Tiefeninterviews wurde teilweise auch darauf hingewiesen, dass sowohl die Organisation von geeignetem Wohnraum wie die von Personal nicht nur durch ein unzureichendes Angebot an Grenzen stößt, sondern im Rahmen der normalen Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse oft nicht in der Schnelligkeit zu bewerkstelligen ist wie sich der Bedarf entwickelt:

„Wohnungen fehlen uns vor allem. Wir haben in den letzten Jahren Liegenschaften zurückgefahren auf Grund der demographischen Entwicklung. Wenn wir noch mehr Flüchtlinge zugewiesen bekommen, werden wir auch beim Personal deutlich aufstocken müssen. Es wird dazu führen, dass wir in allen Bereichen unserer Stadtgesellschaft unsere Planungen neu denken müssen. Im Kita-Bereich, im Schulbereich, überall werden wir die Planungen deutlich anpassen müssen. Die Problematik besteht darin, dass sich die Zahlen laufend ändern. Das widerspricht eigentlich dem normalen Handeln.“ (W, Stadt, BM)

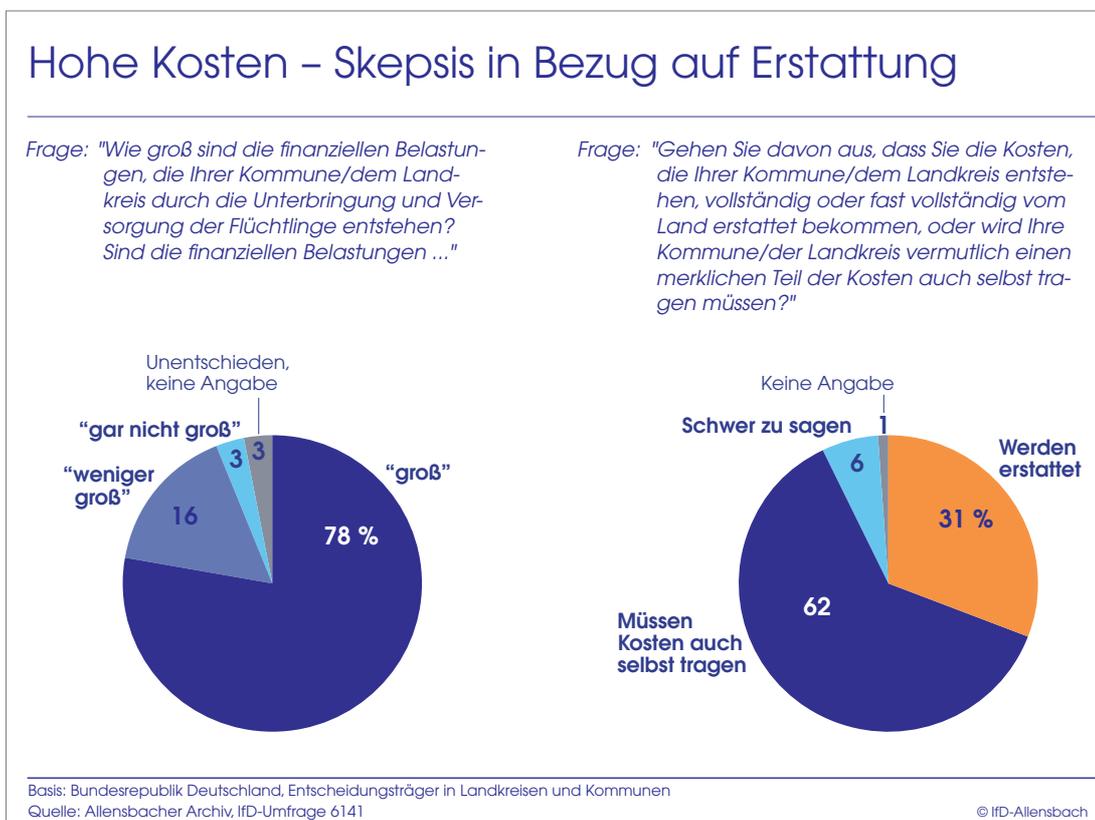
„Finanziell okay, personell Probleme mit der Findung von qualifiziertem Personal. Ressourcen bedeutet natürlich auch: Kapazitäten, Räume für die Gemeinschaftsunterkünfte. Da habe ich ein Problem, da knallen auch die Preise durch. Unverschämte Kriegsgewinnler sind zu Gange. Ein ganz großes Problem sind Ressourcen für die Anschlussunterbringung, die Gemeinden müssen Bauflächen ausweisen, müssen erschließen, müssen bauen, und dies mit einem Bauplanungsrecht, das zerbricht, wenn hinter einem Baum ein Frosch sitzt.“ (W, Land, LR)

„Häuser sind nicht schnell gebaut, Lehrer sind gar nicht so schnell eingestellt, das ist eher das Problem, dass man nicht so schnell diese Strukturen schaffen kann, so schnell, wie die Menschen kommen. Das ist, glaube ich, für die Kommunen das größte Problem, dass die gar nicht schnell Schulklassen einrichten können, Wohnraum schaffen können, oder auch die Schulen so schnell Lehrer einstellen können.“

(W, Stadt, FK)

Die finanziellen Belastungen wurden signifikant weniger zu den akuten Problemen gezählt als die Beschaffung von Wohnraum und geeignetem Personal, obwohl die große Mehrheit die finanziellen Belastungen, die der Kommune bzw. dem Landkreis zurzeit durch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entstehen, als durchaus gravierend bewerten. 78 Prozent sehen hier eine große Belastung, nur 19 Prozent eine geringe oder kaum existente Belastung. Gleichzeitig gehen annähernd zwei Drittel der Landkreise und Kommunen davon aus, dass sie einen merklichen Teil dieser Kosten auch selbst tragen müssen.

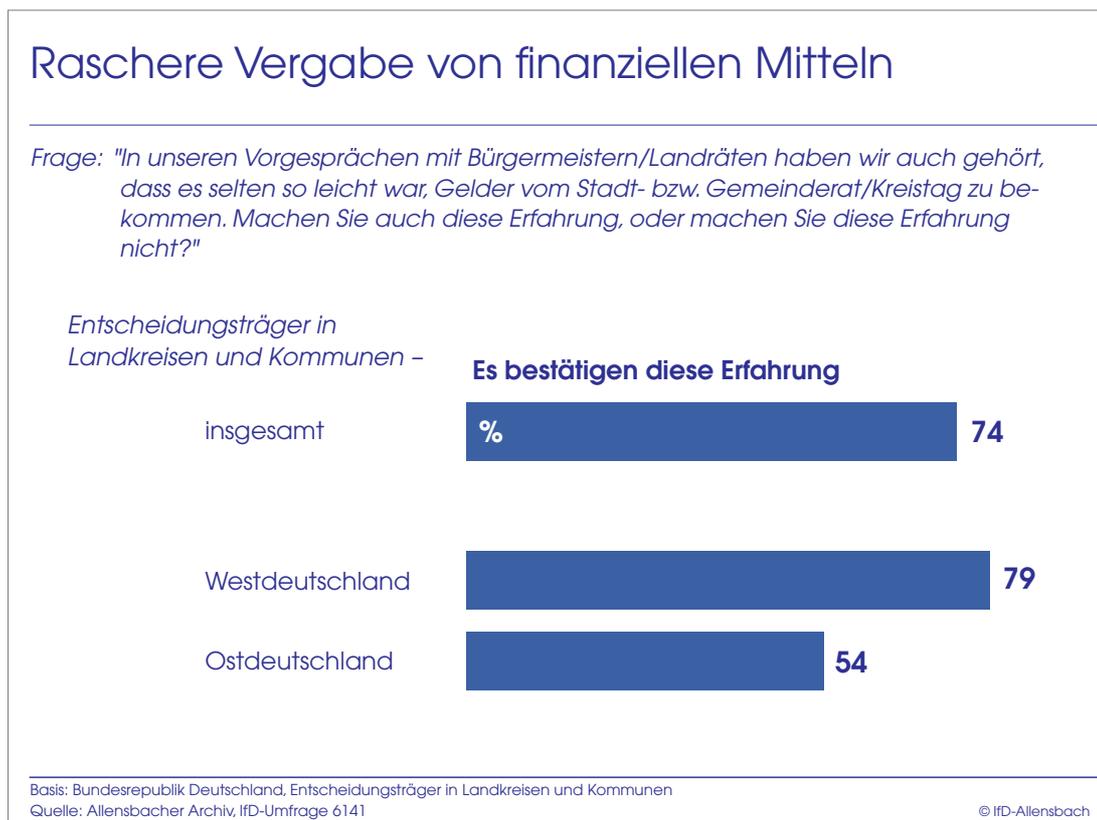
Schaubild 8



Dass die finanziellen Lasten trotzdem weitaus weniger zu den größten Problemen gezählt wurden, hat vor allem zwei Gründe: Zum einen gehen viele davon aus, dass das letzte Wort über die Verteilung der finanziellen Lasten noch nicht gesprochen ist, zum anderen macht die überwältigende Mehrheit die Erfahrung, dass Gelder vom

Stadt- bzw. Gemeinderat und Kreistag vor dem Hintergrund der Ausnahmesituation weitaus rascher und unkomplizierter bewilligt werden, als das normalerweise üblich ist. Drei Viertel der zuständigen Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen machen zurzeit diese Erfahrung, in Westdeutschland noch weitaus mehr als in Ostdeutschland.

Schaubild 9



Sehr anschaulich bringt diese Erfahrung ein Landrat zum Ausdruck:

„Stellen Sie sich vor: Ich gehe in den Kreistag und sage: Leute, ich habe schon in der Vorlage angekündigt, dass wir da einfach mehr Leute brauchen. Heute präsentiere ich euch, bitte 19 einzustellen, davon vier Architekten, um die ganzen Objekte zu prüfen und zu machen. Und da beschließt der Kreistag einstimmig: Ja, das sei in Ordnung, das müsse

man so machen. Wenn ich eine halbe Sekretärin was weiß ich wo, im Jagdrecht, haben will, da macht der Kreistag Bocksprünge. Also, wir schwimmen im Augenblick elegant durch, so viel Personalvermehrungen gab es im Landkreis noch nie. Finanziell: Null Problem. Ich habe das in meiner ganzen Amtszeit noch nie erlebt, dass die Finanzen eine völlig untergeordnete Rolle spielen. Das Land hat jetzt aus Angst vor der Landtagswahl und dem Protest der Spitzenverbände beschlossen, sie bezahlen uns alles. Am Ende der Schlacht wird dann geprüft, was alles richtig war – da wird es Ärger geben –, aber im Augenblick: Geld spielt keine Rolle. Der Kreistag bewilligt mir jede Stelle, die ich haben will.“
(W, Land, LR)

In den Gesprächen wurde jedoch auch die erhebliche Unsicherheit deutlich, die sich zurzeit noch mit der Verteilung der entstandenen und künftig entstehenden Kosten verbindet:

„Uns fehlt primär natürlich der Platz. Was teilweise noch nicht klar geregelt ist, wenn eine Kommune für Flüchtlinge/Obdachlose baut – wie ist und wie bleibt die Zuschussituation?“ (W, Stadt, BM)

„Wir haben all das, was wir ausgeben, zum großen Teil noch nicht, sondern sind auf Refinanzierung, Kostenabrechnung angewiesen und haben selber jetzt noch die Situation, dass wir eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes neu kriegen in der Stadt, die hier aufgebaut wird, wo wir auch noch Aufgaben übernehmen, was zusätzlich noch einmal Kosten verursacht. Wir haben für all die Bereiche die Zusage, die Aussage des Landes, dass kostendeckend abgerechnet werden kann. Im Moment haben wir die Erfahrung gemacht, dass das funktioniert. Wo wir im Moment tatsächlich schauen müssen, ist beim Personalaufwand. Das sind ja sozusagen indirekte Kosten, die jetzt entstehen. Wir brauchen mehr Personal für die Auszahlung Asylbewerberleistungsgesetz und für z.B. dieses Umzugsmanagement, was ich sagte. Da müssen wir jetzt noch sehen und Erfahrungen sammeln

bzw. gucken bei den Abrechnungen, wie kann man das darstellen, wird das tatsächlich berücksichtigt in den Zuweisungen des Landes.“

(O, Stadt, FK)

„Zurzeit fehlt uns eine halbe Million Euro. Mittlerweile entwickelt es sich aber. Die richtigen Weichenstellungen sind erfolgt. Es soll 670 Euro pro Monat und Flüchtling geben. Die Landesregierung hat allerdings gesagt, sie gibt das nicht alles weiter. Inzwischen ist beschlossen worden, dass es 10.000 Euro pro Jahr und Flüchtling gibt. Wenn das denn alles so kommt. Dann käme das in die Nähe der Auskömmlichkeiten. Aber anders kann das doch auch gar nicht sein. Es ist doch keine kommunale Aufgabe, sondern eine gesamtstaatliche. Das Mindeste, was man erwarten kann, ist doch, dass die Ausgaben ausgeglichen werden.“

(W, Stadt, BM)

„Das Land zahlt derzeit Pauschalen, und diese Pauschalen sind nicht ausreichend. Sprich: Das Land – ich sage das tatsächlich so! – verstößt gegen die Verfassung. In der Verfassung steht ganz klar drin im Kommentar: Vollständiger Kostenausgleich. Im Jahr 2014 haben uns mehrere Hunderttausend Euro gefehlt. Das geht auch auf Dauer nicht so weiter. Jetzt kann es nicht um das Geld gehen. Wir geben aus, was nötig ist, nach Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit. Aber unter dem Strich wird was bei den Kommunen hängenbleiben und das kann eigentlich nicht so sein. Das ist keine kommunale Aufgabe, es ist Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes.“ (O, Land, LR)

„Für die geduldeten Asylbewerber gibt es keinerlei Zuschüsse von Land und Bund. Das wird in der Öffentlichkeit gar nicht so richtig wahrgenommen. Wir haben mit dem Land eine Vereinbarung, die ist in Ordnung, die ist belastbar, die Kosten der Flüchtlingsarbeit werden übernommen, Unterbringungskosten 1:1, und die weiteren Kosten werden über eine Pauschale vorausbezahlt und dann im darauffolgenden Jahr abgerechnet. Da muss ich sagen: Passt, ist in Ordnung, da gibt es nichts zu kritisieren. Aber die geduldeten Asylbewerber, das sind die, die

ein fertiges Asylverfahren haben, aber nicht abgeschoben werden, aus tausend Gründen. Das ist ja die deutlich größere Zahl wie die Zahl derer, die abgeschoben werden. Und diese Kosten haben die Kreise alleine zu 100 Prozent zu finanzieren.“ (W, Land, LR)

„Nach der Entscheidung des Landes, auf 10.000 Euro pro Flüchtling aufzustocken, hatten wir uns gesagt, dass das erst einmal die untere Grenze ist und unser Haushalt bis auf die Personal-Ressourcen erst einmal nicht belastet wird. Gleichwohl, in die Zukunft geschaut, fehlen uns deutlich Mittel um die Flüchtlinge so zu integrieren, wie es eigentlich erforderlich ist. Da werden noch einige zusätzliche Programme erforderlich sein.“ (W, Stadt, BM)

„Die Mittel sind leider überhaupt nicht ausreichend. Es gibt jetzt zwar mehr Mittel, auch vom Bund und es gibt mehr Mittel vom Land. Aber auch diese Mittel werden nicht ausreichen. 10.000 Euro pro Flüchtling werden nicht ausreichen. Wir müssen Häuser bauen, wir müssen Häuser instand halten. Wir müssen den Leuten den Lebensunterhalt sicherstellen. Und eine große Sorge, die wir haben, die einem niemand abnimmt, ist die, dass wir für diese Menschen die Krankenversicherung sind. Wenn also jemand schwer krank ist, bezahlt zurzeit die Gemeinde allein die Kosten der Krankheit. Und das ist eine Sache, die passt überhaupt nicht. Das ist eine Aufgabe, die gesamtgesellschaftlich zu lösen ist.“
(W, Land, FK)

Dieser letzte Aspekt, die Finanzierung der Gesundheitsversorgung, wurde in mehreren Gesprächen thematisiert. Die medizinische Versorgung selbst stellt die große Mehrheit nicht vor große Probleme. Lediglich 10 Prozent der Landkreise und Kommunen zogen die Bilanz, dass sie die medizinische Versorgung der Flüchtlinge vor große Probleme stellt. Noch am ehesten entstehen solche Probleme in

Ostdeutschland. Dort stuften 21 Prozent diese Thematik als großes Problem ein, in Westdeutschland dagegen nur 8 Prozent.¹

„Die Gesundheitsversorgung wird ja von den Gesundheitsämtern gemacht, von unserem Personal. Da geht es ja immer um die große Frage, wer bezahlt. Bisher war es in der Pauschale drin, jetzt wird eine Spitzabrechnung gemacht. Das würde dann auch für die Gesundheitskosten gelten, und das Land will ja die Gesundheitskarte einführen. Wenn die Gesundheitskarte kommt, okay – manche Bundesländer sagen ja, das ist ein bisschen kritisch. Aus meiner Sicht ist das in Ordnung, wenn man sie einführt, es wäre auch in Ordnung, wenn man sie nicht einführt, aber wenigstens die Kosten übernimmt. Weil es schon passieren kann, dass die Gesundheitskosten im Einzelnen mal in sechsstelligen Größenordnungen gehen.“ (W, Land, LR)

„Da ist es ganz wichtig für uns, dass es jetzt von der Bundesebene die Möglichkeit gibt, dass die Länder die Gesundheitskarte einführen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, wenn man mal nach Verwaltungsentlastung schaut, weil da viel Bürokratie bei uns wegfällt.“ (O, Stadt, FK)

„Es wird ja vermutlich dann eine Krankenkassenkarte für Flüchtlinge geben, da wird das Leistungsspektrum noch einmal ein anderes sein als jetzt. Es wird aber einen Verwaltungsaufwand geben, der ist ja noch gar nicht eingepreist worden mit dem Personalkostenaufwand, das müsste das Ziel sein; und es müsste natürlich die volle Kostenerstattung geben, weil es ist ja eine Pflichtaufgabe, das ist keine freiwillige Leistung, für die wir eigentlich zahlen müssten, das müsste vom Bund komplett erstattet werden.“ (W, Stadt, FK)

„Die Gesundheitskarte ist sinnvoll. Es ist nur eine Frage zu stellen: Wer bezahlt die Rechnung, die auf der Karte ist? Und das wird jetzt ganz stillschweigend so geklärt, das bezahlen die Landkreise. In der

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 13

Pauschale, die wir bezahlen, ist mit drin: ärztliche Behandlung bis 1.000 Euro (früher war das bis 5.000), ab dann Abrechnung zum Nachweis. Bei chronischen Krankheiten oder bei einer Diabetes zum Beispiel oder bei einer Tumorerkrankung oder bei Komplikationen in der Schwangerschaft läuft da richtig Geld über den Zähler. Und eigentlich wäre das ganz einfach: Karte ja, und das Land oder der Bund zahlen. Dann wäre das vollkommen unproblematisch.“ (O, Land, LR)

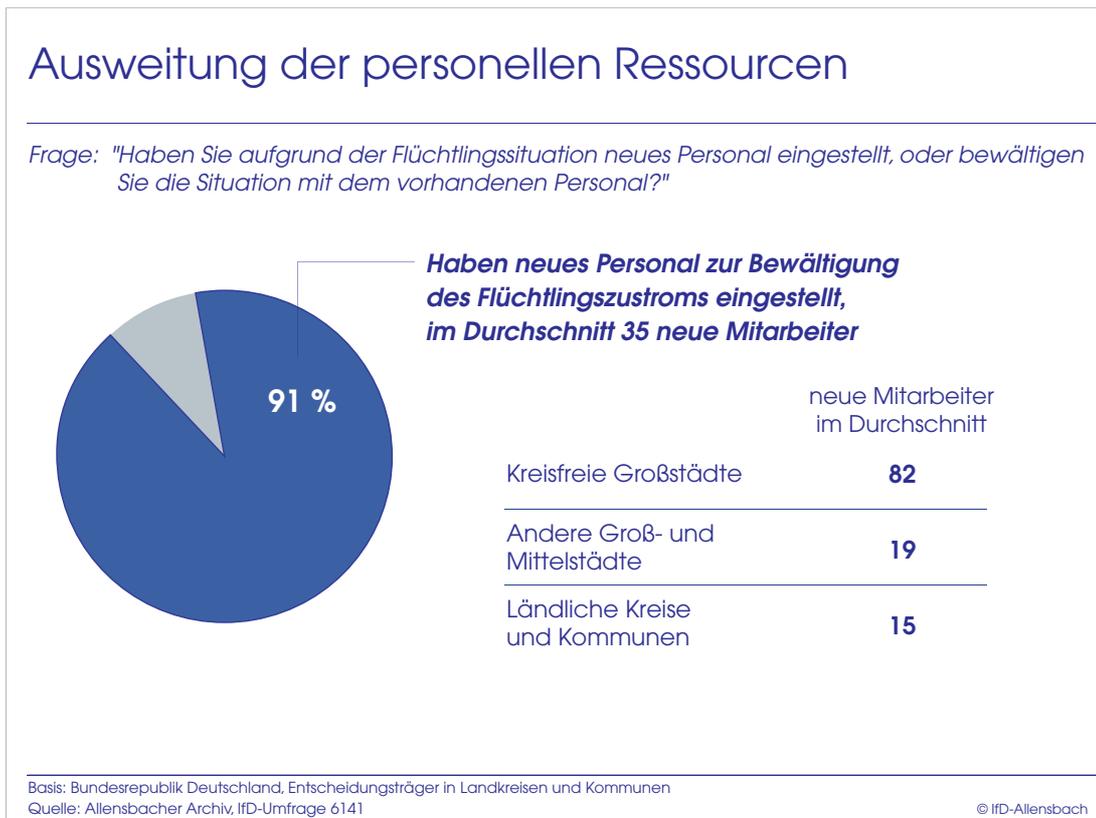
„Jedenfalls nicht die Gesundheitskarte. Damit zahlen wir nur noch mehr drauf. Wir stellen Krankenscheine aus. Die Flüchtlinge melden sich bei uns. Wir stellen den Krankenschein aus und haben damit die Gewähr zu wissen, wo er gelandet ist. Es gibt dann Überweisungen der einzelnen Ärzte zum Facharzt, die wir abstempeln. Die Krankenscheine werden dann nach und nach von einer zentralen Stelle beim Kreis abgerechnet und wir zahlen dann. Bei der Gesundheitskarte lief das ähnlich. Aber wir müssten zusätzlich 8 % Verwaltungskosten zahlen. Das ist viel zu hoch. Wenn die Flüchtlinge 15 Monate bei uns im Land sind, erhalten sie diese Karte sowieso. Wir müssen sie dann bei einer Krankenkasse anmelden. Für uns ist das ein Risikofaktor.“ (W, Stadt, BM)

Engpass Personal

Neben den Problemen, in ausreichendem Maß geeigneten Wohnraum zu organisieren, klagen die Kreise und Kommunen zurzeit vor allem über unzureichende personelle Ressourcen. Was hier vor Ort geleistet wird, erfordert einen enormen personellen Aufwand. Die Kommunen und Kreise beziffern die Zahl der Personen, die in ihrer Verwaltung mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation beschäftigt sind, im Durchschnitt auf 92 Kräfte. In den kreisfreien Großstädten wird die Zahl im Durchschnitt mit rund 212 Kräften angegeben, in den übrigen Großstädten und Mittelstädten mit 54 Personen, in ländlichen Kreisen und Kommunen im Durchschnitt mit 34 Mitarbeitern.¹ Fast alle Kreise und Kommunen haben zur Bewältigung der Herausforderungen neue Mitarbeiter eingestellt, und zwar im Durchschnitt 35 neue Kräfte. Auch hier liegen die kreisfreien Großstädte mit im Durchschnitt 82 neuen Mitarbeitern weit über dem Durchschnitt.²

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 30

² Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 32



Angesichts der Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist es zurzeit jedoch alles andere als ein leichtes Unterfangen, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden:

„Wir haben jetzt für 2016 25 neue Stellen eingestellt. Das wird sein müssen, das beginnt beim Hausmeister für Wohnungen, die wir anmieten, bis zur Sozialbetreuung und alles mögliche, Gesundheitsuntersuchungen, also medizinisches Personal, insgesamt 25 Personen. Und die spannende Frage ist: Kriegen wir die? Weil die sind natürlich gerade überall nachgefragt, das ist gar nicht so einfach.“

(W, Land, LR)

„Personal ist sehr schwierig zu bekommen. Wir haben die Situation, dass wir gut ausgebildete Lehrlinge gern übernehmen würden. Aber das

Bundesamt für Integration fragt auch stark Personal nach und zahlt deutlich besser als die Kommune. So verlieren wir gut ausgebildete Menschen an eine Bundesbehörde. Das betrübt uns und wir wissen gar nicht, wie wir damit umgehen sollen.“ (W, Land, BM)

„Das Problem ist, dass wir gar nicht mehr Leute finden, weder Architekten noch Verwaltungsleute noch Sozialarbeiter. Das wird richtig schwierig, und ich würde am liebsten für die Arbeit vor Ort gerne Männer haben, denn ich stelle fest, wenn ich Frauen als Leiterin einer Notunterkunft habe, ist das arabische Klientel... die nehmen die nicht wahr, die schauen durch die durch.“ (W, Land, LR)

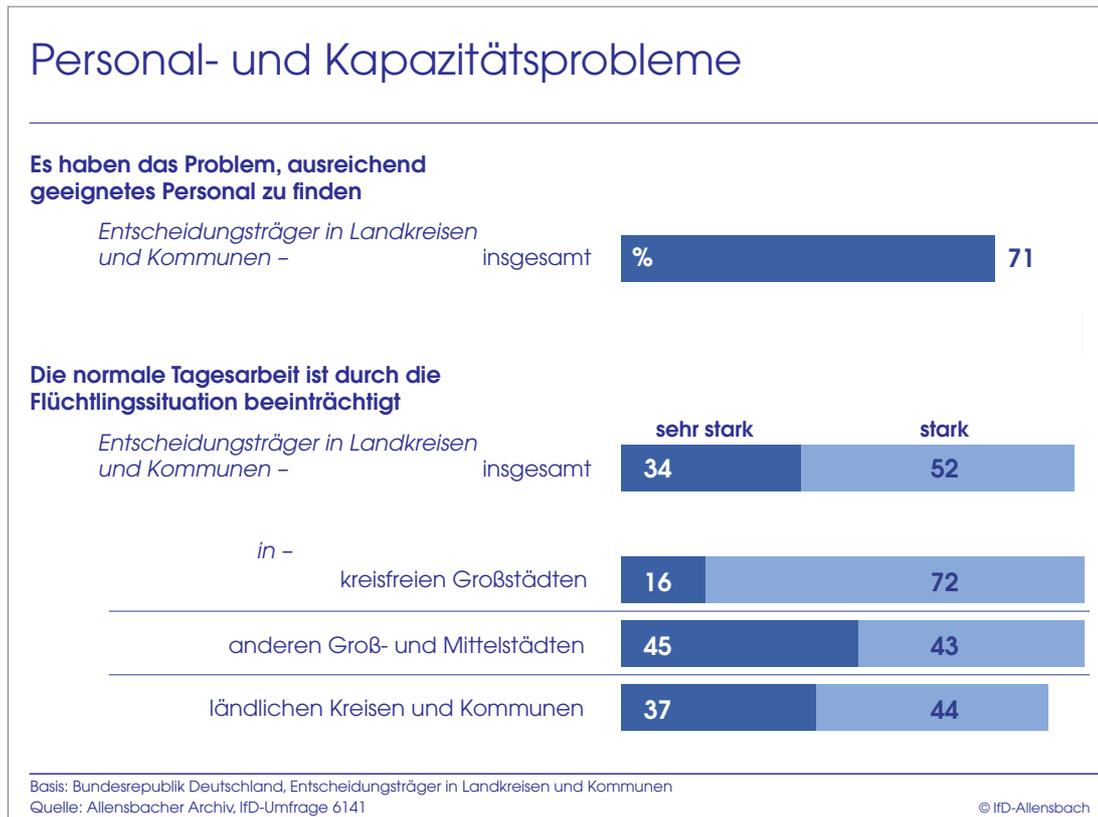
„Das Problem, was wir haben, ist nicht nur die Unterbringung, sondern vor allem die Integration. Das, was wir im Moment machen, ist doch nur die Bleistiftspitze. Der ganze übrige Bleistift wird nicht angepackt. Das, was noch kommt, kann nicht auf den Schultern der Ehrenamtlichen abgeladen werden. Die sind doch jetzt schon völlig überlastet. Wir befinden uns ständig hinter der Lage. Wir reagieren nur, agieren können wir doch gar nicht.“ (W, Stadt, BM)

„Wir stocken permanent unser Personal auf. Wir haben im Moment noch Möglichkeiten, die Stellen zu besetzen. Allerdings merken wir auch, dass das Bewerberpotential, dass die Qualifikation der Bewerber doch nicht mehr so hoch ist, wie wir das gerne hätten. Da muss man schon Abstriche machen.“ (W, Stadt, BM)

Insgesamt haben mittlerweile 71 Prozent der Entscheidungsträger Probleme, ausreichend geeignetes Personal zu finden. Hier gibt es nur begrenzt Unterschiede zwischen West und Ost oder zwischen Stadt und Land. Zu den Rekrutierungsproblemen kommt die Schwierigkeit, dass die normale Tagesarbeit beeinträchtigt ist, da viele Kräfte der Verwaltung durch die Bewältigung der Flüchtlingssituation absorbiert sind. Insgesamt berichten 86 Prozent der Kreise und

Kommunen von einer Beeinträchtigung der normalen Tagesarbeit, in jedem dritten Fall von einer sehr starken Beeinträchtigung.

Schaubild 11



Auch das eigene Personal, das bereits längerfristig in der Verwaltung aktiv ist, ist durch die Flüchtlingssituation teilweise mit völlig neuen Anforderungen konfrontiert. Von daher stellt sich die Frage der Qualifizierung bzw. Weiterqualifikation nicht nur für die neu rekrutierten Mitarbeiter, sondern teilweise auch für die langjährigen Mitarbeiter. Entsprechend bekunden drei Viertel der Kreise und Kommunen Interesse an Weiterbildungskursen, die die Mitarbeiter für die besonderen Herausforderungen qualifizieren.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 35

GROSSE HILFSBEREITSCHAFT – UND GROSSE BESORGNIS

Trotz der personellen Aufrüstung lassen die Landkreise und Kommunen keinen Zweifel, wie wichtig die Unterstützung durch das ehrenamtliche Engagement der Bürger ist. 86 Prozent bewerten diese Unterstützung als „sehr wichtig“, weitere 14 Prozent als „wichtig“.¹ Schon in den vorgeschalteten Tiefeninterviews machten mehrere Gesprächspartner deutlich, dass die Herausforderungen ohne die Unterstützung durch ehrenamtliche Kräfte kaum zu stemmen wären:

„Ich erachte es für so wichtig, dass ich glaube, dass es ohne dieses Engagement nicht geht. Da bin ich felsenfest davon überzeugt. Ein Stück weit muss sich hier jeder einbringen. Wenn man es politisch betrachtet – eine Million Menschen, die in einem Jahr nach Deutschland dazukommen. Das sind Wachstumsraten, die gab es wahrscheinlich nur nach dem Krieg und seitdem nicht mehr.“ (W, Stadt, BM)

„Ohne das Ehrenamt könnten wir das nicht bewältigen. In der Notunterkunft, ich erwähnte das schon, ist nur durch die Ehrenamtlichen Ruhe und sind Sprachkurse möglich.“ (W, Stadt, BM)

„Ohne dieses ehrenamtliche Engagement hätten wir einen nicht unerheblichen finanziellen Mehraufwand, und wenn ich sage, „wir“, dann meine ich Land und Kreise. Wenn Sie sich jetzt eine Erstaufnahmestelle vorstellen, im Grunde haben die Leute ja auch einen Anspruch auf Kleidung. Diese Kleidung ist ja nahezu zu 100 Prozent gespendet. Und wenn das nicht der Fall wäre, dann müsste das Land ja Kleidung kaufen. Von der Unterwäsche über Schuhe bis zur Oberkleidung bis zur Winterkleidung. Man muss sich das mal vorstellen, was das eigentlich bedeutet. Und das landes-, ja bundesweit! Das ist eigentlich phänomenal.“ (W, Land, LR)

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 24

„Für die formale Bewältigung brauchen wir das nicht. Für die Integration oder wie die Integration schneller gelingt – wir haben auch viele Gruppen, die Sprachkurse anbieten und so was, Sprachunterstützung oder Begleitung zu Behörden – ist es unschätzbar.“ (O, Stadt, FK)

Die Bilanz der Hilfsbereitschaft vor Ort fällt geradezu überwältigend aus. 97 Prozent berichten von einer großen Hilfsbereitschaft, in Westdeutschland 99 Prozent, in Ostdeutschland 90 Prozent¹:

„In der Stadt konkret ist sie sehr groß. Wir haben schon im Mai als Stadt gemeinsam mit dem evangelischen Kirchenkreis und der Freiwilligenagentur eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Dort können Leute, die etwas machen wollen, Orte finden, wo sie etwas machen können. Und umgekehrt. Die ist quasi überrannt worden, wir mussten da jetzt auch ein bisschen aufstocken. Es gibt auch viele private oder nicht organisierte Strukturen im Moment, die etwas machen. Da ist die Unterstützung wirklich groß.“ (O, Stadt, FK)

„Das ist gewaltig. Wir haben einen Großteil von den Ehrenamtlichen, die über Fahrradwerkstätten, über Kleiderkonten, über Sport in Sportvereinen mit den Flüchtlingen, über Begleitung bei Behördengängen, über Sprachkurse – also pensionierte Lehrer, die sich zur Verfügung stellen, in unserem Sprachangebot – das ist gewaltig. Richtig, richtig groß.“ (W, Stadt, LR)

„Der Arbeitskreis Asyl hatte zu einer Kleiderspende aufgerufen. Nach zwei Tagen konnten sie sich vor Kleidung nicht mehr retten. Und man hatte nicht den Eindruck, dass es Material war, von dem man sich schnell entledigt. Es war gute und zum Teil sehr hochwertige Kleidung, die man tatsächlich auch den Flüchtlingen weitergeben kann. Die Bereitschaft, das Engagement ist da und die Erkenntnis, dass man da helfen muss.

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 22

Man kann vor Ort die Situation im arabischen Raum nicht ändern – dazu reicht unser Arm von hieraus nicht, deshalb muss man schauen, dass wir hier das Beste daraus machen. Und das hat sich, glaube ich, auch in der Bevölkerung sehr stark durchgesetzt. Im Großteil der Bevölkerung.“
(W, Stadt, BM)

„Zusätzlich haben wir auch ganz viele Ehrenamtliche, die die Flüchtlinge begleiten, Sprachkurse, Fahrradkurse, alles, was es in anderen Kommunen auch gibt. Das ist bei uns ganz stark, und insbesondere die Anfragen waren aber auch so groß zum Teil im Sommer, dass wir eher mit den Bürgern beschäftigt waren als mit den Flüchtlingen. Das hatten wir eigentlich relativ gut im Griff, aber die Bürgeranfragen waren so immens, das Postfach quoll über und ich konnte gar nicht mehr ans Telefon gehen, so dass wir ein Konzept entwickelt haben mit der örtlichen Freiwilligenagentur, dass die jetzt sozusagen zu bestimmten Themen wie Sprache, Wohnraumsuche, Freizeitbeschäftigung – ich habe auch immer gesagt, wir brauchen Projekte für junge Männer, alle wollen immer was für Kinder machen, aber die Kinder sind noch nicht da – wir haben wenig Kinder und Frauen, 80 Prozent der Flüchtlinge sind Männer.“ (W, Stadt, FK)

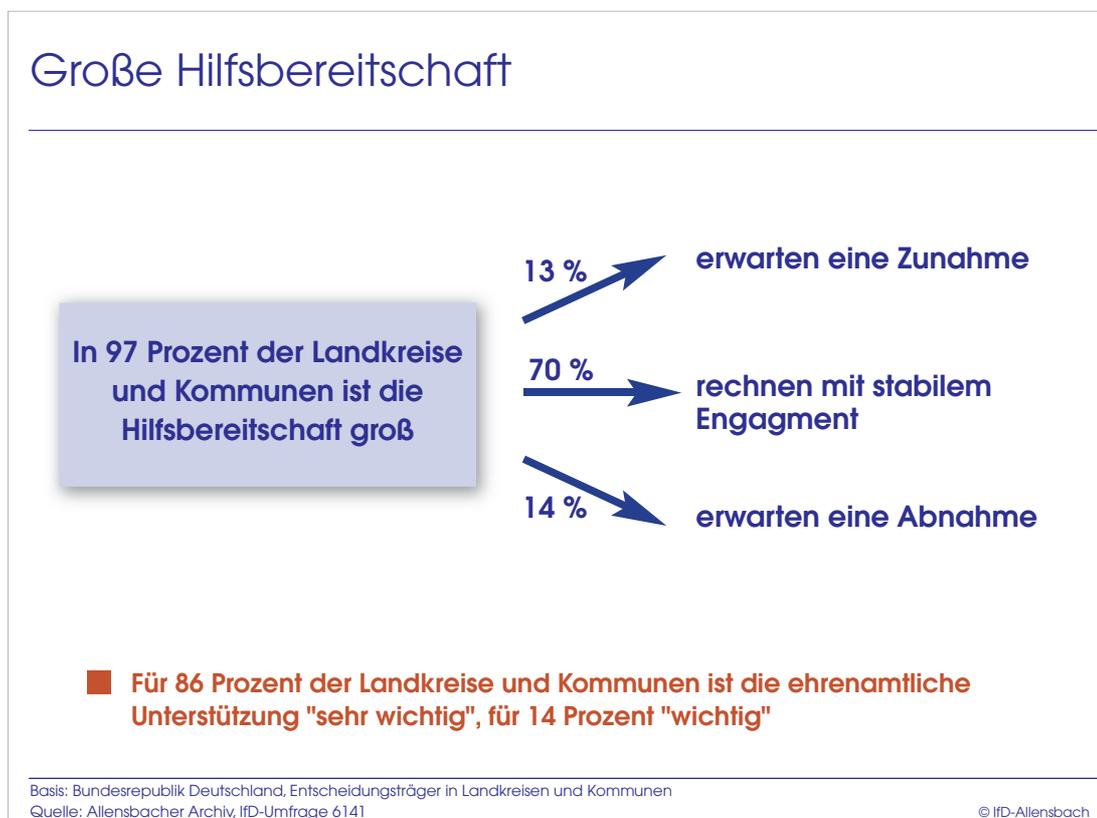
„Das ist außerordentlich groß. Das ist in einem Ausmaß vorhanden, das uns alle, glaube ich, sehr überrascht hat. Es sind bestimmt 300 Personen, die sich engagieren. Wir arbeiten hier mit den Wohlfahrtsverbänden sehr eng in der Koordination dieses Engagements zusammen. Wir leben allerdings in einer Stadt, in der bereits 50 Prozent der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte haben. Das Zusammenleben in unserer Stadt ist schon eingeübt. Aber wir haben wirklich ein sehr, sehr hohes Engagement und wir haben auch ein Engagement von Personen, die sich bislang noch nicht engagiert hatten. Das ist sehr erfreulich. Es engagieren sich auch sehr viele junge Menschen, sehr viele berufstätige Menschen neben ihrem Beruf, ein ganz breites Unterstützungsspektrum. Wir haben

auch viele Männer, die sich engagieren, was bei der überwiegenden Zahl der männlichen Flüchtlinge natürlich auch sehr hilfreich ist.“

(W, Stadt, BM)

Nur eine Minderheit zieht die Bilanz, dass viele der ehrenamtlichen Helfer mittlerweile durch die Herausforderung und Erfahrungen frustriert sind. In 20 Prozent der Landkreise und Kommunen ist dies ein verbreitetes Phänomen, in der überwältigenden Mehrheit der Kreise und Kommunen haben die Verantwortlichen den Eindruck, dass Frustration eher in Einzelfällen zu beobachten ist, aber nicht als verbreitetes Phänomen.¹ Entsprechend rechnet die große Mehrheit auch mit einem stabilen Engagement. 70 Prozent gehen davon aus, dass sich an der Hilfsbereitschaft der Ehrenamtlichen in absehbarer Zeit wenig ändern wird, nur 14 Prozent erwarten einen Rückgang des ehrenamtlichen Engagements, fast ebenso viele dagegen eine Zunahme.

Schaubild 12



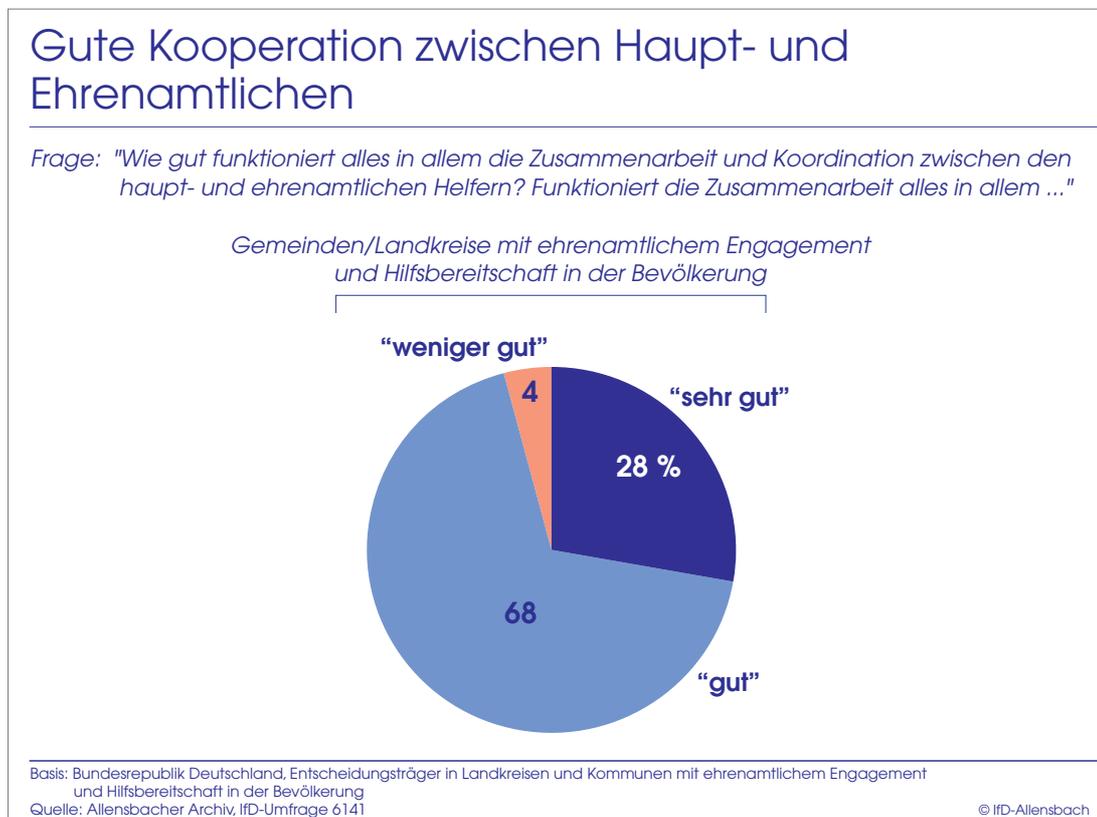
¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 26

Der Eindruck, dass das ehrenamtliche Engagement noch wachsen könnte, wurde auch schon in einzelnen Vorgesprächen vermittelt:

„Das ehrenamtliche Engagement wächst, weil die, die helfen wollen, sehen, dass immer mehr Hilfe gebraucht wird. Das organisiert sich auch zunehmend untereinander. Das ist eine neue Erfahrung von ehrenamtlichem Engagement, das ist gut, und ohne das würden auch viele Dinge, vor allem, was Betreuung und Integration anbetrifft, gar nicht so funktionieren können.“ (O, Stadt, BM)

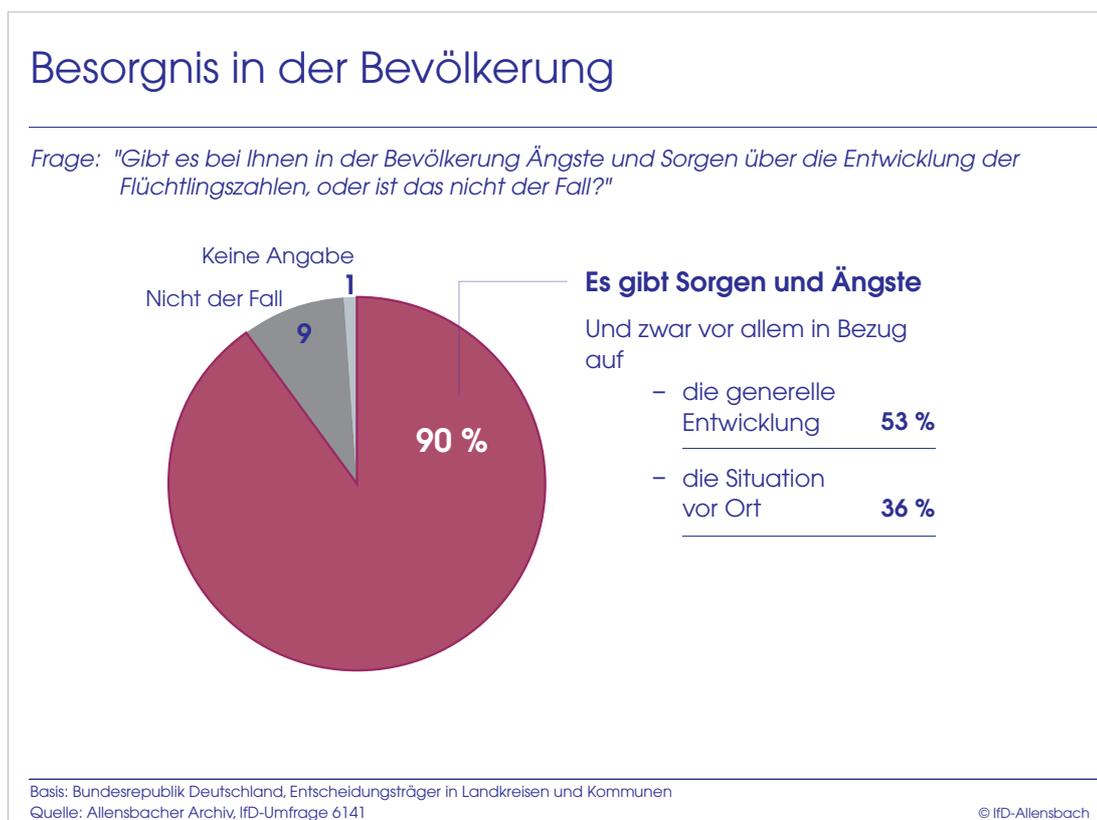
Die große Mehrheit berichtet auch von einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen den haupt- und den ehrenamtlichen Kräften. 28 Prozent stufen die Zusammenarbeit als „sehr gut“ ein, weitere 68 Prozent als „gut“, nur eine verschwindende Minderheit berichtet von Reibungsflächen und Koordinationsproblemen.

Schaubild 13



Gleichzeitig berichten die Zuständigen in den Landkreisen und Kommunen jedoch auch von Ängsten und Sorgen in der Bevölkerung. 90 Prozent sind mit Ängsten und Sorgen der Bürger über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen konfrontiert, in Westdeutschland 88 Prozent, in Ostdeutschland alle Kommunen und Landkreise. Dabei beziehen sich die Sorgen nach den Beobachtungen der Verantwortlichen in den Kommunen und Landkreisen eher auf die generelle Entwicklung und Unsicherheit als auf die Situation und Probleme vor Ort.

Schaubild 14



Von offener Ablehnung berichtet jedoch nur eine Minderheit; dies gilt allerdings nur für Westdeutschland. 32 Prozent der Entscheidungsträger insgesamt sind vor Ort mit offener Ablehnung konfrontiert, in Westdeutschland 23 Prozent, in Ostdeutschland die überwältigende Mehrheit. Neben den Ost-West-Unterschieden gibt es auch unterschiedliche Reaktionen in den städtischen und ländlichen Gebieten. In den

ländlichen Kreisen und Kommunen ist offene Ablehnung wesentlich verbreiteter als in den städtischen Kreisen und Kommunen.¹

In knapp jedem fünften Fall wird befürchtet, dass es künftig zu offener Ablehnung kommt. Neben den 32 Prozent, die bereits jetzt offene Ablehnung beobachten, berichten gut 17 Prozent, dass sie das für die Zukunft erwarten. Auch in den Vorgesprächen berichteten viele zwar noch von einer überwiegend positiven Stimmung, aber teilweise auch durchaus schon mit Zweifeln, wie sich das Meinungsklima vor Ort künftig entwickeln wird:

„Es gibt in allen Ortschaften Leute, die nicht begeistert sind. Noch sind sie Einzelne. Andere wollen helfen und tun das auch. Aber es gibt schon Vermieter, die sagen uns, wenn wir Wohnraum anmieten wollen: „Wir müssen erst einmal mit unseren Mietern und Nachbarn sprechen, bevor wir eine Zusage machen. Wir möchten ja gern, aber...“ Man hört diese Stimmen immer mehr. Es haben sich aber auch Vereine gebildet oder auch ein Flüchtlingsgipfel. Das ehrenamtliche Engagement ist im Gegensatz zu den 90er Jahren sehr groß. Nur, es kann so nicht weitergehen. In der nächsten Woche kommen 48 neue Leute. Da können schnell alle Dämme brechen. Dann halten wir das Chaos nicht mehr auf!“
(W, Stadt, BM)

„Grundsätzlich muss man sagen, wir haben hier einen sehr aktiven Arbeitskreis Asyl, der hervorragende Arbeit leistet und der nach wie vor einen sehr starken Zuspruch hat. Das heißt, wir haben dort Freiwillige, die stehen "Gewehr bei Fuß", weil wir wissen, aber auch die Bevölkerung weiß, dass es mehr werden. Das heißt, wir können dort wirklich auf ein aktives Potential derer, die die Flüchtlinge unterstützen, zurückgreifen. Weil ich es nicht als eine Aufgabe betrachte, die rein über die Verwaltungsmechanismen bewerkstelligt werden kann. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – der müssen wir uns alle stellen. Bedauerlicherweise ist es aber so, dass die unmittelbar Betroffenen – die

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 20

Nachbarn da in der Regel sehr zurückhaltend sind. Ich denke, es liegt einfach daran, dass Personengruppen aus fremden Kulturen kommen in unseren Kulturkreis und unsere christlich geprägte Kultur. Sie kommen eher aus dem arabischen Raum und sind daher eher religiös geprägt. Die Religiosität trägt in unserer Gesellschaft in keinem so großen Maße mehr zur Prägung der Gesellschaft bei. Und da entstehen Ängste. Und diese Ängste können nur reduziert bzw. minimiert werden, wenn man miteinander spricht. Nicht, wenn man gegeneinander demonstriert.“

(W, Stadt, BM)

„Überwiegend positiv. Die Hilfsbereitschaft ist riesig. Wir hatten sogar Probleme, die gespendete Kleidung zu sortieren und unterzubringen. Wir haben jetzt eine zusätzliche Liegenschaft angemietet, um die Sachen zu sortieren. Die Hilfsbereitschaft ist noch ungebrochen und es ist kein Widerstand zu spüren.“ (W, Stadt, BM)

„Spannungen, die auf das Auftreten oder des Sich-Präsentierens von Asylbewerbern fußen, haben wir im Augenblick nicht. Auch mit den Helferkreisen, oder wie auch immer, ist der persönliche Kontakt noch nicht so problematisch. Auch die Polizei berichtet, dass die Kriminalität nicht wesentlich gestiegen sei; sie ist gestiegen, aber das ist ja auch logisch, wenn das alles junge Männer sind, die stellen ja eh immer am meisten an, egal, wo sie herkommen. Aber ich bemerke die große Sorge der Menschen, die sagen: Das geht so nicht weiter. Vom Wohnungsbau – wir haben jetzt die Diskussion, Asylbewerber sollen den öffentlichen Verkehr umsonst nutzen dürfen. Wir haben die Diskussion, in jedem Heim soll ein freies WLAN stehen, und ich sträube mich dagegen, wir brauchen immer den Vergleich mit den Gleichgestellten, mit den Hartz-Empfängern. Und auch der Hartz-Empfänger bekommt nicht die Wohnung renoviert, er hat kein freies WLAN und im ÖPNV muss er was bezahlen. Und vor dem Hintergrund kriege ich schon mit, dass es heißt, denen schiebt man hinten und vorne herein und bei uns passiert nichts.“

(W, Land, LR)

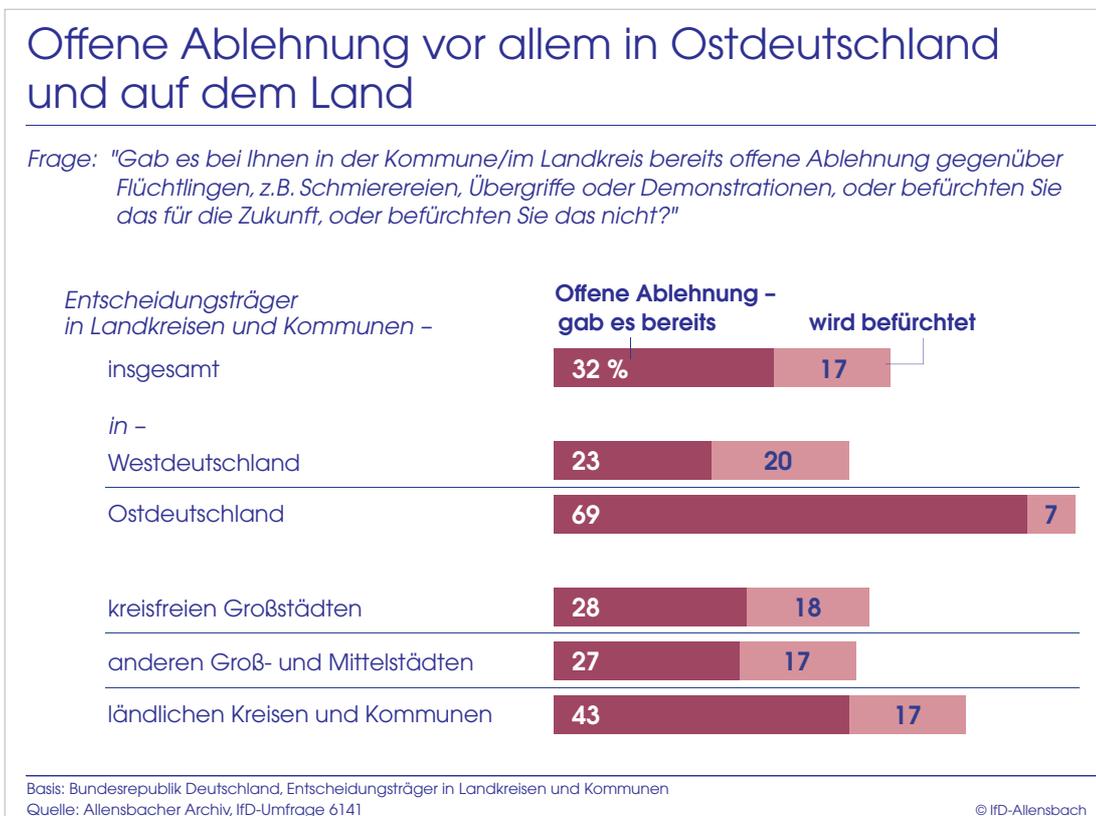
„Ich sehe das überwiegend sehr kritisch, nicht nur Angst, sondern auch Ablehnung und Unbehagen. Ich mache das an ein paar Beispielen fest. Die Vorfälle sind noch in meinen Tagebüchern. Zum Beispiel: Ich sitze bei einer Eisernen Hochzeit, die beiden alten Leute sind also 65 Jahre verheiratet, beide 86 Jahre alt, beide vollkommen tough, da wussten beide erstens, was die Merkel in der Türkei will und dass, wenn „der Türke“ (das ist tatsächlich so gekommen!) „die Grenzen aufmacht, dann haben wir ein Problem.“ Aber ganz klar, Menschen, die vor dem Krieg fliehen, denen muss man helfen. Und dann die klare Frage: ‚Was wollen die ganzen jungen Kerle hier, die sollen ihre Länder aufbauen.‘ Ganz massiv und prononciert so vorgetragen.“ (O, Land, LR)

„Wir haben über 20 Jahre Erfahrungen mit der Erstaufnahmeeinrichtung, und bis vor zwei Jahren gab es so gut wie gar keine Probleme und Konflikte. Das hat funktioniert, und es gab dafür auch eine Akzeptanz, mal abgesehen von den rechten Ideologen. Die, die ausländerfeindlich sind, die sind es immer – natürlich auch gegen Flüchtlingsunterbringung. Seitdem die Erstaufnahmeeinrichtung überfüllt war und das immer wieder zu Konflikten in der Einrichtung geführt hat, hat das auch zunehmend zur Verunsicherung der Anwohner geführt, und die Verunsicherung und die Sorgen haben sich jetzt über größere Teile der Stadtbevölkerung gelegt. Das hat vor allem mit der großen Anzahl der Flüchtlinge zu tun, die nach Deutschland kommen. Also gar nicht unbedingt mit der konkreten Situation vor Ort, sondern es gibt eine große Sorge, dass es zu viele sind, die hierher kommen, und das drückt sich auch in einer Stimmung aus auf Einwohnerversammlungen, auf Bürgerversammlungen, die ich regelmäßig, fast wöchentlich habe, die getragen sind von Sorge bis hin auch zur Ausländerablehnung, die öffentlich vorgetragen wird.“ (O, Stadt, BM)

„Bevor Flüchtlinge da sind, sind natürlich immer viele Fragen da, es sind vielleicht auch die einen oder anderen Sorgen, wobei man dann versucht, das eben zu erklären und auch aufzuklären letzten Endes. Wenn dann Flüchtlinge direkt im Ort sind, dann sind die Sorgen vor dem Neuen, die

sind dann eher weg, das gibt sich dann sehr schnell, wenn man sieht, dass das eben auch nur Menschen sind, um es mal so zu sagen. Dann bleibt eigentlich vor allem immer eine doch recht große Gruppe in jeder Gemeinde, muss man sagen, die sich aktiv um die Flüchtlinge kümmert. Die übrige Bevölkerung, würde ich mal sagen, ist positiv bis akzeptiert es, dass die Flüchtlinge da sind. Ganz wenige, auch dann immer noch kritische Stimmen kommen bei uns an. Wobei man jetzt vielleicht sagen kann, dass die Situation in den letzten Wochen und Monaten, also die Stimmung in der Bevölkerung, schon etwas besorgter geworden ist – vielleicht aufgrund der schieren Menge. Auch für die Ehrenamtlichen, die ja die sind, die völlig unvoreingenommen sind, auch die machen sich natürlich Sorgen, ob sie das alles noch bewältigen. Man weiß einfach nicht, was kommt noch.“ (W, Land, FK)

Schaubild 15



In den vorgeschalteten Intensivinterviews, die bereits im November durchgeführt wurden, waren viele Gesprächspartner durchaus auch noch optimistisch, dass die Reaktionen in der Bevölkerung moderat bleiben würden. Teilweise wurde darauf hingewiesen, dass dies auch von der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Kreise und Kommunen abhängen wird:

„Ich glaube, grundsätzlich kann man das gut in den Griff kriegen. Man weiß nie, wie Menschen reagieren. Im Moment verschaffen sich diejenigen viel Gehör, die Ängste und Sorgen formulieren oder instrumentalisieren. Sie finden bei unserer montäglichen Demo relativ wenig Resonanz für eine so große Stadt, das sind nur 300 bis 400 Personen. Vor dem Hintergrund, was wir an Erfahrung gemacht haben, dass erstmal alle sagen, nein, nein, wir wollen keine Unterkunft bei uns, aber wenn man dann ins Gespräch kommt, das tatsächlich wieder einfangen kann, bin ich zuversichtlich, dass wir das hinkriegen. Das kann ich jetzt nicht pauschal unterschreiben für das ganze nächste Jahr, wenn das in diesen Dimensionen weitergeht, aber grundsätzlich, glaube ich, ist das noch so stabil, dass wir das hier in der Stadt hinbekommen.“

(O, Stadt, FK)

„Ich weiß es nicht. Ich bin immer ein Optimist, und ich denke, wir müssen das auch von Seiten aller politischen Ebenen im Schulterschluss mit den Ehrenamtlichen, also auch im Gemeinderat (als ehrenamtlich gewähltes Gremium) hinbekommen, dass die Stimmung positiv bleibt. Es gibt bei uns Bewegungen, das sieht man bei uns im Mitteilungsblatt, die da immer wieder draufhauen – leider –, das finde ich sehr bedauerlich. Da muss man einfach einen Akzent dagegen setzen. Wenn da von vornherein eine negative Stimmung ist, bekommt man das nicht gehandelt. Wenn wir das schaffen wollen, und das ist im Prinzip alternativlos (wir können von hier aus nicht die Ursache bekämpfen). Die Leute sind da und wir müssen das Beste daraus machen, das positiv begleiten. Auch die Kirche ist wichtig.“

(W, Stadt, BM)

„Wenn wir die Entwicklung so steuern wie bisher, glaube ich, dass wir die Bevölkerung weiterhin auf unserer Seite haben. Wenn wir eine unkontrollierte Situation wie an einigen unserer Grenzen haben, kann alles schnell kippen.“ (W, Stadt, BM)

„Wir müssen sehr, sehr viel Öffentlichkeitsarbeit machen. Sehr, sehr viel Aufklärung. Ich selber bin immer wieder bei Bürgerversammlungen, auch in den Städten und Gemeinden und stelle die Situation auch selber da, also quasi als Chefsache, und meine Mitarbeiter noch sehr viel mehr. Das muss sein. Ich habe einen Mitarbeiter, der tingelt gerade von einer Gemeinderatssitzung zur nächsten. Sehr, sehr viel Aufklärung.“
(W, Land, LR)

„Das wird kritischer, keine Frage. Die Menschen, glaube ich, sehnen sich nach Führung, die kann ja nur aus Berlin kommen logischerweise, zu sagen, da ist dann auch mal Land in Sicht. Da müssen wir hin, das ist die Grenze, und nicht nur ‚Wir schaffen das‘, sondern ‚So kriegen wir das hin.‘ Und das ist eine Antwort, glaube ich, auf viele Fragen.“
(W, Stadt, FK)

In der quantitativen Befragung, die primär im Dezember 2015 und in der ersten Januar-Hälfte 2016 durchgeführt wurde, zeigte sich jedoch die große Mehrheit überzeugt, dass sich die Einstellung der Bürger kritisch entwickeln wird, wenn es nicht gelingt, den Zuzug einzudämmen. Mit offenen Konflikten rechnet allerdings nur eine Minderheit: Während 62 Prozent der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen von einer kritischen Entwicklung der Stimmungslage ausgehen, erwarten nur 20 Prozent, dass es verstärkt zu offenen Konflikten kommen wird. Auch hier gibt es allerdings deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland rechnen 60 Prozent, in Ostdeutschland 74 Prozent mit zunehmend negativeren Reaktionen aus der Bevölkerung; offene Konflikte befürchten 17 Prozent in Westdeutschland, 31 Prozent in Ostdeutschland.

Negative Reaktionen erwartet

Frage: "Was glauben Sie, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung entwickelt, wenn bei Ihnen vor Ort noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssen? Befürchten Sie, dass die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen negativer werden wird, oder rechnen Sie nicht damit?"

	Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen		
	insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
Einstellung wird negativer	62	60	74
Rechne damit, dass es verstärkt zu offenen Konflikten kommt	20	17	31
Rechne nicht damit	39	41	35
Schwer zu sagen, keine Angabe	3	2	8
Rechne nicht damit, dass Einstellung negativer wird	31	32	23
Schwer zu sagen, keine Angabe	7	8	3
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6141

© IFD-Allensbach

In den Tiefeninterviews wurde teilweise auch die Sorge deutlich, dass es zwischen deutschen Bürgern und Flüchtlingen verstärkt zu Konkurrenzsituationen kommen könnte – weniger auf dem Arbeitsmarkt als auf dem Wohnungsmarkt:

„Wenn wir davon ausgehen, dass 75 Prozent keinen Berufsabschluss haben, dann braucht man sich über Konkurrenzsituationen kaum Gedanken zu machen. Bei den Kindern und Jugendlichen, die hierher kommen, gibt es ein großes Interesse, die vor allem auch ins Handwerk zu bringen, weil dort haben wir viele, viele freie Lehrstellen inzwischen. Die haben wir zum Teil auch in der Industrie, wir sind ja eine Industriestadt, die boomt und die sich sehr, sehr gut entwickelt. Demzufolge haben wir in den nächsten Jahren einen großen Bedarf.“
(O, Stadt, BM)

„Wir haben in der Stadt, Gott sei Dank, nicht die Situation wie in anderen Großstädten wie Frankfurt, Stuttgart, München, aber wir merken, wir haben eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitslosenquote ist um über 10 Prozent jetzt auf unter 9 Prozent zurückgegangen. Das merkt man jetzt auch bei dem Geldbeutel der Menschen. Arbeitskräfte ziehen hierher – das hat natürlich auch einen Druck im Wohnungsmarkt gegeben, und wir bauen jetzt zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder im sozialen Wohnungsbau, nicht im großartigen Stil, aber in kleineren Einheiten. Wir müssen auch hier künftig im Mehrfamilienhausbereich, aber nicht nur dort, auf dem Wohnungsmarkt was machen. Momentan gibt es diese enge Situation in der Ausprägung noch nicht. Die werden wir aber bei weiterem Zuwachs kriegen.“

(W, Stadt, FK)

„Das ist ein Thema. Vor allem bei uns im Verdichtungsraum, wo es sehr hohe Mieten gibt, da gibt es Konkurrenzsituationen. Aber ich stelle die Personen nicht auf unterschiedliche Ebenen. Sie sind auf dem gleichen Markt mit den gleichen Erwartungen unterwegs. Wie sich dann letzten Endes ein Vermieter entscheidet, das ist eine Einzelentscheidung. Aber es darf nicht sein, dass es da eine Vorfahrtsregelung für Flüchtlinge gibt. Das darf nicht sein. Ich glaube, dann bekommen wir in diesem Bereich einen sozialen Unfrieden.“ (W, Stadt, BM)

„Da muss man ganz offen sagen, und seit 3 Jahren ist das kreispolitisches Thema, den sozialen Wohnungsbau in Deutschland, den gibt es nicht mehr. Der wurde vor 30 oder 35 Jahren abgeschafft, und in dieser Zeit ist zwar Geschosswohnungsbau gemacht worden, aber nur sehr hochwertig. Wenn bei uns Geschosswohnungsbau gemacht wurde, die teuersten Wohnungen verkaufen die Bauträger als erstes. Das haben wir alle miteinander versäumt. Die kommunale Ebene, die Landesebene und auch die Bundesebene. Da hat sich niemand mehr drum gekümmert. Und jetzt müssen wir Häuser bauen für Menschen von uns, die es nötig haben und für Flüchtlinge. Für beide. Ideal wäre, wenn wir jetzt nicht sagen, jetzt bauen wir ein Flüchtlingshaus, sondern wenn wir sagen, wir bauen ein

Haus für sozial Schwächere, auch für die alleinstehende Frau, für den alleinstehenden Mann, für die Alleinerziehenden, die alle Probleme haben – und warum nicht noch zehn Wohnungen für Flüchtlinge dazu.“
(W, Land, LR)

BEHINDERUNG DURCH GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND REGELUNGEN

Bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge stehen die Landkreise und Kommunen vor dem Problem, dass sie unter großem Zeitdruck flexibel agieren müssen, gleichzeitig aber an gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorgaben für Verwaltungshandeln gebunden sind, die nicht für Ausnahmesituationen konzipiert waren. 88 Prozent ziehen die Bilanz, dass ihnen diese Rahmenbedingungen die Bewältigung der Herausforderungen erschweren; 42 Prozent fühlen sich dadurch erheblich behindert. Diese Probleme wurden in unterschiedlichen Facetten bereits in den vorgeschalteten Tiefeninterviews thematisiert:

„Die Gesetze, die wir haben, und die wir zu der Zeit auch gut gebrauchen konnten, passen nicht mehr zu der Zeit und der Herausforderung, die wir jetzt haben. Da sind erste Schritte jetzt gemacht, aber die Schritte reichen aus meiner Sicht nicht aus. Es fehlt immer noch das geeignete Baurecht, wenn ich jetzt diese Unterkünfte baue, es gelten immer noch die alten Vorschriften, wo ich dann manchmal frage: Muss ich das denn jetzt beachten?“ (West, Land, FK)

„Sie stehen schon auf dünnem Eis, wenn sie jetzt bauen lassen. Ich habe meinen Leuten einfach gesagt, alle Bedingungen sind weg, außer Brandschutz. Das ist sehr grob vereinfachend, aber das machen die jetzt, aber sie wissen, man steht rechtlich auf dünnem Eis, wenn irgendwas gewesen ist. Es sind die Ausschreibungsbedingungen hinderlich, wenn Sie irgendwo was Neues machen wollen. Es ist alleine schon der ganze Schriftverkehr hinderlich! Es ist immer noch besser, ordentliches, theoretisches deutsches Baurecht zeitweise hintenan zu stellen als die Leute im Winter in Zelten unterzubringen. Oder in der Turnhalle. Ich habe auch meinen Truppen gesagt: Es geht nicht, dass Menschen dauerhaft in einer Sporthalle untergebracht werden! Das hat mit der Intimsphäre zu tun, junge Kerle aus verschiedenen Nationalitäten mit

Bettuchvorhängen getrennt – das geht nicht. Das geht kein halbes Jahr mehr, dann hat man dort eine Brutstätte für alles mögliche.“

(O, Land, LR)

„Die Bauvorschriften sind ein Problem. Und was auch auf Unverständnis in der Bevölkerung stößt: Die Nichtanwendung bestehender Gesetze, sprich: konsequente Abschiebung von Leuten, die keinen Anspruch haben. Also, mit der Einhaltung der bestehenden Gesetze, da hätten wir schon viel gewonnen. Und dann vielleicht Lockerung der Standards.“

(O, Land, BM)

„Man merkt schon, dass wir ein perfekt organisierter Staat sind, der jedes Komma geregelt hat. Bei der Integration von Asylbewerbern geht es z.B. auch um Arbeit. Es wird immer gesagt, der darf nach drei Monaten arbeiten, die Wirklichkeit sieht natürlich völlig anders aus. Also, da müsste man noch flexibler sein. Da müsse man einfach den zuständigen Stellen vor Ort sagen, wenn ihr für irgendjemanden einen Arbeitsplatz organisiert, dann dürft ihr das machen, ohne irgendjemand von der Agentur für Arbeit oder sonst irgendwo fragen zu müssen, sondern ihr könnt das vor Ort selbständig machen. Dann wäre uns schon viel gedient.“ (W, Land, LR)

„Man muss ja in jeder Katastrophe auch eine Chance sehen. Wir haben einen zu 150 Prozent perfektionierten Rechtsstaat mit einer Unzahl von Gesetzen, ein Gesetzgeber, der sich darin besoffen macht, jeden Tag neue Gesetze zu machen mit einer Rechtsprechung, die über all diese Gesetze urteilt und Entscheidungen trifft, die zu beachten sind von der Verwaltungsbehörde und Ministerien und nachgeordneten Behörden, die zu diesen Gesetzen immerfort noch Ausführungsbestimmungen, Rechtsverordnungen und Handreichungen geben. D.h., ein Paragraph in Berlin beschlossen, füllt bei mir nach einem halben Jahr, nach einem Jahr ungefähr 50 cm Ablage, weil die Perfektion kommt. Diese Perfektion, die den Staat eigentlich völlig lähmt, da haben wir jetzt die Chance, plötzlich zu reformieren.“ (W, Land, LR)

Insgesamt halten 60 Prozent es für notwendig, die Vorgaben für den Bau von Flüchtlingsunterkünften zu lockern; 55 Prozent wünschen Änderungen beim Ausschreibungsrecht, 47 Prozent beim Planungsrecht. Auch die Vorgaben für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge erlebt knapp die Hälfte als Erschwernis und hinderlich bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderung.

Schaubild 17

Konkrete Änderungswünsche

Frage: "In welchen Bereichen müssten die gesetzlichen Regelungen Ihrer Meinung nach am ehesten überarbeitet oder gelockert werden: bei den Bauvorgaben bzw. für Flüchtlingsunterkünfte, beim Ausschreibungsrecht, beim Planungsrecht, bei den Vorgaben zur Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, oder wo sonst?"

Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen

	insgesamt	Urbanität		
		Kreisfreie Großstädte	andere Groß- und Mittelstädte	Ländliche Kreise und Kommunen
	%	%	%	%
Bauvorgaben Flüchtlingsunterkünfte	60	79	55	48
Ausschreibungsrecht	55	63	54	48
Betreuung von Minderjährigen	48	40	50	54
Planungsrecht	47	62	44	34
Arbeitsrecht	5	1	7	6
Beschleunigung des Asylverfahrens	4	9	x	4
Abschieberecht, Ausreiseverfahren, Abschiebung	1	1	1	1
Anderes	11	16	10	8
Keine Angabe	7	8	6	7

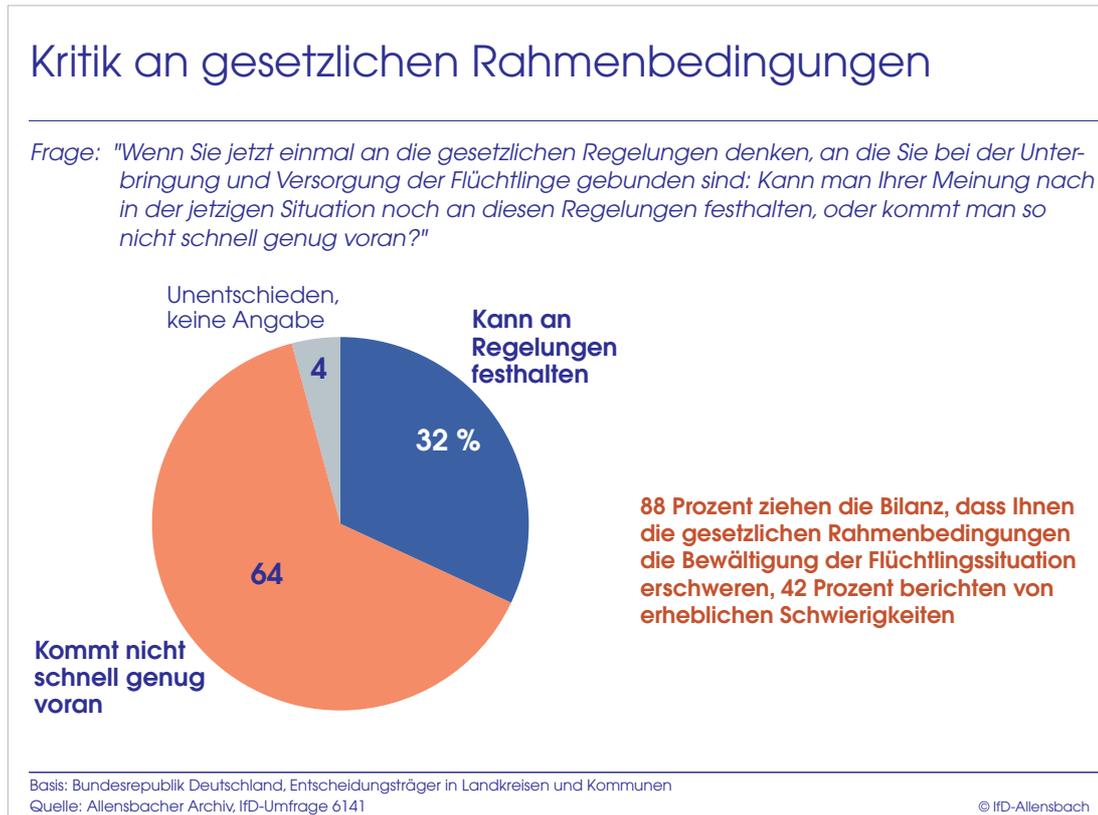
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6141

x = weniger als 0,5 Prozent
© IfD-Allensbach

Die große Mehrheit der Zuständigen in den Landkreisen und Kommunen ist überzeugt, dass die Herausforderungen nicht gestemmt werden können, wenn die Rahmenbedingungen so bleiben wie bisher. Die kreisfreien Großstädte, die weitaus mehr Probleme haben als der Durchschnitt der Kreise und Kommunen, die Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen, nehmen zu den gesetzlichen

Rahmenbedingungen und Vorgaben noch kritischer Stellung als andere Städte und Kommunen.¹

Schaubild 18



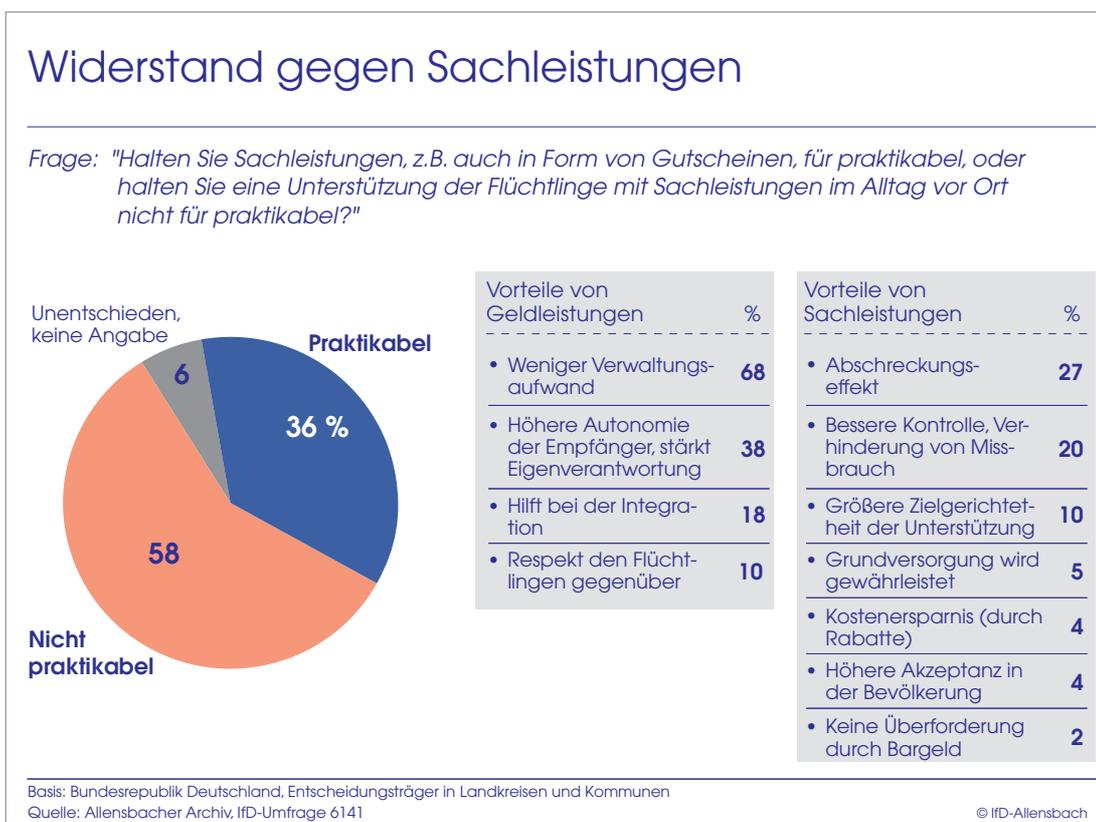
Auch die Diskussion um Sach- und Geldleistungen wird vor Ort völlig anders geführt als auf Bundesebene und in der Bevölkerung. Während die große Mehrheit der Bevölkerung eine Umsteuerung auf Sachleistungen unterstützt, hält die Mehrheit der Kommunen und Kreise Sachleistungen schlicht für nicht praktikabel. 58 Prozent vertreten diese Position, nur 36 Prozent widersprechen. In Ostdeutschland fällt das Urteil noch eindeutiger aus: Dort halten zwei Drittel Sachleistungen für nicht umsetzbar. Das aus der Sicht der Landkreise und Kommunen schlagende Argument

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 67

für Geldleistungen ist der geringere Verwaltungsaufwand. 68 Prozent führen dies als Vorteil von Geldleistungen an; daneben betonen viele die größere Autonomie auf Seiten der Empfänger, die teilweise auch als integrationsfördernd bewertet wird.

Als Vorteile von Sachleistungen werden primär Abschreckungseffekte bzw. die Verringerung von Anreizen, nach Deutschland zu kommen, angeführt sowie die bessere Kontrolle und Verhinderung von Missbrauch.

Schaubild 19



Die Präferenz für Geldleistungen wurde auch in den Tiefeninterviews vor allem mit dem hohen Verwaltungsaufwand begründet, aber auch mit der Autonomie der Empfänger:

„Aus unserer Sicht – auch vor dem Hintergrund der neuen Gesetzesänderungen – sind Sachleistungen im Prinzip nicht praktikabel, insbesondere, wenn es darum geht, den persönlichen Bedarf, soziokulturelles Minimum, abzudecken. Da steht es den Leuten frei, was sie mit dem Geld machen, sie haben individuelle Möglichkeiten zu sagen, ich gehe ins Kino oder ich brauche Zigaretten oder sonst irgendwas. Das können wir mit Gutscheinen nur über einen Aufwand abdecken, der unverhältnismäßig wäre im Vergleich zu den Geldleistungen.“ (O, Stadt, FK)

„Wir sehen in der Geldleistung recht viele Vorteile. Zum einen, wenn wir Sachleistungen ausgeben würden, müssten wir dazu noch einmal eine ganze Verwaltung aufziehen, Beschaffung, Verteilung, Zwischenlagerung etc. Das ist in der momentan angespannten Situation ganz klar für uns überhaupt nicht machbar. Im Allgemeinen ist wohl der Gedanke bei Sachleistungen, dass man weniger Anreize schafft und damit weniger Asylbewerber zu uns kommen, aber ob das wirklich durchschlagend ist, sei mal dahingestellt. Ich denke, sie kommen hauptsächlich, um überhaupt ins Land zu kommen, um Sicherheit zu haben, ob das jetzt nachhaltig abschrecken würde, wenn man Sachleistungen ausgibt, das ist für mich fraglich. Geldleistungen haben den Vorteil – wenn man es jetzt nur mal auf Lebensmittel und Beschaffung bezieht – dass sich die Flüchtlinge eigenverantwortlich hier versorgen können. Sie haben eine gewisse Tätigkeit, weil sie ja zu Beginn nichts großartig tun dürfen, also es gibt dem Tagesablauf Struktur. Und es führt aus unserer Sicht auch zu deutlich weniger Spannungen. Es ist Beschäftigung, Eigenverantwortung.“ (W, Land, FK)

„Das Thema Sachleistungen ist ja aus meiner Sicht nur relevant in der Zeit der Erstaufnahme, soweit ich das sehe. Wir haben die Flüchtlinge dezentral untergebracht, 2.800 Menschen, da können wir denen jetzt nicht Sachen verteilen. Da brauche ich dann noch einmal 50 Mitarbeiter, die das tun. Das ist natürlich unmöglich, und außerdem wollen wir ja,

dass halbwegs eine Tagesstruktur entsteht und ein halbwegs normales Leben stattfindet.“ (O, Stadt, BM)

„Wenn die vorläufige Unterbringung dezentral aufgebaut ist, in kleineren Einheiten, halte ich Sachleistungen für schwierig bis unmöglich. Wenn Sie nur große Gemeinschaftsunterkünfte haben, dann können Sie in jeder Gemeinschaftsunterkunft Essenspakete anbieten. Sie können sogar in ganz großen Gemeinschaftsunterkünften einen Lebensmittelladen einrichten, in dem die Leute dann über Gutscheine Lebensmittel bekommen. Das hatten wir vor einigen Jahren, aber bei ganz anderen Zahlen. Und dann haben wir aber umgestellt, weil einfach die unterschiedlichen Nationalitäten schon auch unterschiedliche Bedürfnisse haben. Dann haben wir freiwillig auf Geldleistungen umgestellt. Wenn man jetzt die Geldleistungen wegnimmt und z.B. jemand Winterkleidung braucht und kriegt die jetzt nicht gespendet, sondern muss für das Kind einfach warme Schuhe kaufen – ja, wie machen wir das denn? Deswegen bin ich eher der Meinung, man sollte es bei der Geldleistung belassen.“
(W, Land, LR)

„Wer hinterher bei uns Fuß fassen will, der muss auch mit einer Summe x zurechtkommen, die er sonst verdient vom Arbeitgeber, und mit der muss er sein Leben einteilen. Und deshalb halte ich das grundsätzlich für in Ordnung, wenn man einen Pauschbetrag kriegt, und von dem muss man sich sein Leben organisieren, bevor ich Sachleistungen gebe. Andererseits war ja immer die Diskussion, ob man da einen Anreiz schafft für die Menschen, insbesondere aus den Westbalkanstaaten – das war ja der Hintergrund –, weil sie ein Vielfaches von dem, was sie dort verdienen, hier als Transferleistung kriegen. Aber wenn die Westbalkanstaaten als sichere Drittstaaten ohnehin anerkannt werden, dann habe ich ja künftig auch dieses Thema nicht mehr, und dann muss ich mir eher Gedanken machen, wie ich denn die Menschen vernünftig integriere und wie bringe ich denen auch so ein bisschen dieses Wirtschaftssystem bei, dass ich mir mit meinem Budget, das ich habe, selber das Leben organisieren muss.“ (W, Stadt, FK)

Ein Teil der Verantwortlichen bezog jedoch auch dezidiert die Gegenposition:

„Ich habe bis zum Schluss, bis zu dem Kretschmann-Agreement Gutscheine ausgegeben. Die konnten mit den Gutscheinen in fünf großen Märkten einschließlich Kik und Aldi und Rewe einkaufen. Da das Gesetzeslage war und Vorrang hatte – aus gutem Grund übrigens, wir sind ja alles Deppen und vergessen, wie Geschichte aussieht – habe ich das bis zum Schluss durchgezogen, fühle mich aber auch gebunden, wenn dann mit Kretschmann damals im Bundesrat das Agreement gemacht worden ist. Okay – Bargeldzahlungen gegen die Zustimmung zu sicheren Herkunftsstaaten, dann fühle ich mich daran gebunden. Und dann haben wir auch damit aufgehört. Wir wären sofort bereit, wieder Sachleistungen zu geben. Ich halte das eigentlich auch für wichtig. Der gute alte Johannes Rau hat mal gesagt: Sie kommen alle nach Deutschland, hier kriegen sie Bares, hier kriegen sie ein langes Verfahren und hier kriegen sie ein faires Verfahren. Aber die Gutscheine verhindern ja ausführliche Geldtransfers nach Hause. Es gibt auch Geschichten, dass, nachdem das alles geklärt war und jemand sein Konto hatte, er automatisch die Zahlung in sein Heimatland bewirkt hat und weg war. Das geht natürlich mit der Aufhebung des Präsenzprinzips auch. Sie sehen ja niemanden mehr, der ist hier gemeldet, das geht alles seinen Gang, der Verwaltungsvorgang ist eingeleitet, das Konto ist eingerichtet – ich oute mich da, davon bin ich auch ein Gegner. Weil ich denke, dass sind alles Anreize zum Missbrauch, und das gibt es schon.“

(O, Land, LR)

„Natürlich ist die Geldleistung im Sinne einer Überweisung im Sinne des Handlings, des Managements in einer Verwaltung das Einfachste, das Ressourcenschonendste. Ich bin aber selber ein Freund von Bargeldausgabe und einen Teil in Sachleistungen zu geben. Weil es klar sein muss – auch als Flüchtling –, wenn ich komme, dass die Infrastruktur hier in Deutschland teilweise an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit kommt und es hier keinen Goldesel gibt und man den Schwanz hebt und da kullern die Dukaten heraus. Deshalb auch

Sachleistungen. Und wenn die Sachleistungen dann kommen, müssen die in Abzug von den Geldleistungen gebracht werden. Bargeldauszahlungen, weil die Flüchtlinge dann auch eine Motivation haben, hier vor Ort zu sein.“

(W, Stadt, BM)

„Gutscheine musste ich aufgrund des politischen Drucks des Gremiums, das war ja vor einem Jahr, das war ja noch eine ganz andere Welt, ablösen. Gutscheine würde ich wieder einführen. Gutscheine funktionieren. Gutscheine müssten auch ausgegeben werden, das bringt Aufwand, aber es bringt auch die Gewissheit, dass nur derjenige, der da ist, dann auch tatsächlich Gutscheine bekommt. Denn die Banküberweisung, die läuft automatisch.“ (W, Land, LR)

KONZENTRATION AUF DIE KURZFRISTIGEN HERAUSFORDERUNGEN UND PROBLEME

Die Notwendigkeit, kontinuierlich neue Unterbringungskapazitäten zu schaffen und die Versorgung der Flüchtlinge zu sichern, absorbiert viele Kreise und Kommunen derart, dass es ihnen schwerfällt, mittel- und langfristige Perspektiven und Strategien zu entwickeln. Auf die Frage nach Konzepten und Überlegungen, wie man sich vor Ort mittel- und langfristig aufstellen muss, wurde schon in vielen Vorgesprächen deutlich, dass die gegenwärtigen Probleme – insbesondere die Sicherung der Unterbringung – die Aufmerksamkeit und die Kräfte vielerorts weitgehend absorbieren:

„Wir leben von der Hand in den Mund. Wir haben viel zu kurze Vorlaufzeiten. Wenn man daran denkt, dass eine halbe Million Menschen unterwegs ist, dann wird mir angst und bange. Wir können uns gar nicht vorbereiten. Wir müssen irgendwie sehen, dass wir das händeln und Wohnraum schaffen. Wir bauen und sind in Einzelgesprächen wegen der Deutschkurse.“ (W, Stadt, BM)

„Wir beschäftigen uns zurzeit zu wenig damit, wie es mittelfristig weitergehen soll, wie sicherlich die meisten anderen auch. Wir leben ja im Prinzip von der Hand in den Mund, um die Flüchtlinge unterzubringen. Das bestimmt mehr oder weniger den Tagesrhythmus, allerdings tritt auch eine zunehmende Professionalisierung ein.“
(O, Stadt, BM)

„Man denkt darüber nach, aber man hat noch keine Konzepte in der Schublade. Man möchte jetzt in dieser Richtung etwas entwickeln, aber im Moment gilt a priori die Unterbringung.“ (W, Stadt, BM)

„Momentan ist das bei uns noch kein Thema, sondern es geht mehr aktuell: Wir kriegen Leute, wo bringen wir die unter. Das ist so das

Hauptthema. Da ist man dann zufrieden, wenn man die untergebracht hat. Aber das reicht, denke ich, nicht.“ (O, Land, BM)

„Das ist schwer. Wie gesagt, eine große Herausforderung ist die Unterbringung im Moment. Das ist Aufgabe Nr. 1, wo man jeden Monat vor neue steigende Zahlen gestellt wird. Wir haben Strukturen, wo wir treibender Akteur sind, was Integration und Arbeitsmarkt und Sprache angeht. Also, wir sind da schon dran, aber allein, weil man nicht weiß, was die Zahlen für Dezember bringen, ist es in den Bereichen ein sehr deutliches Fahren auf Sicht. Wir hoffen, dass sich das irgendwann stabilisiert, egal auf welchem Niveau, damit man eine gewisse Planbarkeit bekommt, und die Strukturen, die man hat, dass die funktionieren und man nicht dauernd am Aufstocken und am Hochfahren ist, dass man dann ein bisschen Luft kriegt und sagt: So, jetzt gucken wir mal intensiver in die nachsorgenden Bereiche.“ (O, Stadt, FK)

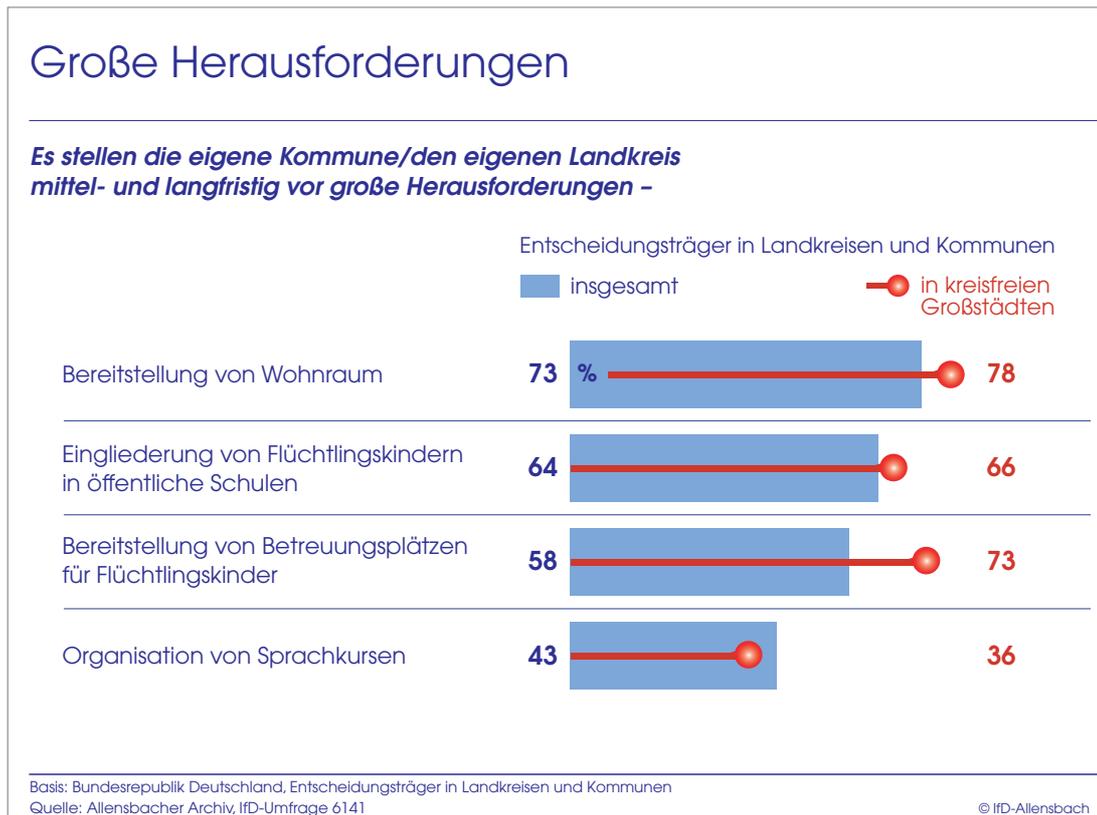
Jeder zweite Verantwortliche in den Kreisen und Kommunen zieht die Bilanz, dass die kurzfristigen Herausforderungen es kaum zulassen, mittel- und langfristige Strategien zu entwickeln. Die ostdeutschen Landkreise und Kommunen kämpfen hier noch mehr mit Schwierigkeiten als die westdeutschen.



Dabei sind alle gleichzeitig überzeugt, dass die Herausforderungen auch mittel- und langfristig immens sein werden. So geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass die Beschaffung von geeignetem Wohnraum nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig eine große Herausforderung bleiben wird. 73 Prozent der Entscheidungsträger sind davon überzeugt, überdurchschnittlich die großen Städte. Auch die Eingliederung von Flüchtlingskindern in die öffentlichen Schulen und die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Flüchtlingskinder sieht die große Mehrheit als keine leichte Aufgabe an. Dies gilt wiederum weit überdurchschnittlich für die kreisfreien Großstädte, die sich offenkundig mit der Bereitstellung von Betreuungsplätzen weitaus schwerer tun als die kleineren Städte und ländlichen Kreise und Kommunen. So stufen 73 Prozent der großen Städte die Bereitstellung von Betreuungsplätzen als erhebliche Herausforderung ein, dagegen nur gut die Hälfte der übrigen Kreise und Kommunen. Umgekehrt haben die großen Städte

weniger Probleme mit der Organisation von Sprachkursen. Hier geht nur gut jede dritte kreisfreie Großstadt davon aus, dass dies für sie eine erhebliche Herausforderung bedeuten wird, dagegen knapp die Hälfte der ländlichen Kreise und Kommunen.

Schaubild 21



Als größte Herausforderung wird jedoch die Eingliederung der Flüchtlinge in die berufliche Ausbildung und den Arbeitsmarkt benannt. 62 Prozent sind davon überzeugt, dass dies mit die größte Herausforderung für die eigene Kommune bzw. den eigenen Landkreis bedeutet. Die Beschaffung von geeignetem Wohnraum halten dagegen 39 Prozent auch mittel- und langfristig für mit die größte Herausforderung, die Vermittlung von Sprachkompetenz 36 Prozent. Auch die Vermittlung der deutschen Gesellschafts- und Werteordnung wird von jedem Dritten zu den größten Herausforderungen für die Zukunft gezählt. Diesem Aspekt wird in den ländlichen

Regionen weitaus mehr Bedeutung zugeschrieben als in den großen Städten, die wiederum die Beschaffung von Wohnraum weitaus mehr als die ländlichen Kreise und Kommunen auch langfristig zu den größten Herausforderungen zählen.

Schaubild 22

Die größten Herausforderungen

Frage: "Wenn Sie jetzt einmal an die mittel- und langfristige Entwicklung denken: Wo liegen da Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für Ihre Kommune/in Ihrem Landkreis?"

Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen

	insgesamt	Urbanität		
		Kreisfreie Großstädte	andere Groß- und Mittelstädte	Ländliche Kreise und Kommunen
	%	%	%	%
Arbeitsmarkt, Berufsausbildung	62	70	52	67
Wohnraumbeschaffung	39	45	45	25
Deutschkurse, Sprachprobleme	36	28	36	43
Die Integration, Vermittlung von kulturellen Werten	35	26	35	44
Schulen, Integration ins Bildungssystem	25	27	23	27
Kindergärten, Kinderbetreuung	12	14	13	6
Die Akzeptanz der Einheimischen, Stimmung in der Bevölkerung	3	-	3	7
Finanzielle Belastungen	1	-	1	3
Anderes	8	11	5	10

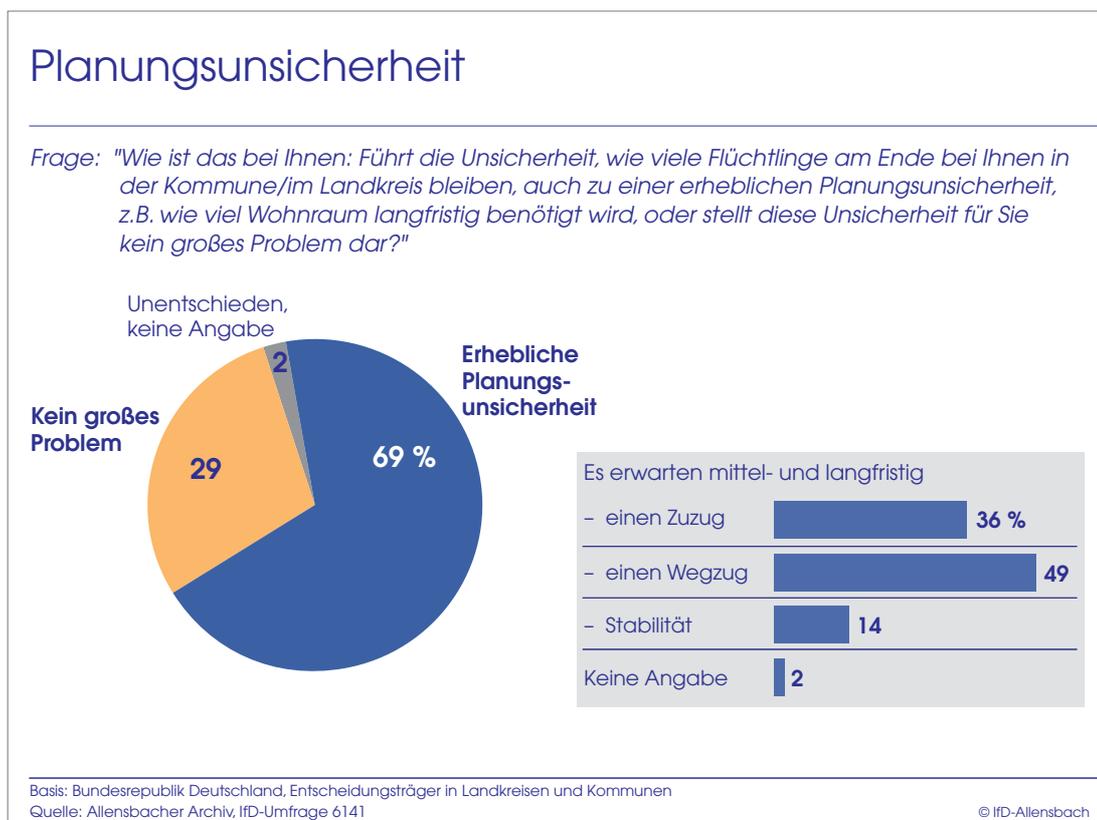
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6141

© IFD-Allensbach

Die Auseinandersetzung mit den mittel- und langfristigen Perspektiven und Optionen wird jedoch nicht nur durch die Absorption von den tagesaktuellen Aufgaben und Problemen behindert, sondern durch eine weit verbreitete Planungsunsicherheit. Viele Kreise und Kommunen rechnen mit einer erheblichen Folgemigration innerhalb Deutschlands, das heißt sie erwarten, dass sich Flüchtlinge nur teilweise dort ansiedeln, wo sie zunächst aufgenommen werden. Dabei wird eher mit einem Wegzug aus dem Kreis- bzw. der Kommune gerechnet als mit einem Zuzug: 49 Prozent sind überzeugt, dass sie mittel- und langfristig eher einen Wegzug von Flüchtlingen erleben werden, während sich 36 Prozent auf einen Zuzug einstellen

und nur 14 Prozent mit einer stabilen Situation rechnen. Dies führt zu einer erheblichen Planungsunsicherheit. Sieben von zehn Kreisen und Kommunen geben zu Protokoll, dass die Ungewissheit, wo sich die Flüchtlinge mittel- und langfristig ansiedeln werden, bei ihnen zu einer erheblichen Planungsunsicherheit führt. Dies erschwert zwangsläufig auch die Planungen und Entscheidungen über Bauten und Infrastruktur.

Schaubild 23



Dabei gibt es eine völlige Asymmetrie zwischen Stadt und Land. Während sich die großen Städte auf einen Zuzug, vielfach auf einen starken Zuzug einstellen, sind die ländlichen Kreise und Kommunen mit überwältigender Mehrheit überzeugt, dass viele der Flüchtlinge ihre Region wieder verlassen werden. 63 Prozent der kreisfreien Großstädte rechnen mit einem Zuzug, dagegen nur 11 Prozent der ländlichen Kreise und Kommunen. 43 Prozent der großen Städte rechnen sogar mit einem erheblichen

Zuzug. Umgekehrt erwarten drei Viertel der ländlichen Kreise und Kommunen, dass viele der Flüchtlinge, die sie zurzeit beherbergen, wieder wegziehen werden; die Hälfte stellt sich auf einen starken Wegzug ein. Auch West- und Ostdeutschland rechnen hier mit einer völlig unterschiedlichen Entwicklung. Während sich in Westdeutschland vier von zehn Kommunen und Kreisen auf einen Zuzug einstellen, gilt dies nur für jeden fünften Kreis oder Kommune in Ostdeutschland. Zwei Drittel der ostdeutschen Kreise und Kommunen gehen davon, dass viele Flüchtlinge nur vorübergehend bei ihnen leben werden.¹

Schaubild 24

Völlig unterschiedliche Perspektiven in Stadt und Land

Frage: "Wenn Flüchtlinge anerkannt sind, dürfen sie ja frei entscheiden, wo sie in Deutschland wohnen möchten. Rechnen Sie mittel- und langfristig eher mit einem Zuzug von anerkannten Flüchtlingen in Ihre Kommune/Ihren Landkreis oder eher mit einem Wegzug?"

Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen

	Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen			
	insgesamt	Urbanität		
		Kreisfreie Großstädte	andere Groß- und Mittelstädte	Ländliche Kreise und Kommunen
	%	%	%	%
Rechne mit Zuzug	35	63	35	10
mit starkem Zuzug	21	43	17	3
weniger stark	12	15	15	7
Unentschieden, keine Angabe	2	5	3	-
Rechne mit Wegzug	49	20	49	77
mit starkem Wegzug	22	3	15	49
weniger stark	24	17	30	25
Unentschieden, keine Angabe	3	-	4	3
Wird sich nicht viel ändern	14	16	14	11
Unentschieden, keine Angabe	2	1	2	2
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6141

© IfD-Allensbach

Schon in den Vorgesprächen wurde deutlich, dass sich insbesondere ländliche Kommunen und verstärkt ländliche Kommunen in Ostdeutschland Gedanken

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 45

machen, wieweit die Flüchtlinge nur vorübergehend bei ihnen untergebracht und versorgt werden müssen:

„Wie viele dauerhaft in Deutschland bleiben, das ist schwierig. Wir haben uns aber schon Gedanken darüber gemacht, wie viele bei uns im Landkreis bleiben. Wir haben festgestellt, von den Flüchtlingen, die bislang unsere Unterkünfte wieder verlassen haben, sind etwa 20 Prozent bei uns im Landkreis geblieben, die haben also hier eine Wohnung gefunden. Alle anderen sind nach Abschluss ihres Verfahrens, ob jetzt positiv oder negativ, entweder woanders in ganz Deutschland hingezogen, auch woanders im Bundesland oder sind teilweise auch untergetaucht, haben Deutschland verlassen. Es kommt wahrscheinlich noch eine weitere Summe dazu, die jetzt aus anderen Landkreisen zu uns zieht, die haben wir jetzt so nicht erfasst, aber ich rechne damit, dass bei uns speziell so 25 bis 30 Prozent der Flüchtlinge tatsächlich im Landkreis bleiben. Andere, die anerkannt sind, die gehen weg. Das ist sicherlich auch ein Thema ländlich strukturierter Landkreise.“ (W, Land, FK)

Die Folgemigration innerhalb Deutschlands ist jedoch nur ein Unsicherheitsfaktor, der die Entwicklung von Strategien und die Planungen der Kreise und Kommunen erschwert. Dazu kommt die Unsicherheit, wieweit mit einer Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatländer zu rechnen ist und wieweit mit einer dauerhaften Ansiedlung in Deutschland:

„Das ist eine Frage, die heute niemand beantworten kann. Wenn man davon ausgeht, dass vor allem die Syrer bleiben werden, weil das Land ja mehr oder weniger zerstört ist, ist die Frage, wird das Land irgendwann mal wieder Heimat sein können, so dass die Syrer auch in ihre Heimat zurückkehren, zumindest die, die es wollen? Oder wird das dauerhaft über Jahrzehnte ein Spielball zwischen den Machtinteressen und den Glaubenskriegen, die sich dort überlagert abspielen? Das weiß heute niemand. Wir haben auch zu wenig Erfahrungen bisher mit der syrischen Bevölkerungsgruppe. Was wir merken, ist, dass die Eltern, die Mütter

viel Wert darauf legen, dass die Kinder in die Schule gehen. Die sind also bildungsorientiert. Wir registrieren aber auch die Berufsabschlüsse, im Moment sind es 75 Prozent ohne Berufsabschluss. Aber da sieht man auch, wie weit der Weg sein wird zur Integration über Arbeit, die ich für richtig und notwendig halte, und die wir auch tun werden.“

(O, Stadt, BM)

„Maximal die Hälfte der Flüchtlinge wird dauerhaft in Deutschland bleiben. Aber die nächsten 5 bis 10 Jahre werden fast alle versuchen, hier zu bleiben.“ (W, Stadt, BM)

„Wenn wir nicht eine ganz neue Abschiebungskultur bekommen, die sich nicht mehr in Flugzeugen und schon gar nicht in Transall-Flugzeugen abspielen kann, sondern die eigentlich in Sonderzügen stattfinden muss, bewältigen wir das nicht. Und weil ich da Zweifel habe, ob das funktioniert, denke ich, werden im Zweifel mehr als diese 50 Prozent dableiben, weil der Staat nicht in der Lage ist, die Rückführung faktisch umzusetzen.“ (W, Land, LR)

„Das ist schwierig. Wenn ich jetzt einmal davon ausgehe, dass 20 Prozent Syrer sind – die werden vermutlich alle bleiben. Dann haben wir Afrikaner, auch etwa 20 Prozent, und das ist schwierig einzuschätzen bei den Asylverfahren – eher nicht so hoch. Dann haben wir in der vorläufigen Unterbringung relativ viele aus Südosteuropa, also Balkan, annähernd 40 Prozent, da werden so gut wie keine anerkannt. Also würde ich mal sagen – noch Naher Osten, Irak – 30 Prozent. Mehr nicht. Interessant ist, in der vorläufigen Unterbringung haben wir höchstens 20 Prozent Syrer, vielleicht sogar noch knapp darunter. In der Erstaufnahmestelle, da geht die Zahl der syrischen Flüchtlinge auf 65, 70 Prozent hoch. D.h., der Anteil derer, die dann bleiben, wird von Woche zu Woche steigen.“ (W, Land, LR)

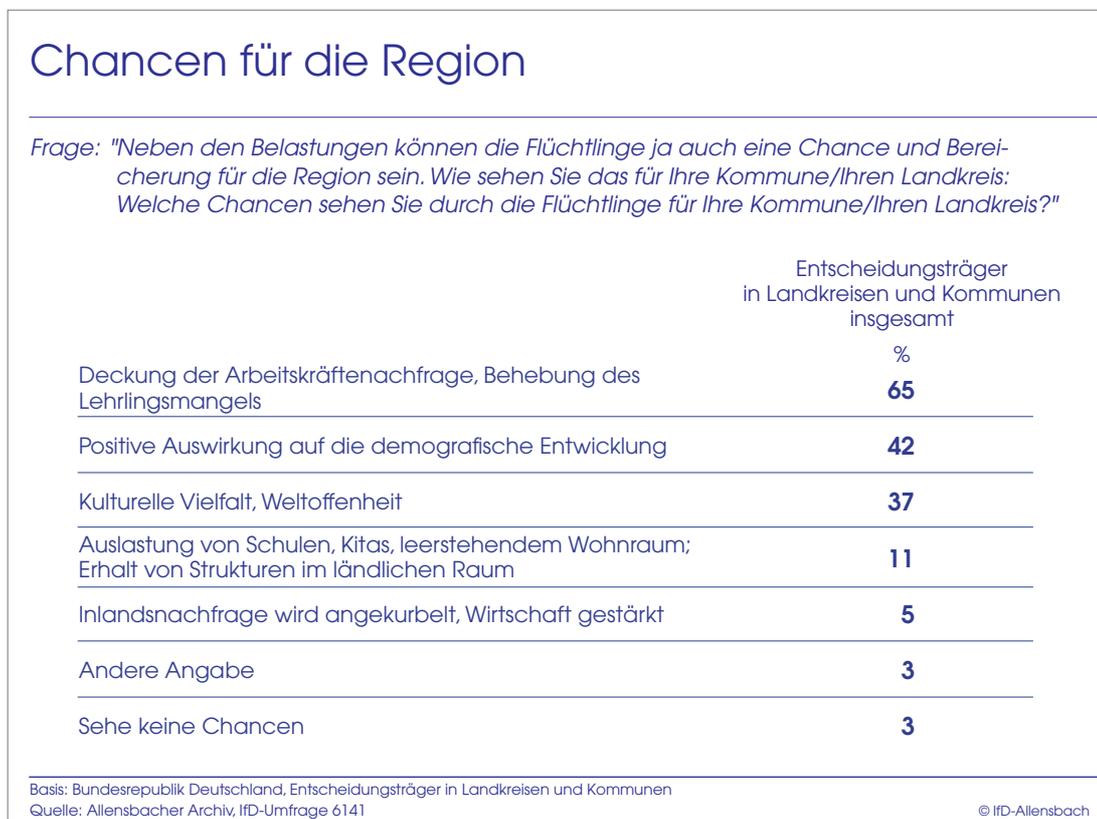
„Das ist schwierig zu beantworten. Da ich die Länder kenne, aus denen die Flüchtlinge zu uns kommen, der überwiegende Teil ist aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, werden weit über 50 Prozent bei uns bleiben.“
(W, Stadt, BM)

Aufgrund der Unsicherheit, wie viele der Flüchtlinge in Deutschland bleiben werden und sich vor Ort in den Kommunen dauerhaft ansiedeln werden, stehen viele Planungen und Überlegungen in den Kommunen und Kreisen unter Vorbehalt.

EINSCHÄTZUNG DER INTEGRATIONSCHANCEN

Die Kreise und Kommunen lassen keine Zweifel, wie groß die Herausforderungen und Belastungen sind, die ihnen aus der Flüchtlingssituation erwachsen. Gleichzeitig sieht die Mehrheit jedoch auch Chancen, vor allem durch die teilweise Korrektur der demografischen Entwicklung, für den regionalen Arbeitsmarkt, in Bezug auf die Auslastung bestehender Kapazitäten und die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens. Spontan nennen die Verantwortlichen in den Landkreisen und Kommunen vor allem die Impulse für den Arbeitsmarkt, gefolgt von der demografischen Entwicklung und der zunehmenden kulturellen Vielfalt. Zwei Drittel gehen davon aus, dass die Flüchtlinge für den regionalen Arbeitsmarkt eine Chance bedeuten; 42 Prozent gehen von positiven Auswirkungen auf die demografische Entwicklung aus, 37 Prozent von einer Verstärkung der kulturellen Vielfalt und der Förderung von mehr Weltoffenheit. 11 Prozent sehen auch Chancen für die Auslastung von Schulen, Kitas oder leerstehendem Wohnraum, ein Aspekt, der überdurchschnittlich in Ostdeutschland und in den ländlichen Kommunen hervorgehoben wird.

Schaubild 25



Auch in den vorgeschalteten Tiefeninterviews wurden teilweise die Chancen hervorgehoben, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt:

„Eindeutig eher Chance. Eindeutig. Wenn ich mich jetzt einfach so erinnere an die letzten Jahrzehnte, dann war die letzte große Welle, die Aussiedlerwelle Ende der 80er, 90er Jahre, da hatten wir auch mal Turnhallen belegt, die Aussiedler kamen zum großen Teil aus der damaligen DDR, aus Rumänien, aus Russland, aus Kasachstan, da hatten wir teilweise zugleich 4.000 Flüchtlinge, auch in Turnhallen, in Ferienheimen, alles war belegt. Nach fünf bis sieben Jahren war alles erledigt, und das für diesen Lebens- und Wirtschaftsraum hier positive Impulse gebracht. Und deswegen sage ich, warum soll das jetzt nicht wieder gelingen? Jetzt ist es ein bisschen schwieriger, weil damals haben mehr Deutsch sprechen können.“ (W, Land, LR)

„Ich glaube, das wir einen guten Teil an Arbeitskräften gewinnen können – sehr engagierte Arbeitskräfte. Das hat ja die Kanzlerin schon relativ früh gesagt. Vielleicht war das auch ein Fehler, dass man das so laut und so früh sagt. Das ist die Generation, die unsere Alterspyramide verändern/verbessern kann. Nicht im Übermaß, aber sicherlich beeinflussen kann. Und das tut unserem vorherrschenden Sozialsystem gut.“ (W, Stadt, BM)

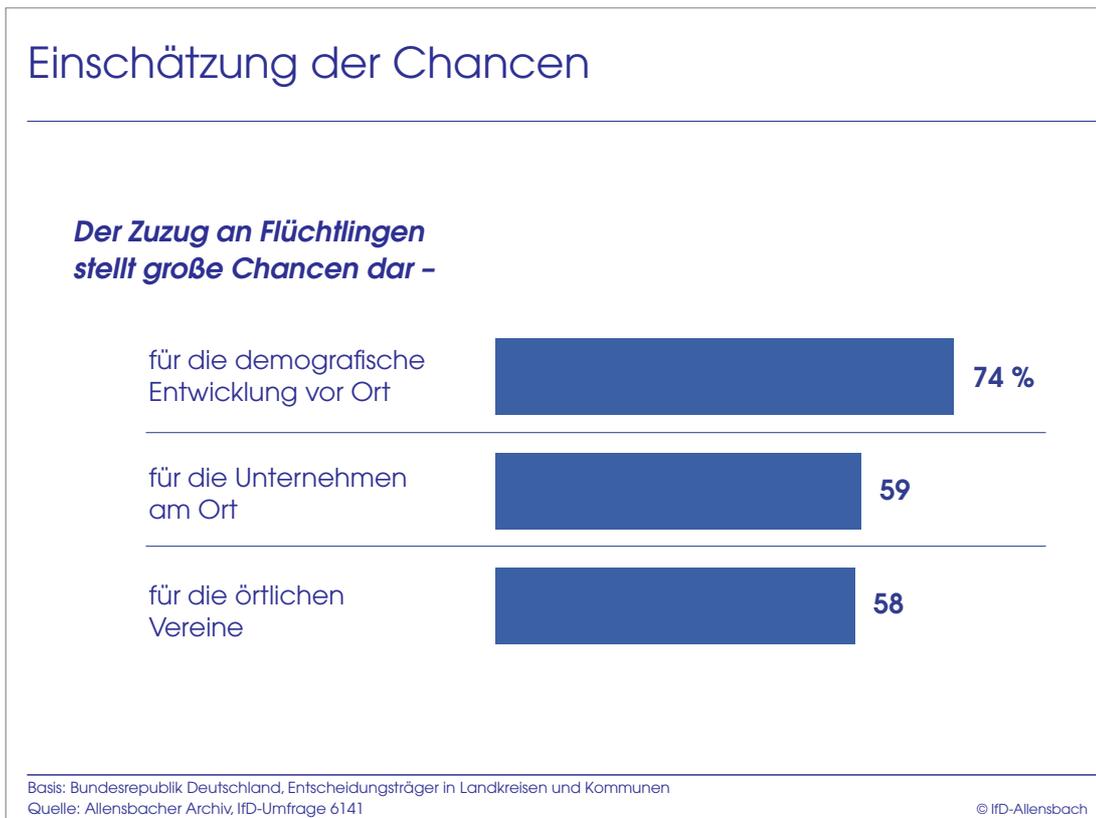
„Ja, es gibt bei uns schon auch von den Unternehmen in der Region eine große Nachfrage, Stichwort Fachkräftemangel. Das muss man dann natürlich mit den Fähigkeiten der Flüchtlinge abgleichen, teilweise sind die ja noch durch den langen Krieg und die Flucht traumatisiert, die müssen sich erstmal orientieren, und mittelfristig glaube ich aber schon, dass wir das mit dem entsprechenden Zugehen auf die Menschen schaffen. Ich glaube, wir müssen die Menschen nicht zur Agentur und zu den Programmen bringen, sondern die Programme zu den Menschen bringen. Und dann könnten wir die auch in den Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels integrieren. Das wäre schon eine

Chance, und das wird mir auch so widergespiegelt: Die Unternehmen gehen richtig danach, ihren Bedarf zu decken.“ (W, Stadt, FK)

„Ich glaube, für eine Stadt wie unsere, die eine Großstadt ist und verschiedene Hochschulen hat, die schon sehr international ist, ist das grundsätzlich erstmal eine Bereicherung, wenn da verschiedene Kulturen dazu kommen. Und vor dem Hintergrund, dass die Ausbildungsstellen hier nicht besetzt werden können, ist das dann – man kann das jetzt rein unter wirtschaftlichen Aspekten betrachten, aber einfach von der Tragfähigkeit dessen, was man braucht in der Zukunft – definitiv eine Bereicherung, also kulturell und wirtschaftlich.“ (O, Stadt, FK)

Wenn einzelne Aspekte explizit angesprochen werden, gewinnt das Kalkül, dass die demografische Struktur von dem Zustrom profitieren könnte, erheblich an Bedeutung. 74 Prozent sehen in den möglichen Auswirkungen auf die Altersstruktur und insgesamt auf die demografische Entwicklung vor Ort eine große Chance. Diese Einschätzung differiert kaum zwischen Ost und West und zwischen Stadt und Land. Allerdings treffen Kommunen in Ostdeutschland und in ländlichen Regionen diese positive Prognose nur unter Vorbehalt. Wieweit in diesen Regionen nennenswerte Auswirkungen auf die demografische Entwicklung zu verzeichnen sein werden, hängt in hohem Maße von der Folgemigration ab. Da die große Mehrheit der Kreise und Kommunen in Ostdeutschland wie auch in den ländlichen Regionen Westdeutschlands davon ausgeht, dass sich die Flüchtlinge nach kurzer Zeit verstärkt nach Westdeutschland und hier in die großen Städte orientieren werden, ist die Bewertung der Chancen für die demografische Entwicklung vielfach eher als Hoffnung denn als konkrete Erwartung einzustufen.

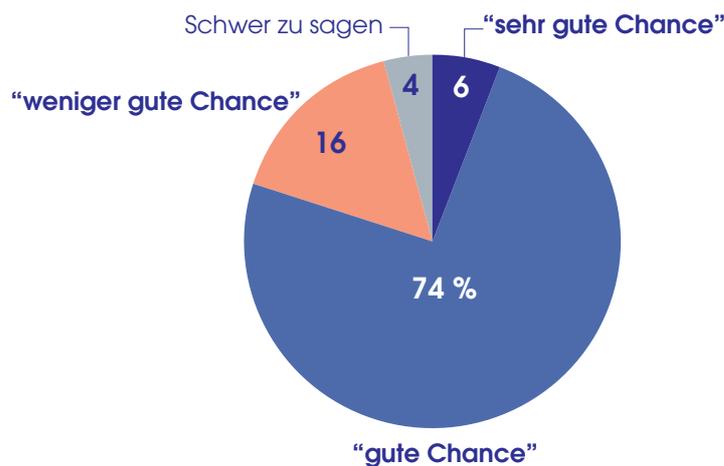
Rund sechs von zehn Kommunen gehen darüber hinaus davon aus, dass der Zuzug für die Unternehmen am Ort erhebliche Chancen bietet, genauso wie für die örtlichen Vereine.



Wieweit sich diese Hoffnungen realisieren, wird in hohem Maße nicht nur von der Entwicklung der Folgemigration abhängen, sondern von den Integrationserfolgen oder -misserfolgen. Hier zeigte sich die große Mehrheit der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen bemerkenswert optimistisch. 80 Prozent äußerten die Überzeugung, dass die meisten Flüchtlinge gute Integrationschancen haben, nur 16 Prozent meldeten dezidiert Zweifel an. In Westdeutschland werden die Integrationschancen günstiger eingeschätzt als in Ostdeutschland; auch dort sind jedoch zwei Drittel überzeugt, dass die Chancen für eine erfolgreiche Integration gut stehen.

Positive Bewertung der Integrationschancen

Frage: "Wie schätzen Sie die Integrationschancen der meisten Flüchtlinge ein, mit denen Sie in der Kommune/im Landkreis zu tun haben? Sehen Sie für die meisten Flüchtlinge eine sehr gute, gute, weniger gute oder gar keine Chance auf eine gelungene Integration?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6141

© IfD-Allensbach

In den Tiefeninterviews wurde deutlich, dass dabei allerdings viele von einem längeren Zeitraum ausgehen und teilweise in Generationen denken:

„Ich denke, das wird ähnlich sein, wie man das oftmals bei türkischen Familien erlebt. Wenn der Papa immer schon bei Bosch arbeitet, dann spricht er zwar gebrochen, aber verständlich Deutsch und kann auch zuhören. Wenn die Mama aber immer zu Hause ist, spricht sie so gut wie gar kein Deutsch, weil zu Hause ja Türkisch geredet wird. Und die Kinder sprechen besser Dialekt als wir.“ (W, Stadt, BM)

„Das kommt immer auf den Einzelfall an, würde ich sagen. Wir haben natürlich den syrischen Arzt oder syrischen Akademiker, den haben wir hier auch, der wird relativ schnell Fuß fassen, wenn er die sprachliche

Kompetenz erworben hat. Sie haben aber natürlich auch, das ist Gaußsche Normalverteilung, das ist in der deutschen Bevölkerung auch so, Leute, die weniger gute Startchancen haben. Bei denen wird es auch in der zweiten Generation viel länger dauern. Aber hier muss man gerade ansetzen, um diesen Menschen auch die Kompetenzen zu geben, sonst haben wir die natürlich auch in den sozialen Systemen drin.“

(W, Stadt, FK)

„Meine persönliche Meinung: nicht in der ersten, sondern erst in der zweiten Generation. Im Kindergarten erzielen wir die besten Erfolge. Mit 12 oder 13 Jahren wird es schon schwieriger.“ (W, Stadt, BM)

„Wenn man Integration anschaut und in die Geschichte schaut, gab es sicherlich noch nie eine so große Helferbewegung, die bei der Integration unterstützt hat. Die Gastarbeiter, die kamen, die waren allein gelassen, da gab es keine Helferkreise. Ob diese Helferkreise natürlich entscheidend die Integration umsetzen können, glaube ich auch nicht, damit sind sie überfordert. Aber auch das ist eine Frage der Zahl. Wir müssen wissen, die Menschen, die zu uns kommen, kommen im Regelfall alle aus Diktaturen, jedenfalls nicht aus Rechtsstaaten, so wie wir es verstehen. Sie haben einen ganz anderen kulturellen und religiösen und wertemäßigen Hintergrund. D.h., wenn der Vergleich gezogen wird mit 1945 ff., dann ist das einfach absurd. Die Sprache ist anders etc. Also, die Aufgabe der Integration für diese Menschen wird so riesengroß sein, dass ich mir fast nicht vorstellen kann, dass das mit denen, die heute als Erwachsene ankommen, gelingen kann. Da wird es hoffentlich gelingen, die soweit zu integrieren, dass sie wenigstens oberflächlich die Regeln in unserem Staat akzeptieren und sich daran halten. Die Hoffnung sind eigentlich die Jungen, die jetzt in die Schule kommen. Große Probleme, auch zahlenmäßig wieder hier: Wenn es halt zu viele sind, dann findet der normale Unterricht für die Einheimischen in anderer Qualität statt. D.h., Integration ist eine Sache von 20, 30 Jahren. Wie das ausgeht, kann man heute noch nicht sagen.“ (W, Land, LR)

„Wir haben eine andere Situation als in den 90er Jahren. Die Bevölkerung beschäftigt sich deutlich mehr mit den Flüchtlingen und bringt sich ein. Darum sehe ich auch für die erste Generation eine deutlich höhere Chance als vor 25 Jahren. Das hängt aber auch ganz entscheidend von den Zahlen ab, wie weit wir das noch schaffen können.“ (W, Stadt, BM)

Teilweise wurde auch darauf hingewiesen, dass die Voraussetzungen, die die Flüchtlinge mitbringen, sehr unterschiedlich sind und dass auch die kulturellen Prägungen mit darüber entscheiden, wie rasch und erfolgreich die Integration bewerkstelligt wird:

„Ich glaube, man muss alle mitnehmen. Die Fehler, die man bei den sogenannten Gastarbeitern gemacht hat, dass man überhaupt keine Angebote gemacht hat, keine Sprachkurse, die Leute haben nur gearbeitet. Das darf man nicht wiederholen. Das ist, glaube ich, auch allen bewusst. Durch die Sprachkurse, die wir anbieten, aber auch durch Qualifizierungsmaßnahmen – und die Flüchtlinge sind sehr unterschiedlich. Manche sind hochqualifiziert, viele gar nicht, die haben nur 5 Jahre die Grundschule besucht – das ist bei den Afrikanern oft der Fall. Sich auf so etwas einzustellen, gemeinsam mit der Arbeitsagentur und mit dem Jobcenter, das finde ich wichtig. Integration darf nicht nur bei einer kleinen Beauftragten angesiedelt werden, sondern alle Regelinstitutionen müssen sich darauf einstellen.“ (W, Stadt, FK)

„Ich bin nicht so sehr überzeugt, dass die meisten von denen sagen, okay, jetzt sind wir in Deutschland, lass uns die Sprache lernen. Also, dass die bewusst an die Sache rangehen und sagen, wenn's mir schon nicht so viel bietet, die Kinder sollen es besser haben – lernt Sprachen! So, wie die Vietnamesen rangehen. Die Vietnamesen waren nie ein Problem. Warum? Die haben als allererstes ihren Kindern beigebracht, Bildung ist alles. Ich kenne kein vietnamesisches Kind, keinen vietnamesischen Schüler, der nicht zu den Klassenbesten gehört, weil die Eltern ihn

einfach treiben. Das ist ja nicht in allen Kulturen so. Da bin ich mal gespannt, da hoffe ich ein bisschen auf die Syrer, die ja dem Vernehmen nach sich insgesamt dort herausheben. Aber gerade bei den Afghanen haben wir jetzt schon... das ist vom Bildungsstand her wenig. Wenn die die Familie nachholen, ich glaube nicht, dass die dieses Bildungsideal pflegen.“ (O, Land, LR)

Schwierigkeiten werden vor allem für zwei Gruppen erwartet, nämlich die Flüchtlinge, die nicht mehr ganz jung sind und die keinen Schulabschluss haben bzw. nur eine schlechte oder keine Ausbildung haben. 62 Prozent der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen sind überzeugt, dass sich schlecht ausgebildete Flüchtlinge schwer tun werden, 55 Prozent erwarten dies auch für Flüchtlinge, die Mitte 40 und älter sind. Darüber hinaus werden bestimmten Nationalitäten ungünstigere Integrationsprognosen gestellt; dies gilt vor allem für Flüchtlinge aus Afrika, aber auch für Flüchtlinge aus Afghanistan und aus den Balkan-Staaten.¹

Die Ausbildung ist ein Dreh- und Angelpunkt bei der Bewertung der Integrationschancen. Hier wurde in den vorgeschalteten Tiefeninterviews teilweise erhebliche Skepsis deutlich, was die Flüchtlinge an Voraussetzungen mitbringen:

„Wenn Flüchtlinge Arbeitsplätze erhalten können, sehe ich ganz gute Chancen. Aber die meisten sind schlecht oder gar nicht ausgebildet. Sie sprechen kein Deutsch. Das syrische Abitur soll das Niveau eines Hauptschulabschlusses bei uns haben.“ (W, Stadt, BM)

„Ich sage mal, die Syrer werden fast alle hierbleiben wollen. Das sind relativ junge Leute, die kommen zum Teil auch in Familienverbänden – wenn die einmal Fuß gefasst haben, wenn die Kinder hier in die Schule gehen und Abitur und was weiß ich nicht alles machen, dann bleiben die hier. Man kann davon ausgehen, dass die Hälfte hierbleibt. Ich habe auch

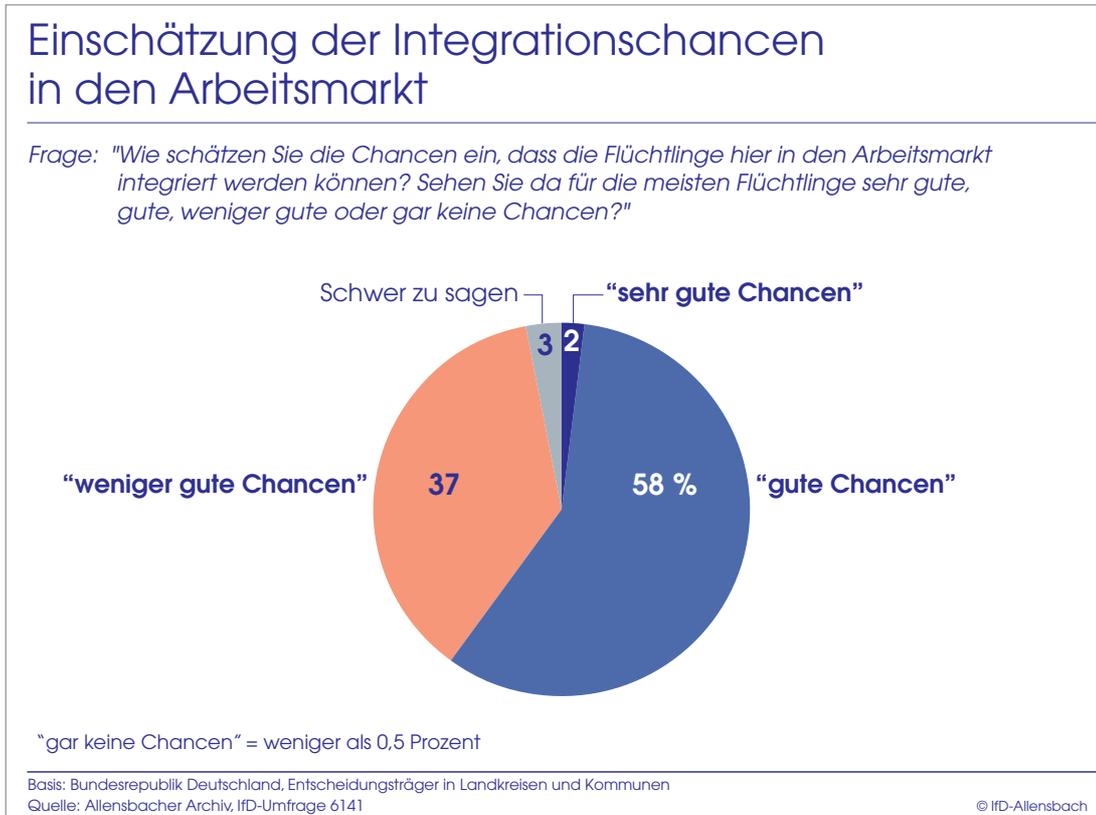
¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 51 a)

eine Analyse gemacht: Was sind die von Beruf? Das ist bestürzend! Von wegen, das ist eine Chance oder so etwas. Ich nenne mal die Zahlen, die letzten Transfers nicht mehr, aber vorher habe ich überall erfragen lassen, was sie von Beruf sind. Das haben die auch sehr unbefangen gesagt. Es gibt nur vier Verweigerungen, die nichts gesagt haben. Wir haben 244 Auskünfte, davon sind knapp 60 Prozent vollkommen ohne Beruf. Und das ist das Verblüffende: Ich schlage die Zeitung auf, ich kaufe mir am Wochenende immer einen ganzen Stapel, WELT am Sonntag, Frankfurter am Sonntag, Süddeutsche, Tagesspiegel, Neues Deutschland. Und überall steht drin: Ein hoher Anteil an Gebildeten, und die sind eine Chance. Ich kann das bei den Transfers, die wir kriegen, ich kriegen immer die Transferlisten mit Namen und allem, nicht erkennen.“

(O, Land, LR)

„Man muss sich mal wirklich Folgendes vorstellen: Ich weiß doch, was die Volkshochschule für Trouble hat, einen Französischkurs immer am Laufen zu halten, also ehrenamtliche Lehrer und Ähnliches. Da sind so 8 bis 10 Leute drin. Ich hätte dann ungefähr 1.000 junge Männer, aufgeteilt auf fünf oder sechs verschiedene Nationen, die dann erstmal Deutsch lernen müssten. Die Zahl ist bestimmt nicht zu hoch gegriffen. Jetzt überlegen wir einfach mal, die Infrastruktur, wo du 1.000 oder 800 jungen Männern Deutsch beibringst. Und zwar ohne eine Brückensprache. Solange die noch ein bisschen Englisch können, kriegst du vielleicht eine emeritierte Deutsch- oder Englischlehrerin, die mit ihren englischen Brocken... Dann geht das alles. Aber ein Teil von ihnen – ich habe unseren Verantwortlichen gefragt – die können auch kein Wort Englisch.“ (O, Land, LR)

Die Mehrheit schätzt jedoch die Integrationschancen auch in Bezug auf den Arbeitsmarkt positiv ein. 60 Prozent gehen davon aus, dass die Flüchtlinge gute Chancen haben, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Auch hier fallen die Prognosen in Ost und West und in Stadt und Land ähnlich aus.



Diese positive Einschätzung hängt auch mit dem günstigen wirtschaftlichen Umfeld zusammen und dem Arbeitskräftebedarf in vielen Sparten, insbesondere auch im Handwerk. Dabei wurde allerdings immer wieder die Herausforderung betont, relativ rasch Sprachkenntnisse zu vermitteln und auch die Akzeptanz der Regeln und Grundordnung dieser Gesellschaft einzufordern:

„Grundsätzlich sind die Chancen für einen relevanten Teil der Flüchtlinge relativ gut. Wir haben im Moment fast ausschließlich Syrer, die kommen, jüngere Syrer. Wir haben in der Stadt relativ viele offene Ausbildungsplätze, Fachkräftemangel schlägt auch schon durch, das heißt, in dem Moment, wo es gelingt, die Leute sprachlich fit zu machen, in Ausbildungen reinzuholen oder zu erkennen und anzuerkennen, welche Abschlüsse sie haben, sind die Chancen der Integration auf dem

Arbeitsmarkt relativ gut. Das flutscht nicht von alleine, hier gibt es auch verschiedene Pilotprojekte von der Handwerkskammer z.B., das Jobcenter ist da dran bei uns, aber das Zeitfenster scheint sehr gut zu sein, jetzt auch eine große Zahl von Leuten noch ranzuholen und zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt bringen zu können.“ (O, Stadt, FK)

„Der Schlüssel hierzu ist die Sprache. Wir haben auch, da ja die Sprachkurse über die Agentur für Arbeit auch sukzessive irgendwann im nächsten Jahr anlaufen werden und die entsprechenden Programme – als freiwillige Leistung – kommunale Sprachkurse aufgelegt. D.h., dass die Menschen sofort, wenn sie bei uns in der Zweitunterkunft sind und sich so einigermaßen orientiert haben, dann je nach Vermögen und Willen – das kann keine Verpflichtung sein – diesen Sprachangeboten, über die Volkshochschule haben wir das laufen, karitative Träger, zugeführt werden und dann a) eine Beschäftigung haben und b) sukzessive ganz niedrigschwellig am Anfang sprachliche Kompetenzen, aber auch integrative Kompetenzen – was sind die Regeln? Freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie ist bei uns die Rolle der Frau in der Bundesrepublik Deutschland, das ist auch sehr wichtig, lernen.“

(W, Stadt, FK)

„Wir haben vor drei Wochen mit Vertretern der Wirtschaft zusammengesessen. Die Grundvoraussetzung ist die Sprache, B2 und C1 Kurse. Wir haben in der Wirtschaft einen Fachkräftemangel, aber auch einen Kräftermangel. Das bedeutet, dass auch nicht so gut ausgebildete Menschen eine Chance haben in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.“

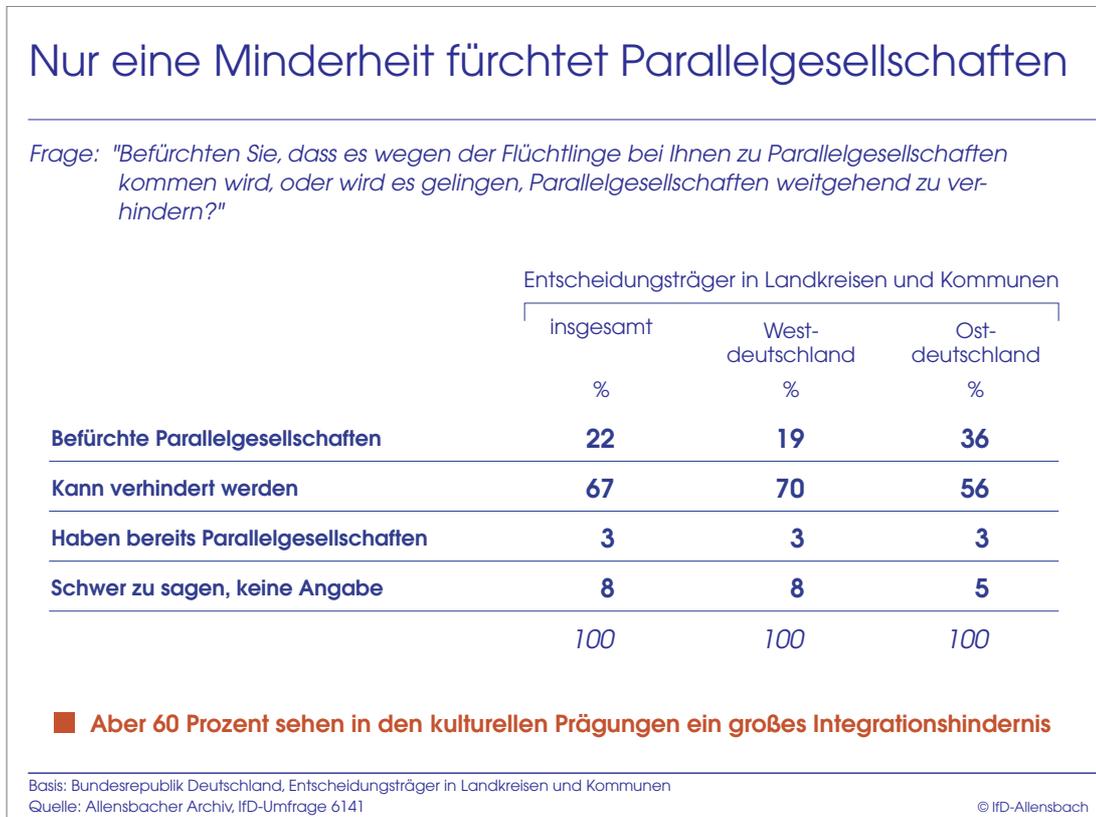
(W, Stadt, BM)

„Die Chance, dass die Personen integriert werden können, sehe ich als relativ hoch. Ich nehme die Personen so wahr, dass sie relativ engagiert und gewillt sind, hier auch eine Gegenleistung zu erbringen. Das A und O sind die Sprach- und Schreibkenntnisse. Wer aus der arabischen Welt kommt, blättert das Buch von der anderen Seite auf. Das sind einfach andere Hürden, die es zu überwinden gilt, als wenn z.B. ein Pole oder

Franzose nach Deutschland kommt. Da ist einfach mehr zu tun. Hier muss auch Infrastruktur geschaffen werden. Wir haben keine arabischen Lehrer, die Deutschkurse geben können.“ (W, Stadt, BM)

„Ich sehe das durchaus als Chance, es kann eine Bereicherung sein, dann, wenn eben eine Bereitschaft da ist, auch hier leben zu wollen und eben vielleicht mit Abstrichen die Kultur hier anzunehmen. Das heißt ja nicht, die Religion, sondern die Kultur anzunehmen.“ (O, Land, BM)

Die große Mehrheit der Verantwortlichen hat den Eindruck, dass die Flüchtlinge, die bisher in den Kreisen und Kommunen angekommen sind, die geltenden Regeln durchaus gut annehmen. Gleichzeitig sehen jedoch 60 Prozent in den kulturellen Prägungen ein großes Integrationshindernis. In Ostdeutschland und in den ländlichen Kreisen und Kommunen wird dieser Aspekt noch stärker betont als in den großen Städten. Dass es zu Parallelgesellschaften kommt, die sich dauerhaft etablieren und nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren, glaubt jedoch nur eine Minderheit. 22 Prozent befürchten Parallelgesellschaften, weitere 3 Prozent ziehen die Bilanz, dass es solche Parallelgesellschaften bereits gibt; dieses Fazit wird überdurchschnittlich in den kreisfreien Großstädten gezogen, aber auch dort nur von 6 Prozent. Zwei Drittel der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen gehen davon aus, dass die Entstehung von Parallelgesellschaften erfolgreich verhindert werden kann. In Ostdeutschland sind die Kreise und Kommunen allerdings weniger optimistisch als in Westdeutschland: Während im Westen 70 Prozent davon ausgehen, dass die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindert werden kann, glauben dies 56 Prozent der Verantwortlichen in Ostdeutschland.



Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt sind nach Überzeugung der Mehrheit der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen die wichtigsten Voraussetzungen für eine insgesamt gelingende Integration. 56 Prozent nennen dies spontan als wichtigste Voraussetzung neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen, mit einigem Abstand gefolgt von Kontakten zwischen Flüchtlingen und der deutschen Bevölkerung, einer dezentralen Unterbringung und der Vermittlung der deutschen Werteordnung und Kultur:¹

„Gut zu integrieren bedeutet für die Flüchtlinge: Wir brauchen geeigneten Wohnraum. Wir brauchen für die Flüchtlinge Rahmenbedingungen über Ehrenamt und sonstiges, über die Vereine und

¹ Vergleiche dazu Tabellenband, Tabelle 57 a)

die Flüchtlingshilfe, über Bekanntschaften im Ort. Man muss an der einen oder anderen Stelle auch Freunde finden. Und wir müssen die Leute in Arbeit bringen. Also ich glaube, Arbeit ist der Schlüssel für Integration. Der Wichtigste.“ (W, Stadt, FK)

„Grundsätzlich natürlich der Punkt Sprache, was auch damit zusammenhängt, wie die Flüchtlinge untergebracht sind. Wir sagen, dass die dezentrale Unterbringung in eigenem Wohnraum nicht nur etwas ist, was uns hilft, dann in den Gemeinschaftsunterkünften klarzukommen, sondern das auch hilft, dass die Menschen in das Umfeld leichter integriert sind. Dann kommt natürlich relativ schnell darauf die Frage von Erwerbstätigkeit, d.h., in dem Moment, wo sie in der Lage sind – erstens Sprache, zweitens tätig zu werden in einem Beruf wie auch immer geartet, dann gelingt Integration schnell. Und der zweite Punkt sind natürlich die Kinder: Wenn die in Schulen sind, klassische zweite Generation, die können schneller die Sprache als die Eltern, dann ist das auch noch mal ein ganz wichtiger Punkt.“ (O, Stadt, FK)

„Sprachkurse sind für mich das A und O. Der Personenkreis (der Flüchtlinge) muss Bereitschaft zeigen. Das psychologische Moment darf nicht vernachlässigt werden. Wenn diese Leute erst einmal traumatisiert kommen, kann ich schlecht abschätzen, ob diese Menschen die Aufnahmefähigkeit/-leistung und Bereitschaft haben, jetzt eine neue Sprache zu lernen. Wenn sie möglicherweise ihre ganze Familie verloren haben, jetzt ganz alleine in Deutschland sind und möglicherweise suizidgefährdet sind. Hier ist auf Seiten der Lehrer ein sehr hohes Maß an psychologischer Qualifikation gefordert. Man braucht hier fast Multitalente, um diese Leute mitzunehmen. Es ist eine ungleich schwierigere Integration als die der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg. Die, die kamen, sprachen einigermaßen Deutsch und kamen aus dem gleichen Kulturraum.“ (W, Stadt, BM)

„Ich denke, das Zusammenleben, das Miteinander ist wichtig. Dass wir sie wirklich als Mitbürger willkommen heißen, und dass die Flüchtlinge

dann auch unsere Werte annehmen. Thema Grundgesetz, Thema Frauen – da haben wir schon negative Erfahrungen gemacht. Dass es eben anerkannt wird, dass wir hier gleichberechtigt leben. Dass sie sich auch von Frauen was sagen lassen.“ (O, Land, BM)

Die überwältigende Mehrheit befürwortet eine breite Palette von Maßnahmen, die auf eine rasche Integration ausgerichtet und teilweise für die Flüchtlinge verpflichtend sind. So unterstützen 95 Prozent die Verpflichtung zum Besuch von Sprachkursen, 83 Prozent auch die Verpflichtung, Kurse über die Grundprinzipien und Werte der deutschen Gesellschaft zu besuchen; zwei Drittel befürworten eine Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder. Mit überwältigender Mehrheit werden auch Kompetenzanalysen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt befürwortet und eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge, um eine Ghettoisierung zu verhindern.

Welche Bedeutung der Vermittlung der Werte und Regeln dieser Gesellschaft beigemessen wird, zeigt auch die breite Unterstützung für einen „Leitfaden mit Benimmregeln“. Diese Maßnahme, mit der eine Kommune in den Medien große Aufmerksamkeit gefunden und eine Kontroverse ausgelöst hatte, wird von 77 Prozent der Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen unterstützt. Besonders groß ist die Unterstützung in Ostdeutschland und in den ländlichen Kreisen und Kommunen. So halten in Ostdeutschland 88 Prozent, in den ländlichen Kreisen und Kommunen 85 Prozent einen solchen Leitfaden für erfolgversprechend.

Integrationsmaßnahmen

Frage: "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, was man tun könnte, um die Integration von Flüchtlingen und ihren Kindern zu beschleunigen. Ich lese Ihnen jetzt einiges vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das für eine gute oder keine gute Maßnahme halten."

Gute Maßnahmen:	Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen insgesamt %
Kompetenzanalysen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, Fähigkeiten und Neigungen der Flüchtlinge zu ermitteln	95
Anerkannte Flüchtlinge verpflichten, Deutschkurse zu besuchen	95
Verpflichtung, Kurse über Grundprinzipien, -werte unserer Gesellschaft, etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau, zu besuchen	83
Flüchtlingsunterbringung vorrangig dezentral oder privat und nicht in Gemeinschaftsunterkünften	80
Leitfaden mit Benimmregeln für Flüchtlinge	77
Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder	65

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Entscheidungsträger in Landkreisen und Kommunen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6141

© IfD-Allensbach

Insgesamt werden die Integrationschancen von der großen Mehrheit positiv eingeschätzt. Wieweit dies eine realistische Prognose ist, wird sich erst in einigen Jahren beurteilen lassen. Einige der Gesprächspartner waren hier ausgesprochen skeptisch; dies war jedoch eine Minderheit:

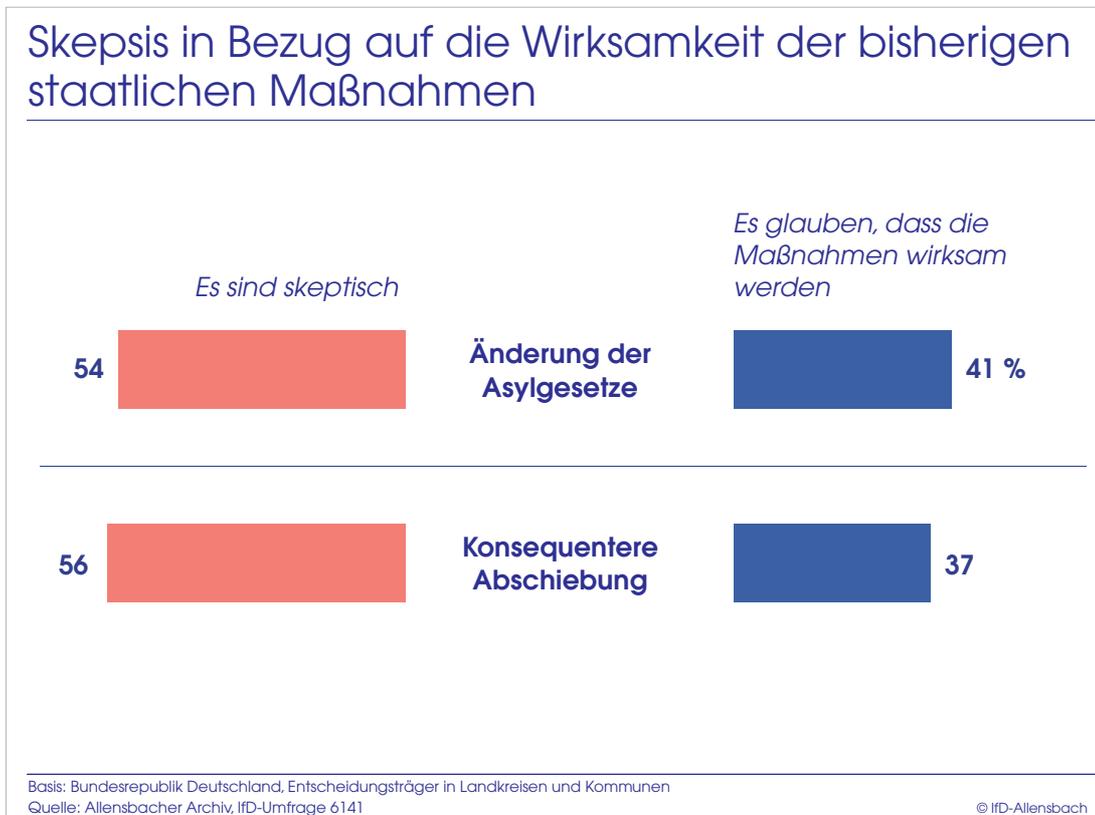
„Wenn die Kanzlerin sagt: „Wir schaffen das“, wenn sie damit meinen würde, jedem ein Bett und ein Dach über dem Kopf, dann kann ich sagen: Ja, das schaffen wir. Mit Mitteln des Polizeirechts und des Katastrophenrechts schaffen wir das. Ich kann beschlagnahmen, Geld spielt Gott, sei Dank, keine Rolle, ich kann alles machen, was ich will. Das schaffen wir, vielleicht auch nur bis zu einer gewissen Grenze, aber die ist jedenfalls sehr hoch. Wenn aber die Kanzlerin meint, wir schaffen das, dass wir diese Menschen hier nicht nur im Katastrophenmodus in ein

Feldbett legen, sondern irgendwann auch mal integrieren und zu ordentlichen Steuerzahlern machen, dann sage ich: Das schaffen wir nicht.“ (W, Land, LR)

SKEPSIS IN BEZUG AUF DIE BISHERIGEN MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG DES ZUZUGS

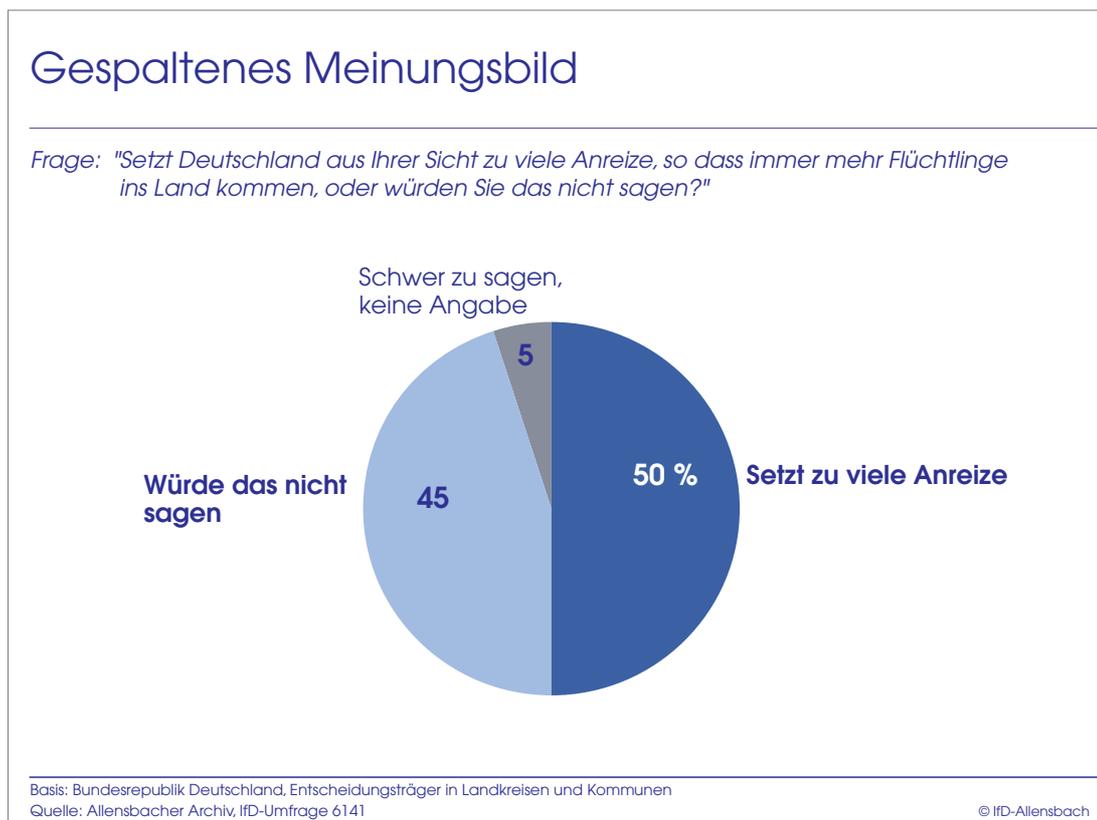
In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass die meisten Kreise und Kommunen zwar die derzeitige Situation im Großen und Ganzen im Griff haben, aber sich nur begrenzt zutrauen, die Lage auch dann noch zu beherrschen, wenn die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge nicht gravierend gedrosselt werden kann. Die Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Befragung bis Mitte Januar bereits verabschiedet wurden, hielt die Mehrheit für unzureichend. So bezweifelten 54 Prozent, dass die Änderung der Asylgesetze zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge führen wird. Noch größer ist die Skepsis in Bezug auf die Beschlüsse, künftig wesentlich konsequenter abzuschieben. Nur 37 Prozent glauben, dass dies zu einer Reduktion der in Deutschland lebenden Flüchtlinge führen wird, 56 Prozent melden dezidierte Zweifel an.

Schaubild 31



Viele sind auch überzeugt, dass Deutschland zu viele Anreize setzt, die Flüchtlinge anziehen und die dazu führen, dass die meisten europäischen Länder für Flüchtlinge weniger attraktiv sind als Deutschland. Das Meinungsbild ist hier jedoch gespalten: 50 Prozent vertreten die Auffassung, dass Deutschland nach wie vor zu viele Anreize setzt, 45 Prozent widersprechen.

Schaubild 32



Dieses gespaltenes Meinungsbild prägte auch bereits die Äußerungen in den vorgeschalteten Tiefeninterviews:

„Ein serbischer Polizist hat hier mal meinem Mitarbeiter gesagt: Das Taschengeld, das ich hier kriege, ist mehr, als ich in Serbien in einem ganzen Monat verdiene. Der will natürlich seine Familie nachholen. Das ist zweifellos ein Anreiz. Dann ist ein Anreiz, dass praktisch jeder weiß,

wenn ich einmal in Deutschland bin, kriegen die mich nicht mehr raus.“
(O, Land, LR)

„Deutschland setzt falsche Anreize. Davon bin ich überzeugt. Das ist schon mal dadurch gegeben, dass die Menschen, die nicht bei uns bleiben können, viel zu lange Verfahren haben. Wenn man sich bis hierhin durchgeschlagen hat, dann kann man damit rechnen, dass man 2 bis 3 Jahre erst einmal hier ist, wo man bleiben darf, auch wenn eigentlich kein Asylanspruch besteht. Auch mit den Geldleistungen werden Anreize gesetzt. Und diese Anreize, die müssen wir deutlich nach unten bringen.“
(W, Stadt, FK)

„Es ist schwierig zu sagen, ob Deutschland zu viele Anreize schafft. Die Flüchtlinge haben eine gewisse Vorstellung von den Ländern, in die sie letztlich möchten. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das eben nicht nur Deutschland ist, dass das auch skandinavische Länder sind, die hier als Zielorte genannt werden. Es hängt auch sehr viel davon ab, wo sind z.B. Verwandte, oder wo denkt man, dass man die beste Behandlung oder die größte Sicherheit hat. Ob man jetzt hier noch zusätzlich nennenswerte Anreize geschaffen hat, das sei mal dahingestellt. Ob man das damit irgendwie abwenden könnte, dass es die Leute nach Deutschland zieht, halte ich für fraglich.“ (W, Land, FK)

„Was wir beobachten ist, dass neuerdings ganz viele aus Afghanistan kommen. Das war in den letzten Jahren nicht so der Fall. Anreize, weiß ich nicht, ich glaube eher, dass es Hörensagen unter Migranten ist, dass immer schon eine Art Kettenmigration stattfand. Wenn Migranten sich irgendwo wohlfühlen, wird das auch sehr schnell kommuniziert, das kann ich mir schon vorstellen, dass so der Anreiz da ist.“ (W, Stadt, FK)

„Ich glaube, zwischenzeitlich tut das Deutschland nicht mehr aktiv. Aber was ich da jetzt mitbekommen habe, dass da im Netz Dinge gepostet werden wie, wenn du nach Deutschland kommst, bekommst du sofort

2.000 Euro. Wenn sich sowas natürlich rumspricht bei Leuten, denen das Wasser bis zum Hals steht, und die dem Medium Glauben schenken und darauf reinfallen. Das sind Dinge, da weiß ich nicht, wie man das in unserer global vernetzten Welt ausmerzen kann. Aber zu sagen, Flüchtlinge sind hier alle herzlich willkommen, ich glaube, diese Aussagen sind vorbei. Und bei uns steht auch nicht im Grundgesetz, wer politisch verfolgt ist, ist hier recht herzlich willkommen, sondern dort steht drin, politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ (W, Stadt, BM)

„Ich glaube, die realen Anreize setzen wir nicht. Wir haben auch nicht wirklich Möglichkeiten, Menschen, die hier in Deutschland sind und die erstmal Anrecht auf Schutzprüfung haben, so unterzubringen, dass es nicht mehr menschenwürdig wäre. Das Problem ist für mich vielmehr, oder so, wie ich es wahrnehme, das, was an Gerüchten über angebliche Leistungen, die es hier gibt, kursiert und was offenbar, so habe ich gelesen, auch von Schleppern verbreitet wird, wer hier was alles kriegt. Eher die Gerüchte sind das Problem als das, was tatsächlich hier stattfindet.“ (O, Stadt, FK)

Für die nächste Zeit stellen sich die Kreise und Kommunen auf weitere Flüchtlinge ein. Aufgrund der Zuspitzung der Probleme in Syrien, der großen Zahl von Flüchtlingen, die in Ländern wie der Türkei oder Jordanien in Lagern leben, und der Schwierigkeiten, eine europäische Lastenverteilung zu erreichen, glauben die meisten nicht an eine rasche Entspannung der Situation:

„Wir hoffen auf eine Reduktion. Eine Lösung dafür sehen wir aber momentan keine. Wir hoffen momentan, dass es nicht noch schlimmer wird, dass wir selbst jetzt auch noch in eine Rolle geraten könnten, wie sie mittlerweile der niederbayerische Raum hat.“ (W, Land, FK)

„Ich glaube nicht, dass es wirklich gelingen kann, diesen Strom zu reduzieren. Das würde ja schon Maßnahmen voraussetzen in den Ursprungsländern. Da wird nach wie vor Krieg geführt, der Westen will

sich da jetzt auch engagieren. Und wenn es nicht gelingt – wovon ich ausgehe – da für Ruhe zu sorgen und wieder Frieden herzustellen, dann müssen wir damit rechnen, dass viele Personen vor diesen Ereignissen fliehen und an der Grenze aufhalten, kann man sie auch nicht. Das wird nicht gelingen. Wir müssen das, denke ich, so hinnehmen und können dann halt nur die Stellschraube ziehen, wer aus rein wirtschaftlichen Gründen hierher kommt, der muss wieder nach Hause gehen, der kann nicht hierbleiben“ (West, Land, LR)

„Auf europäischer Ebene sehe ich da noch nicht das Licht am Ende des Tunnels. Entscheidend ist, dass es keine Wertegemeinschaft in Europa gegeben hat. Einige Staaten versuchen die positiven Elemente von Europa mitzunehmen. Wenn es aber um die Solidarität geht, nehmen sie sich raus.“ (W, Stadt, BM)

„Ich vertraue darauf und bin zuversichtlich, dass Europa sich einen Ruck gibt und sagt, das wird man nur irgendwie gemeinsam schultern können – mit welcher Lastenverteilung, das muss man sehen –, dass es durch europäische Absprachen zu einer Entlastung kommt hinsichtlich der Aufnahmezahl. Die Frage ist, wie schnell, aber, ich glaube, grundsätzlich wird sich das nicht anders handhaben lassen, als das man sich über die Verteilung einigt.“ (O, Stadt, FK)

„In den Herkunftsländern für klare Verhältnisse sorgen, das ist keine Frage, die die Kommunen beantworten können. Wir müssen versuchen, das Problem mit den Amerikanern, mit den Russen in Syrien zu lösen, sie müssen das Problem mit Syrien als Nachbar von der Türkei lösen, die ja nun NATO-Partner ist, und mit denen vernünftigen Umgang anstreben, wenn die zwei Millionen Syrer, die in der Türkei sind, morgen losgeschickt werden. Wenn die über die Grenze geschickt werden, haben sie ein Problem. Man muss das Problem mit den Kurden lösen, sie müssen das Thema im Irak lösen, in Afghanistan – der Rückzug der UN-Truppen aus Afghanistan hat natürlich da auch für ein destabilisiertes Verhältnis gesorgt. Die Menschen kommen hierher, und wir müssen natürlich auch eine klare Sprachregelung in der Europäischen Union

treffen. Ich bin sehr dafür, nicht nur die Finanzströme zu verteilen, sondern natürlich auch die Flüchtlingsströme, und die anderen EU-Mitgliedsländer auch genauso aufzufordern, entsprechend auch durch Androhung gegebenenfalls von Nichtzahlungen durch Deutschland als Einzahler in diesem Verband, der Europäischen Union auch klar zu sagen, ihr müsst auch eure Kontingente aufnehmen. Sonst funktioniert das ganze System EU nicht, und momentan ist es eher ein Armutszeugnis, was wir da gerade von der Europäischen Union sehen insgesamt.“ (W, Stadt, FK)

„Als jemand mit türkischer Herkunft, der die Verhältnisse in der Türkei kennt, denke ich natürlich auch, das war eine Frage der Zeit mit 3 Mio. Flüchtlingen in der Türkei, die nur in Camps untergebracht sind, und die Türkei hat auch ein ganz anderes Verständnis von Flüchtlingsaufnahme, nämlich, dass sie nur Gäste sind und dass sie wieder zurückkehren. Die Gäste sind aber schon seit drei, vier Jahren da – es ist auch nicht die Lösung zu sagen, die sollen alle in der Türkei bleiben, wie man das auch hier hört, oder im Libanon oder in Jordanien. Ich glaube, da muss für Syrien einfach eine politische Lösung her.“ (W, Stadt, FK)

„Über die weitere Entwicklung kann man nur spekulieren. Da bin ich am Ende. Wenn wir abends ins Bett gehen, träumen wir davon und werden am Morgen damit wach. Ich muss am Abend schon Christiane Hörbiger gucken, sonst werde ich verrückt. Diese Talk Shows stelle ich alle ab. Ich kann es nicht mehr ertragen.“ (W, Stadt, BM)

„Ein einfacher Satz: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Aus meiner Sicht muss das möglich sein, und ich sehe ja, dass man damit nicht rechnen konnte und das offene Grenzen etwas ganz Wunderschönes sind. Und wenn man in einem eingemauerten Land groß geworden ist, um so mehr. Das darf man nicht einfach so aufgeben. Aber es muss Mittel und Wege geben, den Flüchtlingen zu signalisieren: Die Bundesrepublik, Schweden, Dänemark, die anderen Länder sind nur begrenzt in der Lage, Flüchtlinge so aufzunehmen.“ (O, Stadt, BM)

ANHANG

Untersuchungsdaten

Fragebogen 6141

Leitfaden der qualitativen Befragung 6140/PS

Kommunalbefragung zum Umgang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen UNTERSUCHUNGSDATEN

Grundgesamtheit (Befragter Personenkreis): Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister und andere verantwortlich in die Versorgung von Flüchtlingen eingebundene Mitarbeiter von Kreis- und Kommunalverwaltungen. Nach Zuständigkeit für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung wurde unterschieden:

- In den Bundesländern mit Zuständigkeit der einzelnen Kommunen wurden Bürgermeister von kreisfreien und kreisangehörigen Gemeinden bzw. andere verantwortliche Mitarbeiter der Gemeindeverwaltungen befragt.
- In den Bundesländern mit Zuständigkeit der Kreise wurden Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte bzw. andere verantwortliche Mitarbeiter der Kreis- bzw. Stadtverwaltungen befragt.

Auswahlmethode: Vollerhebung/Geschichtete Zufallsauswahl
Es wurde versucht, alle Großstädte sowie alle Kreise und kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern bei der Befragung zu berücksichtigen. Der Rest der Stichprobe wurde durch eine nach Bundesländern geschichtete Zufallsauswahl aus den Kreisen bzw. Kommunen gebildet.
In den ausgewählten Kreisen bzw. Kommunen wurde der Landrat bzw. der Bürgermeister oder ein anderer verantwortlich in die Versorgung von Flüchtlingen eingebundener Mitarbeiter der jeweiligen Kreis- bzw. Kommunalverwaltung befragt.

Ausschöpfung der Stichprobe/Anzahl der Befragten:

	Insgesamt	Kreise/ Landkreise	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Städte und Gemeinden
Eingesetzte Adressen	519	235	99	185
Verweigerungen (einschl. einzelner Interviewabbrüche)	89	44	16	29
keine Terminvereinbarung innerhalb des Untersuchungszeitraums möglich	81	43	14	24
Durchgeführte Interviews	349	148	69	132
davon:				
Landräte/(Ober-)Bürgermeister	159	65	23	71
Andere Verwaltungsmitarbeiter	190	83	46	61
Ausschöpfung der Stichprobe (in % der eingesetzten Adressen)	67%	63%	70%	71%

Gewichtung: Die Zahl der von den einzelnen Kreisen und Kommunen aufzunehmenden Flüchtlinge hängt wesentlich von ihrer Einwohnerzahl ab. Entsprechend wurde die Stichprobe über eine faktorielle Gewichtung nach Regionen/Bundesländern und Kreistypen (Kreisfreie Großstädte, Sonstige kreisfreie Städte, Städtische Kreise, Ländliche Kreise) an die Bevölkerungsanteile angeglichen. Die Unterscheidung von städtischen und ländlichen Kreisen erfolgte dabei auf Basis der Typisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Art der Interviews: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Anzahl der eingesetzten Interviewer: 18 geschulte Telefon-InterviewerInnen

Befragungszeitraum: 26.11.2015 bis 12.01.2016

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 6141

ZUSAMMENSETZUNG DER STICHPROBE im Vergleich zur Bevölkerungsstruktur

	Umfrage <u>Dez. 2015/Jan. 2016</u>	Bevölkerungs- <u>anteil Ende 2013</u>
	%	%
1. Regionen/Bundesländer		
Nord (Bremen, Hamburg, Nieder- sachsen, Schleswig-Holstein)	16	16
Nordrhein-Westfalen	22	22
Südwest (Hessen, Rheinland- Pfalz, Saarland)	13	13
Baden-Württemberg	13	13
Bayern	16	16
Nordost (Berlin, Brandenburg, Mecklen- burg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt)	12	12
Sachsen + Thüringen	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>
2. Kreistypen		
Kreisfreie Städte	32	32
Städtische Kreise	38	38
Ländliche Kreise	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Umfrage 6141/BM
Fassung Bürgermeister
November 2015

C071

--	--	--	--	--

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen.

Screening:

1. "Guten Tag! Mein Name ist ... vom Institut für Demoskopie Allensbach, dem bekannten Meinungsforschungsinstitut. Wir führen derzeit eine Umfrage unter Bürgermeistern in Deutschland zum Thema Flüchtlinge durch. Damit wir auch die richtigen Personen interviewen und niemanden befragen, der nicht in unsere Stichprobe fällt, würde ich dies gern kurz mit Ihnen abklären.
- Sind bei Ihnen in der Kommune Flüchtlinge untergebracht, die aus einer Erstaufnahmeeinrichtung zu Ihnen gekommen sind und für deren Unterbringung und Versorgung Sie verantwortlich sind, oder ist das nicht der Fall?"
- FLÜCHTLINGE UNTERGEBRACHT 1 → Weiter mit Frage 1 ! 40
- NICHT DER FALL 2 → Interview mit Dank beenden!
-
1. a) "Zunächst:
Wie viele Flüchtlinge sind derzeit bei Ihnen
in der Kommune untergebracht?" 41
- FLÜCHTLINGE -
- KEINE ANGABE Y 45
-
- b) "Und was erwarten Sie, wie viele Flüchtlinge Sie in den
nächsten 3 Monaten ungefähr aufnehmen müssen?" 46
- FLÜCHTLINGE -
- KEINE ANGABE Y 50
-
2. "Darf ich fragen, woher die Flüchtlinge, die bei Ihnen unter-
gebracht sind, vor allem kommen: 51
- aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan, aus den
Balkanstaaten, aus Afrika, oder woher sonst?"
- SYRIEN 1
- IRAK 2
- AFGHANISTAN 3
- BALKANSTAATEN 4
- AFRIKA 5
- ANDERES, und zwar: 8
- KEINE ANGABE 9
-
3. "Wie hoch ist der Anteil alleinreisender junger Männer
unter den Flüchtlingen, die bei Ihnen untergebracht sind? 52
- Wie viel Prozent ungefähr?" -
- ca. PROZENT 54
- KEINE ANGABE Y
-
4. a) "Sind unter den Flüchtlingen viele Familien mit Kindern,
oder einige, oder nur wenige, oder gar keine?" 55
- VIELE 1*
- EINIGE 2*
- NUR WENIGE 3*
- GAR KEINE 4
- KEINE ANGABE 5
-
- * "Und haben Sie diese Familien familiengerecht unter-
gebracht, oder ist das aus Platzmangel nicht bzw.
nicht immer möglich?" 56
- FAMILIENGERECHT 7
- IST NICHT MÖGLICH 8
- UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9
-
- b) "Wie ist es mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?
Sind bei Ihnen in der Kommune auch viele unbegleitete
Minderjährige untergebracht, oder einige, nur wenige,
oder gar keine?" 57
- VIELE 1
- EINIGE 2
- NUR WENIGE 3
- GAR KEINE 4
- KEINE ANGABE 5

		II	
11.	"Erfahren Sie in der Regel rechtzeitig im Voraus, wann neue Flüchtlinge bei Ihnen in der Kommune ankommen, so dass Sie sich darauf einstellen können, oder erfahren Sie das in der Regel so kurzfristig, dass es kaum Zeit zur Vorbereitung gibt?"	RECHTZEITIG 7 KURZFRISTIG 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	10
12.	"Gibt es bei Ihnen in der Bevölkerung Ängste und Sorgen über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen, oder ist das nicht der Fall?"	GIBT ÄNGSTE UND SORGEN 1* NICHT DER FALL 2 KEINE ANGABE 3	11
	* "Und betreffen diese Ängste und Sorgen vor allem die generelle Unsicherheit, weil niemand weiß, wie viele Flüchtlinge noch nach Deutschland kommen, oder gibt es auch konkrete Ängste vor Problemen hier am Ort?"	GENERELLE UNSICHERHEIT 4 ÄNGSTE VOR PROBLEMEN HIER AM ORT 5 KEINE ANGABE 6	12
13.	"Gab es bei Ihnen in der Kommune bereits offene Ablehnung gegenüber Flüchtlingen, z.B. Schmierereien, Übergriffe oder Demonstrationen, oder befürchten Sie das für die Zukunft, oder befürchten Sie das nicht?"	GAB OFFENE ABLEHNUNG 7 BEFÜRCHTE DAS 8 BEFÜRCHTE DAS NICHT 9 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 0	13
14.	"Wie groß sind das ehrenamtliche Engagement und die Hilfsbereitschaft bei Ihnen in der Bevölkerung? Würden Sie sagen..."	"groß" 1* "nicht so groß" 2* "nicht vorhanden, findet nicht statt" ... 3*** UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4**	14
		** Gleich übergehen zu Frage 18 a) !	
	* ←	→ ***	
	"Wie schätzen Sie das ein: Wird das Engagement der Bevölkerung bei Ihnen in der Kommune in den kommenden Monaten eher abnehmen, oder eher zunehmen, oder in etwa gleich geblieben?"	ABNEHMEN 6 ZUNEHMEN 7 GLEICH BLEIBEN 8 UNMÖGLICH ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	15
		"Wie schätzen Sie das ein: Werden sich bei Ihnen in der Kommune in den kommenden Monaten Bürger ehrenamtlich zugunsten der Flüchtlinge engagieren, oder glauben Sie das nicht?"	
		WERDEN SICH ENGAGIEREN 7 GLAUBE DAS NICHT 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	16
		Gleich übergehen zu Frage 18 a)!	
15.	"Wie wichtig ist das ehrenamtliche Engagement für die Bewältigung der Flüchtlingssituation vor Ort?"	"Sehr wichtig" 1 "Wichtig" 2 "Weniger wichtig" 3 "Gar nicht wichtig" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5	17
16.	"Wie gut funktioniert alles in allem die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Helfern? Funktioniert die Zusammenarbeit alles in allem..."	"sehr gut" 6 "gut" 7 "weniger gut" 8 "gar nicht gut" 9 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 0	18
17.	"Aus manchen Kommunen ist zu hören, dass viele der ehrenamtlichen Helfer inzwischen frustriert sind. Ist das bei Ihnen auch so, oder ist das bei Ihnen nicht so?"	AUCH SO 1 NICHT SO 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3	19
18. a)	"Wie groß sind die finanziellen Belastungen, die Ihrer Kommune durch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entstehen? Sind die finanziellen Belastungen..."	"groß" 6 "weniger groß" 7 "gar nicht groß" 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	20
b)	"Und gehen Sie davon aus, dass Sie die Kosten, die Ihrer Kommune entstehen, vollständig oder fast vollständig vom Land erstattet bekommen, oder wird Ihre Kommune vermutlich einen merklichen Teil der Kosten auch selbst tragen müssen?"	WIRD ERSTATTET 1 MÜSSEN KOSTEN AUCH SELBST TRAGEN 2 SCHWER ZU SAGEN 3 KEINE ANGABE 4	68

19.	"In unseren Vorgesprächen mit Bürgermeistern haben wir auch gehört, dass es selten so leicht war, Gelder vom Stadt- bzw. Gemeinderat zu bekommen. Machen Sie auch diese Erfahrung, oder machen Sie diese Erfahrung nicht?"	MACHE AUCH DIESE ERFAHRUNG 1 MACHE DIESE ERFAHRUNG NICHT ... 2 KEINE ANGABE 3	21
20.	"Wie viele Personen sind bei Ihnen in der Verwaltung mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation beschäftigt?" (Bei Rückfragen: "Gemeint sind nur hauptamtliche Mitarbeiter!")	ca. PERSONEN KEINE ANGABE Y	22 - 26
21.	"Und haben Sie aufgrund der Flüchtlingssituation neues Personal eingestellt, oder bewältigen Sie die Situation mit dem vorhandenen Personal?"	NEUES PERSONAL EINSTELLEN 1* MIT VORHANDENEM PERSONAL 2 KEINE ANGABE 3	27
	* "Und wie viele Personen haben Sie neu eingestellt?" PERSONEN KEINE ANGABE Y	28 - 31
22.	"Man hört häufiger, dass es schwierig ist, ausreichend geeignetes Personal für die Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden. Stellt das auch für Sie ein Problem dar, oder stellt das für Sie kein Problem dar?"	PROBLEM..... 1 KEIN PROBLEM 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3	32
23.	"Wie stark beeinträchtigt die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation die tägliche Arbeit in der kommunalen Verwaltung? Würden Sie sagen, es beeinträchtigt die tägliche Arbeit..."	"sehr stark" 5 "stark" 6 "weniger stark" 7 "kaum, gar nicht" 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	33
24.	"Hätten Sie daran Interesse, dass das Personal, das bei Ihnen in der Verwaltung mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation beschäftigt ist, Weiterbildungskurse in diesem Bereich besucht, oder halten Sie das nicht für möglich oder sinnvoll?"	INTERESSANT 1 NICHT MÖGLICH/SINNVOLL 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3	34
25. a)	"Derzeit wird ja darüber diskutiert, ob Flüchtlinge besser mit Geld- oder mit Sachleistungen unterstützt werden. Welche Vorteile bringen Ihrer Meinung nach Geldleistungen mit sich?" KEINE ANGABE..... 9	35 36 9
b)	"Und welche Vorteile haben Sachleistungen?" KEINE ANGABE..... 9	37 38 9

33. a) "Darf ich da noch etwas genauer nach verschiedenen Herausforderungen fragen: Stellt Sie beispielsweise die Bereitstellung von Wohnraum mittel- und langfristig vor große oder nicht so große Herausforderungen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	1	49
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	2	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	3	
	KEINE ANGABE	4	
b) "Und wie ist es mit der Organisation von Sprachkursen? Stellt Sie das in Ihrer Kommune mittel- und langfristig vor große oder nicht so große Herausforderungen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	6	50
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	7	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	8	
	KEINE ANGABE	9	
c) "Vor welche Herausforderungen stellt Sie die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Flüchtlingskinder?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	1	51
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	2	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	3	
	KEINE ANGABE	4	
d) "Und schließlich: Vor welche Herausforderung stellt Sie die Aufnahme und der Unterricht von Flüchtlingskindern an öffentlichen Schulen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	6	52
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	7	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	8	
	KEINE ANGABE	9	
34. "Werden bei Ihnen in der Kommune Deutschkurse für die Flüchtlinge angeboten, oder ist das nicht der Fall?"	DEUTSCHKURSE ANGEBOTEN	1*	53
	NICHT DER FALL	2	
	UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3	
<input checked="" type="checkbox"/> "Und reicht das Angebot an Sprachkursen aus, oder können nicht genug Sprachkurse angeboten werden?"	REICHT AUS	4	54
	NICHT GENUG	5	
	UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	6	
35. "Einmal abgesehen von der Sprachförderung: Was sind aus Ihrer Sicht die erfolgversprechendsten Maßnahmen für eine gute Integration der Flüchtlinge? Was ist aus Ihrer Sicht dafür vor allem erforderlich?"		55
		56
		
		
		
		
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
36. "Befürchten Sie, dass es wegen der Flüchtlinge bei Ihnen zu Parallelgesellschaften kommen wird, oder wird es gelingen, Parallelgesellschaften weitgehend zu verhindern?"	BEFÜRCHTE PARALLEL- GESELLSCHAFTEN	1	57
	KANN VERHINDERT WERDEN.....	2	
	HABEN BEREITS PARALLEL- GESELLSCHAFTEN	3	
	SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	4	

37.	"Die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, bringen zum Teil ein unterschiedliches Rollenverständnis von Männern und Frauen sowie ein anderes Rechtsverständnis mit. Sehen Sie in diesen unterschiedlichen kulturellen Prägungen ein großes Hindernis für die Integration, oder stellt das kein großes Integrationshindernis dar?"	GROSSES HINDERNIS..... 7 KEIN GROSSES HINDERNIS 8 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9	58
38.	"Wie ist Ihre Erfahrung: Tun sich die meisten Flüchtlinge, die bei Ihnen untergebracht sind, schwer damit, die hier geltenden Regeln und Vorschriften für das alltägliche Leben zu akzeptieren, oder nehmen die meisten Flüchtlinge die hier geltenden Regeln und Vorschriften gut an?"	TUN SICH SCHWER DAMIT 1 NEHMEN GUT AN 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3	59
39.	"Was glauben Sie, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung entwickelt, wenn bei Ihnen vor Ort noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssen? Befürchten Sie, dass die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen negativer werden wird, oder rechnen Sie nicht damit?"	EINSTELLUNG WIRD NEGATIVER WERDEN..... 4* RECHNE NICHT DAMIT 5 STIMMUNG WIRD BESSER..... 6 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 7	60
	<input type="checkbox"/> "Rechnen Sie auch damit, dass es verstärkt zu offenen Konflikten zwischen der Bevölkerung und den Flüchtlingen kommt, oder rechnen Sie nicht damit?"	RECHNE DAMIT 8 RECHNE NICHT DAMIT 9 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 0	61
40.	"Neben den Belastungen können die Flüchtlinge ja auch eine Chance und Bereicherung für die Region sein. Wie sehen Sie das für Ihre Kommune: Welche Chancen sehen Sie durch die Flüchtlinge für Ihre Kommune?"		
		62
		63
		
		
		
		
		
	SEHE KEINE CHANCEN..... 0 KEINE ANGABE..... 9	
41. a)	"Darf ich noch etwas konkreter nachfragen: Wie sehen Sie das beispielsweise für die ansässigen Unternehmen? Welche Chancen stellen die Flüchtlinge für diese dar? Würden Sie sagen eine..."	"große Chance" 1 "weniger große Chance"..... 2 "eher keine Chance" 3 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 4	64
b)	"Und wie sehen Sie das für die örtlichen Vereine?"	GROSSE CHANCE 6 WENIGER GROSSE CHANCE 7 EHER KEINE CHANCE 8 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	65
c)	"Schließlich: Welche Chancen stellt der Zuzug an Flüchtlingen für die Altersstruktur und die demographische Entwicklung bei Ihnen vor Ort dar?"	GROSSE CHANCE 1 WENIGER GROSSE CHANCE 2 EHER KEINE CHANCE 3 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 4	66
42.	"Wie schätzen Sie die Integrationschancen der meisten Flüchtlinge ein, mit denen Sie in der Kommune zu tun haben? Sehen Sie für die meisten Flüchtlinge eine sehr gute, gute, weniger gute oder gar keine Chance auf eine gelungene Integration?"	SEHR GUTE CHANCE 5 GUTE CHANCE..... 6 WENIGER GUTE CHANCE 7 GAR KEINE CHANCE 8 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	67

43. "Welche Gruppen werden sich Ihrer Einschätzung nach bei der Integration besonders schwer tun: Männer, Frauen, Flüchtlinge, die nicht mehr ganz jung sind, Flüchtlinge ohne Schulabschluss bzw. Ausbildung, bestimmte Nationalitäten, oder wer sonst?" (Mehreres kann angegeben werden!)	MÄNNER..... 1 FRAUEN 2 NICHT MEHR GANZ JUNG..... 3 OHNE SCHULABSCHLUSS/ AUSBILDUNG..... 4	10
BESTIMMTE NATIONALITÄTEN, und zwar:		
oder		
ANDERES, und zwar:..... 8	UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9	
44. "Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass die Flüchtlinge hier in den Arbeitsmarkt integriert werden können? Sehen Sie da für die meisten Flüchtlinge sehr gute, gute, weniger gute oder gar keine Chancen?"	SEHR GUTE CHANCEN..... 1 GUTE CHANCEN 2 WENIGER GUTE CHANCEN 3 GAR KEINE CHANCEN..... 4 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 5	13
45. "Wie intensiv tauschen Sie sich mit anderen Kommunen zu Fragen der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung aus? Tauschen Sie sich da intensiv aus, oder nicht so intensiv, oder gar nicht?"	INTENSIV 6* NICHT SO INTENSIV 7* GAR NICHT 8*** KEINE ANGABE 9	14
*	←—————→	***
a) "Und empfinden Sie den Austausch mit anderen Kommunen als hilfreich, oder bringt das in Ihren Augen nicht viel?" HILFREICH..... 1 15 BRINGT NICHT VIEL 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3	A) "Und fänden Sie es hilfreich, sich mit anderen Kommunen zu Fragen der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung austauschen zu können, oder würde das in Ihren Augen nicht viel bringen?" HILFREICH..... 1 17 WÜRDEN NICHT VIEL BRINGEN..... 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3	
b) "Und arbeiten Sie auch mit anderen Kommunen zusammen, ich meine, dass Sie zum Beispiel gemeinsame Pläne und Lösungen für den Umgang mit der Flüchtlingssituation entwickeln, oder ist das nicht der Fall?" ARBEITEN ZUSAMMEN 4 16 NICHT DER FALL 5 KEINE ANGABE 6		
46. "Wenn Sie jetzt einmal an die gesetzlichen Regelungen denken, an die Sie bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge gebunden sind: Kann man Ihrer Meinung nach in der jetzigen Situation noch an diesen Regelungen festhalten, oder kommt man so nicht schnell genug voran?"	KANN AN REGELUNGEN FESTHALTEN 7 18 KOMMT NICHT SCHNELL GENUG VORAN..... 8 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9	
47. "Wie sehr erschweren gesetzliche Regelungen die Bewältigung der Flüchtlingssituation? Würden Sie sagen..."	"sehr" 1 19 "etwas" 2 "kaum bzw. gar nicht" 3 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 4	
48. "In welchen Bereichen müssten die gesetzlichen Regelungen Ihrer Meinung nach am ehesten überarbeitet oder gelockert werden: bei den Bauvorgaben bzw. den Vorgaben für Flüchtlingsunterkünfte, beim Ausschreibungsrecht, beim Planungsrecht, bei den Vorgaben zur Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, oder wo sonst?" (Mehreres kann angegeben werden!)	BAUVORGABEN/VORGABEN FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE 1 20 AUSSCHREIBUNGSRECHT 2 PLANUNGSRECHT 3 UNTERBRINGUNG/BETREUUNG VON MINDERJÄHRIGEN 4	
ANDERES, und zwar:..... 8	KEINE ANGABE..... 9	

49. a)	"Wie könnte Ihnen der Bund bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation besser helfen? Was würden Sie sich vom Bund wünschen?"		
		21
		22
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
b)	"Und wie könnte Ihnen das Land besser helfen? Was würden Sie sich vom Land wünschen?"		
		23
		24
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
50.	"Vor kurzem wurden ja Änderungen am Asylgesetz beschlossen. Glauben Sie, dass die beschlossenen Änderungen dazu beitragen, den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland zu reduzieren, oder glauben Sie das nicht?"	ZUSTROM REDUZIEREN GLAUBE DAS NICHT SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	1 25 2 3
51.	"Setzt Deutschland aus Ihrer Sicht zu viele Anreize, so dass immer mehr Flüchtlinge ins Land kommen, oder würden Sie das nicht sagen?"	SETZT ZU VIELE ANREIZE WÜRDEN DAS NICHT SAGEN SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	4 26 5 6
52.	"Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, was man tun könnte, um die Integration von Flüchtlingen und ihren Kindern zu beschleunigen. Ich lese Ihnen jetzt einiges vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das für eine gute oder keine gute Maßnahme halten.		
a)	Wie ist es zunächst mit einer Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder? Halten Sie das für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	1 27 2 3
b)	"Dass Flüchtlinge vorrangig dezentral oder privat und nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden? Halten Sie das grundsätzlich für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4 28 5 6
c)	"Dass Flüchtlinge einen Leitfaden mit Benimmregeln erhalten, wie man sich in Deutschland verhält?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	7 29 8 9
d)	"Dass Flüchtlinge dazu verpflichtet werden, Kurse über die Grundprinzipien und Grundwerte unserer Gesellschaft, etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau, zu besuchen?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	1 30 2 3
e)	"Dass sogenannte Kompetenzanalysen erstellt werden, die im Hinblick auf den Arbeitsmarkt die Fähigkeiten und Neigungen der Flüchtlinge ermitteln sollen?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4 31 5 6
f)	"Und schließlich: Was halten Sie davon, dass Flüchtlinge, sobald sie dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, dazu verpflichtet sind, Deutschkurse zu besuchen? Halten Sie das für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	7 32 8 9

STATISTIK: "Zum Schluss möchte ich Sie um einige statistische Angaben bitten:"

1.	Geschlecht:	MÄNNLICH	1	10
T		WEIBLICH.....	2	
2.	Alter:	<input type="text"/> <input type="text"/>	JAHRE	11
T		KEINE ANGABE	Y	12
3.	Welche Position, welches Amt haben Sie in der Stadt bzw. Gemeinde?			
			13
			14
		KEINE ANGABE.....	9	
4.	Wie lange sind Sie schon in dieser Position tätig?	WENIGER ALS 1 JAHR	00	15
	 JAHRE		16
		KEINE ANGABE	Y	
5.	Und wie lange arbeiten Sie insgesamt schon für diese Stadt bzw. Gemeinde?	WENIGER ALS 1 JAHR	00	17
	 JAHRE		18
		KEINE ANGABE	Y	

Ort:	Datum:	Wochentag des Interviews:	Dauer des Interviews:	Uhrzeit bei Beendigung des Interviews:	Unterschrift des Interviewers:
.....	Mo.(1) Di. (2) Mi. (3) Do. (4) Fr. (5) Sa. (6) So. (7) Min. Uhr
	19 - 22	23	24 25		

**Bundesland, Kommune und politische Ortsgröße werden zugespielt
und müssen deshalb nicht erfragt werden !**

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Umfrage 6141/LR
Fassung Landräte
November 2015

--	--	--	--	--	--

C072

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen.

Screening:

1. "Guten Tag! Mein Name ist ... vom Institut für Demoskopie Allensbach, dem bekannten Meinungsforschungsinstitut. Wir führen derzeit eine Umfrage unter Landräten in Deutschland zum Thema Flüchtlinge durch. Damit wir auch die richtigen Personen interviewen und niemanden befragen, der nicht in unsere Stichprobe fällt, würde ich dies gern kurz mit Ihnen abklären.
- Sind bei Ihnen im Landkreis Flüchtlinge untergebracht, die aus einer Erstaufnahmeeinrichtung zu Ihnen gekommen sind und für deren Unterbringung und Versorgung Sie verantwortlich sind, oder ist das nicht der Fall?"
- FLÜCHTLINGE UNTERGEBRACHT 1 → Weiter mit Frage 1 ! 40
- NICHT DER FALL 2 → Interview mit Dank beenden!
-
1. a) "Zunächst:
Wie viele Flüchtlinge sind derzeit bei Ihnen
im Landkreis untergebracht?" 41
- FLÜCHTLINGE -
- KEINE ANGABE Y 45
-
- b) "Und was erwarten Sie, wie viele Flüchtlinge Sie in den
nächsten 3 Monaten ungefähr aufnehmen müssen?" 46
- FLÜCHTLINGE -
- KEINE ANGABE Y 50
-
2. "Darf ich fragen, woher die Flüchtlinge, die bei Ihnen unter-
gebracht sind, vor allem kommen:
aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan, aus den
Balkanstaaten, aus Afrika, oder woher sonst?" 51
- SYRIEN 1
- IRAK 2
- AFGHANISTAN 3
- BALKANSTAATEN 4
- AFRIKA 5
- ANDERES, und zwar: 8
- KEINE ANGABE 9
-
3. "Wie hoch ist der Anteil alleinreisender junger Männer
unter den Flüchtlingen, die bei Ihnen untergebracht sind?
Wie viel Prozent ungefähr?" 52
- ca. PROZENT -
- KEINE ANGABE Y 54
-
4. a) "Sind unter den Flüchtlingen viele Familien mit Kindern,
oder einige, oder nur wenige, oder gar keine?" 55
- VIELE 1*
- EINIGE 2*
- NUR WENIGE 3*
- GAR KEINE 4
- KEINE ANGABE 5
-
- * "Und haben Sie diese Familien familiengerecht unter-
gebracht, oder ist das aus Platzmangel nicht bzw.
nicht immer möglich?" 56
- FAMILIENGERECHT 7
- IST NICHT MÖGLICH 8
- UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9
-
- b) "Wie ist es mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?
Sind bei Ihnen im Landkreis auch viele unbegleitete Min-
derjährige untergebracht, oder einige, nur wenige, oder
gar keine?" 57
- VIELE 1
- EINIGE 2
- NUR WENIGE 3
- GAR KEINE 4
- KEINE ANGABE 5

5.	"Wie sind <u>die meisten</u> Flüchtlinge bei Ihnen untergebracht: in Gemeinschaftsunterkünften oder dezentral?"	GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE 6 DEZENTRAL 7 UNGEFÄHR GLEICH VERTEILT 8 KEINE ANGABE 9	58
6.	"Haben Sie noch Unterkünfte zur Verfügung, in denen Flüchtlinge untergebracht werden können, oder sind Ihre derzeitigen Kapazitäten weitgehend ausgeschöpft?"	NOCH UNTERKÜNFTE ZUR VERFÜGUNG..... 1* KAPAZITÄTEN WEITGEHEND AUSGESCHÖPFT 2 KEINE ANGABE 3	59
	* "Was würden Sie sagen, wie viele Flüchtlinge können Sie im Landkreis mit Ihren derzeitigen Kapazitäten höchstens noch aufnehmen?"	ca. FLÜCHTLINGE KEINE ANGABE Y	60 - 64
7.	"Wie gut gelingen im Moment die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bei Ihnen? Gelingt das alles in allem gut, oder zwar nicht gut, aber Sie haben die Situation im Großen und Ganzen im Griff, oder sind es einfach zu viele Flüchtlinge, ist der Landkreis überfordert?"	GELINGT GUT 1 IM GROSSEN UND GANZEN IM GRIFF 2 ÜBERFORDERT 3 KEINE ANGABE 4	65
8.	"Was sind aktuell die größten Probleme, mit denen Sie zu kämpfen haben?"		66 67
		KEINE ANGABE..... 9	
9. a)	"Darf ich noch etwas genauer nachfragen: Wieweit stellt Sie insbesondere die medizinische Versorgung der Flüchtlinge vor Probleme? Stellt Sie das vor große, weniger große oder gar keine Probleme?"	GROSSE PROBLEME 1 WENIGER GROSSE 2 GAR KEINE PROBLEME 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4	68
b)	"Sorgen bei Ihnen im Landkreis Konflikte zwischen Flüchtlingen für Probleme? Würden Sie sagen..."	"Ja, für große Probleme" 6 "Ja, aber für weniger große Probleme" 7 "Nein, für gar keine Probleme" 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	69
c)	"Und sorgen bei Ihnen im Landkreis Konflikte zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung für Probleme? Würden Sie sagen..."	"Ja, für große Probleme" 1 "Ja, aber für weniger große Probleme" 2 "Nein, für gar keine Probleme" 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4	70
10.	"Wenn es darum geht, die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen, woran mangelt es Ihnen da vor allem: an Geld, an Personal, an verfügbarem Wohnraum oder woran sonst?" (Mehreres kann angegeben werden!)	AN GELD 1 AN PERSONAL 2 AN WOHNRAUM 3	71
	ANDERES, und zwar:.....	8 KEINE ANGABE..... 9	

		II	
11.	"Erfahren Sie in der Regel rechtzeitig im Voraus, wann neue Flüchtlinge bei Ihnen im Landkreis ankommen, so dass Sie sich darauf einstellen können, oder erfahren Sie das in der Regel so kurzfristig, dass es kaum Zeit zur Vorbereitung gibt?"	RECHTZEITIG 7 KURZFRISTIG 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	10
12.	"Gibt es bei Ihnen in der Bevölkerung Ängste und Sorgen über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen, oder ist das nicht der Fall?"	GIBT ÄNGSTE UND SORGEN 1* NICHT DER FALL 2 KEINE ANGABE 3	11
	* "Und betreffen diese Ängste und Sorgen vor allem die generelle Unsicherheit, weil niemand weiß, wie viele Flüchtlinge noch nach Deutschland kommen, oder gibt es auch konkrete Ängste vor Problemen in der Region?"	GENERELLE UNSICHERHEIT 4 ÄNGSTE VOR PROBLEMEN IN DER REGION 5 KEINE ANGABE 6	12
13.	"Gab es bei Ihnen im Landkreis bereits offene Ablehnung gegenüber Flüchtlingen, z.B. Schmierereien, Übergriffe oder Demonstrationen, oder befürchten Sie das für die Zukunft, oder befürchten Sie das nicht?"	GAB OFFENE ABLEHNUNG 7 BEFÜRCHTE DAS 8 BEFÜRCHTE DAS NICHT 9 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 0	13
14.	"Wie groß sind das ehrenamtliche Engagement und die Hilfsbereitschaft bei Ihnen in der Bevölkerung? Würden Sie sagen..."	"groß" 1* "nicht so groß" 2* "nicht vorhanden, findet nicht statt" ... 3*** UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4**	14
		** Gleich übergehen zu Frage 18 a)!	
	* ←	→ ***	
	"Wie schätzen Sie das ein: Wird das Engagement der Bevölkerung bei Ihnen im Landkreis in den kommenden Monaten eher abnehmen, oder eher zunehmen, oder in etwa gleich geblieben?"		
	ABNEHMEN 6 ZUNEHMEN 7 GLEICH BLEIBEN 8 UNMÖGLICH ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	15	
	"Wie schätzen Sie das ein: Werden sich bei Ihnen im Landkreis in den kommenden Monaten Bürger ehrenamtlich zugunsten der Flüchtlinge engagieren, oder glauben Sie das nicht?"	WERDEN SICH ENGAGIEREN 7 GLAUBE DAS NICHT 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	16
		Gleich übergehen zu Frage 18 a)!	
15.	"Wie wichtig ist das ehrenamtliche Engagement für die Bewältigung der Flüchtlingssituation bei Ihnen im Landkreis?"	"Sehr wichtig" 1 "Wichtig" 2 "Weniger wichtig" 3 "Gar nicht wichtig" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5	17
16.	"Wie gut funktioniert alles in allem die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Helfern? Funktioniert die Zusammenarbeit alles in allem..."	"sehr gut" 6 "gut" 7 "weniger gut" 8 "gar nicht gut" 9 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 0	18
17.	"Aus manchen Landkreisen ist zu hören, dass viele der ehrenamtlichen Helfer inzwischen frustriert sind. Ist das bei Ihnen auch so, oder ist das bei Ihnen nicht so?"	AUCH SO 1 NICHT SO 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3	19
18. a)	"Wie groß sind die finanziellen Belastungen, die dem Landkreis durch die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge entstehen? Sind die finanziellen Belastungen..."	"groß" 6 "weniger groß" 7 "gar nicht groß" 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	20
b)	"Und gehen Sie davon aus, dass Sie die Kosten, die dem Landkreis entstehen, vollständig oder fast vollständig vom Land erstattet bekommen, oder wird der Landkreis vermutlich einen merklichen Teil der Kosten auch selbst tragen müssen?"	WIRD ERSTATTET 1 MÜSSEN KOSTEN AUCH SELBST TRAGEN 2 SCHWER ZU SAGEN 3 KEINE ANGABE 4	68

19.	"In unseren Vorgesprächen mit Landräten haben wir auch gehört, dass es selten so leicht war, Gelder vom Kreistag zu bekommen. Machen Sie auch diese Erfahrung, oder machen Sie diese Erfahrung nicht?"	MACHE AUCH DIESE ERFAHRUNG 1 MACHE DIESE ERFAHRUNG NICHT ... 2 KEINE ANGABE 3	21
20.	"Wie viele Personen sind bei Ihnen in der Verwaltung mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation beschäftigt?" (Bei Rückfragen: "Gemeint sind nur hauptamtliche Mitarbeiter!")	ca. PERSONEN KEINE ANGABE Y	22 - 26
21.	"Und haben Sie aufgrund der Flüchtlingssituation neues Personal eingestellt, oder bewältigen Sie die Situation mit dem vorhandenen Personal?"	NEUES PERSONAL EINSTELLEN 1* MIT VORHANDENEM PERSONAL 2 KEINE ANGABE 3	27
	* "Und wie viele Personen haben Sie neu eingestellt?" PERSONEN KEINE ANGABE Y	28 - 31
22.	"Man hört häufiger, dass es schwierig ist, ausreichend geeignetes Personal für die Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden. Stellt das auch für Sie ein Problem dar, oder stellt das für Sie kein Problem dar?"	PROBLEM..... 1 KEIN PROBLEM 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3	32
23.	"Wie stark beeinträchtigt die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation die tägliche Arbeit bei Ihnen in der Verwaltung? Würden Sie sagen, es beeinträchtigt die tägliche Arbeit..."	"sehr stark" 5 "stark" 6 "weniger stark" 7 "kaum, gar nicht" 8 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 9	33
24.	"Hätten Sie daran Interesse, dass das Personal, das bei Ihnen in der Verwaltung mit der Bewältigung der Flüchtlingssituation beschäftigt ist, Weiterbildungskurse in diesem Bereich besucht, oder halten Sie das nicht für möglich oder sinnvoll?"	INTERESSANT 1 NICHT MÖGLICH/SINNVOLL 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 3	34
25. a)	"Derzeit wird ja darüber diskutiert, ob Flüchtlinge besser mit Geld- oder mit Sachleistungen unterstützt werden. Welche Vorteile bringen Ihrer Meinung nach Geldleistungen mit sich?" KEINE ANGABE..... 9	35 36 9
b)	"Und welche Vorteile haben Sachleistungen?" KEINE ANGABE..... 9	37 38 9

33. a) "Darf ich da noch etwas genauer nach verschiedenen Herausforderungen fragen: Stellt Sie beispielsweise die Bereitstellung von Wohnraum mittel- und langfristig vor große oder nicht so große Herausforderungen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	1	49
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	2	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	3	
	KEINE ANGABE	4	
b) "Und wie ist es mit der Organisation von Sprachkursen? Stellt Sie das in Ihrem Landkreis mittel- und langfristig vor große oder nicht so große Herausforderungen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	6	50
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	7	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	8	
	KEINE ANGABE	9	
c) "Vor welche Herausforderungen stellt Sie die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Flüchtlingskinder?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	1	51
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	2	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	3	
	KEINE ANGABE	4	
d) "Und schließlich: Vor welche Herausforderung stellt Sie die Aufnahme und der Unterricht von Flüchtlingskindern an öffentlichen Schulen?"	GROSSE HERAUSFORDERUNG	6	52
	NICHT SO GROSSE HERAUSFORDERUNG	7	
	STELLT KEINE HERAUSFORDERUNG DAR.....	8	
	KEINE ANGABE	9	
34. "Werden bei Ihnen im Landkreis Deutschkurse für die Flüchtlinge angeboten, oder ist das nicht der Fall?"	DEUTSCHKURSE ANGEBOTEN	1*	53
	NICHT DER FALL	2	
	UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3	
<input checked="" type="checkbox"/> "Und reicht das Angebot an Sprachkursen aus, oder können nicht genug Sprachkurse angeboten werden?"	REICHT AUS	4	54
	NICHT GENUG	5	
	UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	6	
35. "Einmal abgesehen von der Sprachförderung: Was sind aus Ihrer Sicht die erfolgversprechendsten Maßnahmen für eine gute Integration der Flüchtlinge? Was ist aus Ihrer Sicht dafür vor allem erforderlich?"		55
		56
		
		
		
		
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
36. "Befürchten Sie, dass es wegen der Flüchtlinge bei Ihnen zu Parallelgesellschaften kommen wird, oder wird es gelingen, Parallelgesellschaften weitgehend zu verhindern?"	BEFÜRCHTE PARALLEL- GESELLSCHAFTEN	1	57
	KANN VERHINDERT WERDEN.....	2	
	HABEN BEREITS PARALLEL- GESELLSCHAFTEN	3	
	SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	4	

37.	"Die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, bringen zum Teil ein unterschiedliches Rollenverständnis von Männern und Frauen sowie ein anderes Rechtsverständnis mit. Sehen Sie in diesen unterschiedlichen kulturellen Prägungen ein großes Hindernis für die Integration, oder stellt das kein großes Integrationshindernis dar?"	GROSSES HINDERNIS..... 7 KEIN GROSSES HINDERNIS 8 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9	58
38.	"Wie ist Ihre Erfahrung: Tun sich die meisten Flüchtlinge, die bei Ihnen untergebracht sind, schwer damit, die hier geltenden Regeln und Vorschriften für das alltägliche Leben zu akzeptieren, oder nehmen die meisten Flüchtlinge die hier geltenden Regeln und Vorschriften gut an?"	TUN SICH SCHWER DAMIT 1 NEHMEN GUT AN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3	59
39.	"Was glauben Sie, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung entwickelt, wenn bei Ihnen im Landkreis noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssen? Befürchten Sie, dass die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen negativer werden wird, oder rechnen Sie nicht damit?"	EINSTELLUNG WIRD NEGATIVER WERDEN..... 4* RECHNE NICHT DAMIT 5 STIMMUNG WIRD BESSER..... 6 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 7	60
	<input type="checkbox"/> "Rechnen Sie auch damit, dass es verstärkt zu offenen Konflikten zwischen der Bevölkerung und den Flüchtlingen kommt, oder rechnen Sie nicht damit?"	RECHNE DAMIT 8 RECHNE NICHT DAMIT 9 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 0	61
40.	"Neben den Belastungen können die Flüchtlinge ja auch eine Chance und Bereicherung für die Region sein. Wie sehen Sie das für Ihren Landkreis: Welche Chancen sehen Sie durch die Flüchtlinge für Ihren Landkreis?"		
		62
		63
		
		
		
		
		
	SEHE KEINE CHANCEN..... 0 KEINE ANGABE..... 9	
41. a)	"Darf ich noch etwas konkreter nachfragen: Wie sehen Sie das beispielsweise für die ansässigen Unternehmen? Welche Chancen stellen die Flüchtlinge für diese dar? Würden Sie sagen eine..."	"große Chance" 1 "weniger große Chance"..... 2 "eher keine Chance"..... 3 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 4	64
b)	"Und wie sehen Sie das für die örtlichen Vereine?"	GROSSE CHANCE 6 WENIGER GROSSE CHANCE 7 EHER KEINE CHANCE 8 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	65
c)	"Schließlich: Welche Chancen stellt der Zuzug an Flüchtlingen für die Altersstruktur und die demographische Entwicklung bei Ihnen vor Ort dar?"	GROSSE CHANCE 1 WENIGER GROSSE CHANCE 2 EHER KEINE CHANCE 3 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 4	66
42.	"Wie schätzen Sie die Integrationschancen der meisten Flüchtlinge ein, mit denen Sie im Landkreis zu tun haben? Sehen Sie für die meisten Flüchtlinge eine sehr gute, gute, weniger gute oder gar keine Chance auf eine gelungene Integration?"	SEHR GUTE CHANCE 5 GUTE CHANCE..... 6 WENIGER GUTE CHANCE 7 GAR KEINE CHANCE 8 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 9	67

49. a)	"Wie könnte Ihnen der Bund bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation besser helfen? Was würden Sie sich vom Bund wünschen?"		
		21
		22
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
b)	"Und wie könnte Ihnen das Land besser helfen? Was würden Sie sich vom Land wünschen?"		
		23
		24
		
		
		
	KEINE ANGABE.....		9
50.	"Vor kurzem wurden ja Änderungen am Asylgesetz beschlossen. Glauben Sie, dass die beschlossenen Änderungen dazu beitragen, den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland zu reduzieren, oder glauben Sie das nicht?"	ZUSTROM REDUZIEREN GLAUBE DAS NICHT SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	1 25 2 3
51.	"Setzt Deutschland aus Ihrer Sicht zu viele Anreize, so dass immer mehr Flüchtlinge ins Land kommen, oder würden Sie das nicht sagen?"	SETZT ZU VIELE ANREIZE WÜRDEN DAS NICHT SAGEN SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE	4 26 5 6
52.	"Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, was man tun könnte, um die Integration von Flüchtlingen und ihren Kindern zu beschleunigen. Ich lese Ihnen jetzt einiges vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das für eine gute oder keine gute Maßnahme halten.		
a)	Wie ist es zunächst mit einer Kindergartenpflicht für Flüchtlingskinder? Halten Sie das für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	1 27 2 3
b)	"Dass Flüchtlinge vorrangig dezentral oder privat und nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden? Halten Sie das grundsätzlich für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4 28 5 6
c)	"Dass Flüchtlinge einen Leitfaden mit Benimmregeln erhalten, wie man sich in Deutschland verhält?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	7 29 8 9
d)	"Dass Flüchtlinge dazu verpflichtet werden, Kurse über die Grundprinzipien und Grundwerte unserer Gesellschaft, etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau, zu besuchen?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	1 30 2 3
e)	"Dass sogenannte Kompetenzanalysen erstellt werden, die im Hinblick auf den Arbeitsmarkt die Fähigkeiten und Neigungen der Flüchtlinge ermitteln sollen?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	4 31 5 6
f)	"Und schließlich: Was halten Sie davon, dass Flüchtlinge, sobald sie dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, dazu verpflichtet sind, Deutschkurse zu besuchen? Halten Sie das für eine gute Maßnahme oder für keine gute Maßnahme?"	GUTE MASSNAHME..... KEINE GUTE MASSNAHME UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	7 32 8 9

STATISTIK: "Zum Schluss möchte ich Sie um einige statistische Angaben bitten:"

1.	Geschlecht:	MÄNNLICH	1	10
T		WEIBLICH.....	2	
2.	Alter:			11
T		<input type="text"/> <input type="text"/> JAHRE		12
		KEINE ANGABE	Y	
3.	Welche Position, welches Amt haben Sie im Landkreis?			
			13
			14
		KEINE ANGABE.....	9	
4.	Wie lange sind Sie schon in dieser Position tätig?	WENIGER ALS 1 JAHR	00	15
	 JAHRE		16
		KEINE ANGABE	Y	
5.	Und wie lange arbeiten Sie insgesamt schon für diesen Landkreis?	WENIGER ALS 1 JAHR	00	17
	 JAHRE		18
		KEINE ANGABE	Y	

Ort:	Datum:	Wochentag des Interviews:	Dauer des Interviews:	Uhrzeit bei Beendigung des Interviews:	Unterschrift des Interviewers:
.....	Mo.(1) Di. (2) Mi. (3) Do. (4) Fr. (5) Sa. (6) So. (7) Min. Uhr
	19 - 22	23	24 25		

Bundesland, Kommune und politische Ortsgröße werden zugespielt und müssen deshalb nicht erfragt werden !

**Umfrage 6140/PS
Oktober/November 2015**

1. GESPRÄCHSERÖFFNUNG / Gegenwärtige Situation in den Kommunen

Kaum ein Thema beschäftigt die Kommunen und Landkreise ja derzeit so wie das Thema Flüchtlinge. Daher möchte ich mich heute mit Ihnen über die derzeitige Flüchtlingssituation bei Ihnen vor Ort unterhalten, aber auch über die Perspektiven für die Zukunft und Ihre Erwartungen an die Politik.

Doch zunächst zur Lage bei Ihnen vor Ort: Könnten Sie beschreiben, wie viele Flüchtlinge bei Ihnen vor Ort untergebracht sind und woher diese vor allem kommen?

Ergänzungsfragen:

- a. Wie gut gelingen im Moment die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bei Ihnen vor Ort? Wieweit haben Sie das im Moment ganz gut im Griff, wieweit überfordert Sie die Zahl der Flüchtlinge?
- b. Was sind aktuell die größten Probleme, mit denen Sie zu kämpfen haben?
- c. Wenn der Flüchtlingsstrom weiterhin so anhalten sollte wie in den letzten Wochen, was würde das für Ihre Kommune bedeuten?
- d. Wie ist zur Zeit die Situation in den Gemeinschaftsunterkünften?
- e. Kommen derzeit lediglich neue Flüchtlinge dazu, oder gibt es eine nennenswerte Zahl von Flüchtlingen, die die Kommune wieder verlassen?
- f. Wie ist die Stimmung unter den Flüchtlingen? Wieweit kommt es zu Spannungen?
- g. Wie reagiert die Bevölkerung hier am Ort auf die Flüchtlinge? Wie entwickelt sich die Stimmung der Bürger Ihrem Eindruck nach?
- h. Wieweit gibt es Konflikte zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung vor Ort?
- i. Wie groß sind das ehrenamtliche Engagement und die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung?
- j. Wie wichtig ist das ehrenamtliche Engagement für die Bewältigung der Flüchtlingssituation hier vor Ort?
- k. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen Helfern und den offiziellen Stellen koordiniert? Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit?
- l. Was schätzen Sie, wie viele der bei Ihnen untergebrachten Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben werden?

2. Ausstattung mit Ressourcen

Einleitungsfrage:

Wenn es darum geht die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen, welche Ressourcen fehlen Ihnen da vor allem?

Ergänzungsfragen:

- a. Wie bewerten Sie speziell die finanziellen Mittel, die Ihnen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden? Wieweit sind diese Mittel ausreichend?
- b. Wie ist ganz allgemein die Personalsituation bei Ihnen vor Ort? Wieweit steht Ihnen ausreichend Personal für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zur Verfügung?
- c. Inwieweit werden die Flüchtlinge bei Ihnen mit Geld- bzw. Sachleistungen unterstützt? Was erhalten sie sonst noch an Unterstützung?
- d. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie jeweils bei der Unterstützung durch Geld- bzw. Sachleistungen? Wie praktikabel sind diese Leistungen aus Ihrer Sicht in den Kommunen?

3. Mittel- und langfristige Planungen und Strategien

Einleitungsfrage:

Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein? Was erwarten Sie, wie es in den nächsten Monaten mit dem Flüchtlingsstrom weiter geht?

Ergänzungsfragen:

- a. Unter welchen Umständen könnten bei Ihnen noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden? Was müsste dafür passieren?
- b. Was sind mittel- und langfristig die größten Herausforderungen, die die Flüchtlingssituation für Sie vor Ort mit sich bringt?
- c. Wieweit können Sie sich in der derzeitigen Situation überhaupt Gedanken darüber machen, wie Sie langfristig mit der Flüchtlingssituation umgehen?
- d. Wieweit haben Sie schon eine Vorstellung davon bzw. ein Konzept entwickelt, wie es weitergehen soll?
- e. Wieweit werden die Flüchtlinge wohl längerfristig in Notunterkünften bei Ihnen bleiben? Welche Chancen sehen Sie, dass die Flüchtlinge woanders unterkommen?
- f. Was glauben Sie, wie sich die Stimmung in der Bevölkerung entwickelt, wenn bei Ihnen vor Ort noch mehr Flüchtlinge aufgenommen werden müssen?
- g. Was kann man aus Ihrer Sicht vor allem tun, um Spannungen und Konflikte zwischen Flüchtlingen und der Bevölkerung zu verhindern?
- h. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden können? Was müsste dafür getan werden?
- i. Inwieweit sehen Sie speziell bei den Punkten Arbeits- und Wohnungsmarkt ein Konfliktpotential zwischen Deutschen und Flüchtlingen?
- j. Welche Folgen sehen Sie aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation für die Schulen und Kindergärten vor Ort?
- k. Wieweit steht in Schulen und Kindergärten genügend bzw. ausreichend qualifiziertes Personal für die Betreuung der Flüchtlingskinder zur Verfügung?
- l. Was sind Ihrer Meinung nach erfolgversprechende Strategien, um die Flüchtlinge zu integrieren?
- m. Wie schätzen Sie die Integrationschancen der Flüchtlinge ein? Wieweit kann die Integration schon in der ersten, wieweit erst in der zweiten Generation gelingen?
- n. Wieweit sehen Sie in den Flüchtlingen auch Chancen für die Entwicklung bei Ihnen hier in der Region?

4. Erwartungen und Forderungen der Kommunen

Einleitungsfrage:

Wieweit erschweren Ihnen die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Bewältigung der Aufgaben? Was bereitet Ihnen da Probleme?

Ergänzungsfragen:

- a. Mit welchen gesetzlichen Änderungen könnte die Flexibilität der Kommunen und Landkreise vor allem gefördert werden?
- b. Wie könnte der Bund Ihnen vor Ort bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation besser helfen?
- c. Und wie könnte Ihnen das Land helfen?
- d. Wie gut werden Sie von der Kreisebene unterstützt?
- e. Inwieweit tauschen Sie sich mit anderen Kommunen bzw. Landkreisen zu Fragen der Flüchtlingsunterbringung und –versorgung aus?
- f. In vielen Kommunen gibt es ja Bürgerstiftungen. Inwiefern glauben Sie, dass Bürgerstiftungen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik in Zukunft eine Rolle spielen könnten?
- g. Die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge wird momentan nicht einheitlich geregelt. Was halten Sie für die beste Möglichkeit, die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge zu regeln?
- h. Wieweit setzt Deutschland aus Ihrer Sicht zu viele Anreize, sodass immer mehr Flüchtlinge ins Land kommen? Was müsste sich aus Ihrer Sicht ändern?
- i. Eine Frage zum Schluss: Wieweit sind Sie überzeugt, dass man den Flüchtlingsstrom künftig besser in den Griff bekommen und auch reduzieren könnte?

Jetzt möchten wir Sie noch um ein paar statistische Angaben bitten:

1. Geschlecht: MÄNNLICH 1
T WEIBLICH..... 2

2. Für welche Stadt bzw. Gemeinde arbeiten Sie?

.....

.....

3. Welche Position, welches Amt haben Sie in der Stadt bzw. Gemeinde?

.....

.....

4. Wie lange sind Sie schon in dieser Position tätig? WENIGER ALS 1 JAHR 0

..... JAHRE

5. Und wie lange arbeiten Sie insgesamt WENIGER ALS 1 JAHR 0
schon für diese Stadt bzw. Gemeinde?

..... JAHRE

Nach Abschluss des Interviews ! - INTERVIEWER-Notizen:

a) Land: Schleswig-Holstein... Y Bremen 1 Rheinland-Pfalz..... 4 Saarland..... 7
T Hamburg X NRW 2 Baden-Württemberg... 5 West-Berlin 8
Niedersachsen 0 Hessen 3 Bayern 6

Ost-Berlin 1 Sachsen..... 4
Brandenburg..... 2 Sachsen-Anhalt 5
Mecklenburg-Vorpommern 3 Thüringen 6

b) Charakter des Wohnortes: - Großstadtatmosphäre 1
T - Klein-, mittelstädtisches Milieu in Ballungsgebiet 2
- Klein-, mittelstädtisches Milieu in weniger dicht besiedeltem Gebiet.... 3
- Ländliche Gegend, in der Nähe einer Mittel- oder Großstadt..... 4
- Ländliches Milieu mit kleineren Städten in der Nähe..... 5

Wohnort des Befragten:	Datum:	Wochentag des Interviews:	Dauer des Interviews:	Uhrzeit bei Beendigung des Interviews:	Unterschrift des Interviewers:
.....	So. (1) Mo. (2) Di. (3) Mi. (4) Do. (5) Fr. (6) Sa. (7) Min. Uhr
<input type="text"/> (Postleitzahl)					